H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 130
Mai | Juni 2011
2,50 Euro

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

DER RECHTE RAND



NAZIAUFMÄRSCHE 1. MAI

EDITORIAL

Erster Mai, der internationale Arbeitskampftag – seit Jahren versuchen Neonazis den Tag zu besetzen, ganz in der Tradition des Nationalsozialismus. Doch während sie vor einigen Jahren noch auf eine zentrale Veranstaltung setzen, marschieren sie heute an verschiedenen Orten auf. Die gelungenen antifaschistischen Blockaden waren hier wohl Dirigent des Strategiewechsels. Dieses Jahr zeigte sich aber auch wieder, was die selbst erklärten Freunde des »deutschen Arbeiters« von dessen Interessenvertretung halten: In Greifswald und Husum griffen sie sowohl GewerkschafterInnen und Mai-Veranstaltung an, in Emden konnte die Polizei offenbar verhindern, dass Neonazis eine Gewerkschaftskundgebung mit Steinen attackierten.

Nicht nur an ihren Aufmarschorten waren die Neonazis nicht willkommen, auch bei den letzten Wahlen verweigerten die Wählerinnen und Wähler – mal deutlich, mal weniger deutlich – ihnen die Stimme. Zu hoffen ist, dass dies auch bei den folgenden Wahlen in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Berlin so sein wird.

Erfolgreich war derweil leider die finnische rechtspopulistische Partei »Wahre Finnen«, mit der sich **DER**RECHTE**RAND** in der kommenden Ausgabe auseinandersetzen wird. Damit ist nun eine weitere Regierung Europas mit Unterstützung von Rechtspopulisten an der Macht. Und in Ungarn setzt derweil die Regierung ihre »konservative Revolution« durch und baut den Staat so um, wie es ihr gefällt. Mehr Nation, weniger Demokratie. Europa auf dem Weg nach rechts – eine Entwicklung, die Sorge bereitet.

Ein Tabu-Bruch der »Mitte« war die Entscheidung der Bundesspitze der SPD vom 21. April 2011, ihr Mitglied Thilo Sarrazin nicht aus der Partei auszuschließen. »Bild« war begeistert: Ein »Sieg für die Meinungsfreiheit«. Sarrazin habe »Millionen Menschen aus dem Herzen gesprochen«. Mit seiner Erklärung im Parteiausschlussverfahren – eine bloße Rechtfertigung seiner Thesen – war die SPD einverstanden. Willkommen ist also, wer die Auffassung vertritt, dass Juden bestimmte Gene hätten, Deutschland durch Immigration dümmer werden und türkische Gemüsehändler keinen volkswirtschaftlichen Nutzen brächten. Der Kommentator Georg Paul Hefty brachte in der konservativen »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) die Strategie der SPD auf den Punkt: »So soll nach dem Willen der sozialdemokratischen Strategen im Hintergrund die Schlussfolgerung lauten: Die SPD sei doch näher bei den Leuten als die Union.« Und einen Blick in die (Wahl-)Zukunft werfend: »Sarrazin wird alsbald noch zum Beweis für die verlockende Breite der SPD werden« (FAZ, 23.04.2011).

Unterdessen deutet sich an, dass die nächsten antifaschistischen Initiativen ins Visier von Extremismus-Theoretikern, Verfassungsschützern und Anti-Antifa geraten, nachdem die Beratungseinrichtungen gegen »Rechtsextremismus« mehr oder weniger politisch auf Linie gebracht worden sind, in dem die von der Bundesregierung verlangte Unterschrift unter die anti-extremistische »Demokratie-Erklärung« zur Bedingung staatlicher Förderung gemacht wurde. Fast gleichlautend kritisieren CDU-Politiker, Verfassungsschützer, konservative Journalisten und »Neu-Rechte« so genannte »Outings« von Neonazis. Die konservative FAZ machten sich Mitte April zum Lautsprecher der Kritik. Als Claqueur engagierte man zusätzlich einen »Fachmann für Rechtsextremismus« aus einem auch staatlich bezahlten Projekt der Zivilgesellschaft, der das Agieren von Antifas (»Linksextremisten«) in die Nähe von »Staatssicherheit« und »GULag« rückte. Begeistert steigen da natürlich auch die Schreiber der »Neuen Rechte« in das Thema ein. Sie warnen schon lange in schrillen Tönen vor Antifa-Recherchen und JournalistInnen, die engagiert gegen Rechts schreiben. Ihnen ist es ein Dorn im Auge, wenn Namen und Organisationen der extremen Rechten benannt, ihr Agieren öffentlich gemacht und organisatorische und personelle Verbindungen ans Licht geholt werden. Davon unbeeindruckt berichtet **DER**RECHTE**RAND** auch in seiner aktuellen Ausgabe wieder über getarnte und unverschämt offen auftretende Neonazis und extreme Rechte.

TERMINE

Nächste **DER**RECHTE**RAND**-Ausgabe:
Anfang Juli 2011,
Redaktionsschluss: 10. Juni 2011

27.-29. Mai 2011: Deutsch-französische Kameradschaft. Tagung in Saarbrücken mit den Referenten Bernard Schmid und Volkmar Wölk, weiteres unter: www.crithink.de

FOTOS

Seite 4 (Lobbi Ost)
Seite 11, 21 (Robert Andreasch)
Seite 13 (infogruppe rosenheim)
Seite 16/17 (Otto Belina)
Seite 19 (Kai Budler) 3
Seite 30 (Apabiz) 3

»Bremen bleibt in deutscher Hand«

An der Weser will die NPD in die Bürgerschaft

Bei strahlendem Sonnenschein marschierte die NPD in Bremen auf. Am 1. Mai 2011 standen sie dennoch im Schatten. Unter einem Autobahnzubringer eröffnete Patrick Wieschke den »Sozialkongress der NPD: Soziale Sicherheit statt Raubtierkapitalismus«. Die 1. Mai-Veranstaltung war zugleich eine Wahlveranstaltung. Hofft die NPD doch, am 22. Mai 2011 in die Bremer Bürgerschaft einzuziehen.

Von Andreas Speit

Ein Parlamentserfolg, den der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt nach den Wahlmisserfolgen braucht. An der Weser soll der Einzug in ein Westparlament gelingen. Der NPD-Bundesvize und Bremer-Spitzenkandidat Matthias Faust versprach am 30. April denn auch gegenüber dem Bahnhof Südstadt den rund 180 NPD-Mitgliedern und -Freunden den Einzug zu schaffen. Die magischen fünf Prozent erwähnten Voigt und Faust nicht. Der Protest von etwa 4.000 Menschen gegen die NPD dürfte sie erneut realistisch einschätzen lassen, dass die Chance des Parlamentseinzuges vor allem den Wahlregularien wegen Bremerhaven geschuldet ist.



Mit Hoffen begann auch der »Kongress«. Denn zu Beginn kam ein Bus aus Sachsen wegen des Gegenprotests und den Polizeikontrollen nicht schnell durch. Vom Lautsprecherlaster, an dem ein Transparent mit dem Titel des »Kongresses« hing, sprach Wieschke, NPD-Multikader aus Thüringen, gleich von »Schikanen der Polizei«. Ohne die spätere Bustruppe um den NPD-Fraktionschef Holger Apfel aus Dresden wäre der Marschtrupp noch kleiner ausgefallen. Eine Kameradin hatte ihr Kleinkind mitgenommen. Stolz hielt sie mit der einen Hand den Kinderwagen und mit der anderen ein NPD-Schild: »Nein zur Großmoschee«. Nach Bremen waren vor allem die Parteigrande aus dem Berliner Bundesvorstand, der Dresdener Fraktionen und die Nord-Verbände gekommen. Freundlich ging Voigt auf die Kameraden zu. Eine große Rede, sagte er gleich, wolle er nicht halten. Ihn verstimmte, dass die Behörden sie unter den Autobahnzubringer verbannt hatten. Spätestens jetzt wurde sichtbar: der »Sozialkongress« war nie als Kongress mit Grundsatzrede und Debatten geplant, sondern bloß als Marsch mit Reden. Geschickt, denn so war es dem Wahlkampfleiter Jens Pühse (siehe Foto: 1. Mai in Bremen, 2. v. re.) gelungen, durch den Terminus »Kongress« entsprechende Assoziationen zu wecken. Die Folge: breite Berichterstattung. Den gleichen Effekt erzielte der Bundesorganisationsleiter, als er auf »Facebook« erwähnte, Mitglied beim Sportverein »Werder Bremen« zu sein. In der »Deutschen Stimme« (DS) erklärten im Mai Faust und Pühse, dass im Wahlkampf dringend Medienecho erzeugt werden müsse, damit die NPD wahrgenommen werde. Erfreut sagte Faust, es vergehe kein Tag, an dem man »nicht in den lokalen Medien erwähnt« werde. Erwähnen ist aber nicht berichten. Einen Tag vor dem 1. Mai musste ein Spender der NPD, Jan-Hinnerk Cappelmann seinen Namen in der »tageszeitung« (taz) lesen. Zu Nachfragen war der Geschäftsführer der alt eingesessene Firma »Hinrich Meyerdiercks« nicht bereit. Später wollte er abstreiten, auf der vorliegenden Spendenliste zu stehen.

Schnell zog der Tross durch die Straßen. »Nazis raus« klebte an vielen Fensterscheiben, aus einigen Fenstern flogen Wasserbomben, Obst und Müll. Wieschke sah sich genötigt, über den Lautsprecher die Kameraden zu warnen. Der Bremer Neonazi Andreas Hackmann bemühte sich, jene Demonstranten an den Fenstern zu fotografieren. Als eine Gruppe farbiger Anwohner vor ihrem Haus protestierten, ahmten Rechte Urwaldgeräusche nach.

Eine Reaktion, die Kader wie Peter Schreiber, parlamentarischer Berater der sächsischen NPD-Fraktion, verärgern dürfte. Nach dem Nichteinzug in Sachsen-Anhalt überlegen NPD-Strategen, mit welchen Themen und mit welchem Personal welche Wählerschichten erreicht werden sollen. In einer internen Mail schimpfte Schreiber gar über Anhänger, denen die »Dämlichkeit geradezu aus den Augen« springe. Moderater, weil bewusst für die Öffentlichkeit geschrieben, legte Jürgen Gansel in der DS dar, dass der »gerechte Volkszorn« der »deklassierten Deutschen« erloschen sei. Sein Credo: Die NPD muss »das Augenmerk zuerst auf diejenigen richten, die wirtschaftlich noch etwas zu verlieren haben. Entwickelt die Masse statusbedrohter kleiner Selbstständiger, Angestellter und Arbeiter erst einmal ein systemkritisches Bewusstsein und wählt folglich national, dann folgen [...] auch jene, die schon alles verloren haben.« Schreiber betont zudem, weil wohl nur für »intern« gedacht, dass die Wähler eine »überzogene völkische oder rassistische Rhetorik« abschrecke.

An der Weser verbindet die NPD in ihrem Wahlkampf jedoch ihre vermeintliche soziale Politik ganz besonders mit rassistischen Positionen – monothematisch und vulgär. In ihrer »Schülerzeitung« heißt es: »Von der Hansestadt zur Fremdenstadt« und »Multikultiwahn beenden – Bremen bleibt in Deutscher Hand«. Auf ihrer Website steht ein Comic-Clip, der zeigt, was den Indianern passierte, als sie Fremde rein ließen. »Kriminelle Ausländer raus« skandierten NPD-Anhänger beim Mai-Marsch durch den multikulturell geprägten Stadtteil.

Aus den Häusern und von den Seitenstraßen der Route schallte den Rechten aber auch immer wieder laut »Haut ab!« entgegen – trotz massiver Polizeipräsenz. Am Werkszaun von Becks hing: »Die Kolleginnen und Kollegen von Becks, sagen: ‹Kein Bier für Nazis›«. Am Bahnhof wieder angekommen, feierte Faust den knapp zweistündigen Auftritt, weil die Partei überhaupt marschieren konnte. Allein Apfel sprach zum Abschluss länger. Mit rotem Gesicht warnte er vor den »Fremdarbeitern«, die nach der geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit den Deutschen die deutschen Arbeitsplätze wegnähmen. Mehr hatte die NPD zur Sozialpolitik nicht zusagen. ■

Übergriffe und Aufmärsche

Neonazis am 1.-Mai-Wochenende 2011

»Fremdarbeiter stoppen!«. In verschiedenen Städten versuchten am ersten Mai-Wochenende Neonazis unter dem Motto gegen die EU-Freizügigkeitsregelung aufzumarschieren. Den »Internationalen Tag der Arbeit« wollten sie »nationalisieren«. »Nationaler Hass« statt »internationale Solidarität« war ihre Botschaft. Gezielt griffen sie Gewerkschafter und Linke an. Gegenproteste beeinflussten aber ihre Aufmärsche.

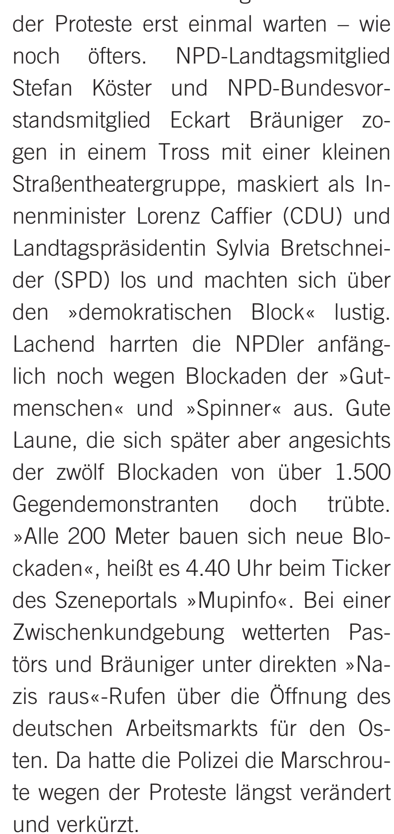
Von Silke Heinrich, Robert Andreasch und Andreas Speit

»Jetzt erst recht« war die Stimmung bei den Blockadebemühungen in Greifswald. Am 1. Mai wollten in der Universitäts- und Hansestadt die NPD um den Landtagsfraktionsvorsitzenden Udo Pastörs aufmarschieren. Bereits gegen Mittag standen jedoch schon sieben Blockaden nahe dem NPD-Aufmarschplatz beim Südbahnhof. Am Vormittag hatten an die 3.000 Menschen in der mecklenburg-vorpommerschen Stadt gegen den Marsch protestiert. »Die Übergriffe der Neonazis haben enorm mobilisiert«, sagt Cornelia Schulze, Pressesprecherin des Bündnisse »Greifswald nazifrei«. Auf der Straße wusste es bereits jeder: In der Nacht zu jenem Sonntag hatten Neonazis Jugendliche und junge Erwachsene angegriffen.



^ Greifswald: Anspielung auf den polnischen Grenzübergang

Am 30. April brachten um 17.45 Uhr sechs Mitglieder der DGB-Jugend Plakate gegen den Marsch »Unsere Heimat – Unsere Arbeit!« an, als ca. zehn teilweise Maskierte mit Stöcken in der Hand auf sie zuliefen. Sie bemerkten sie frühzeitig, konnten flüchten. Nicht unweit von dem versuchten Angriff überfielen zwei Unbekannte einen Studenten in seinem Studentenwohnheimzimmer im Erdgeschoss. Um 17.50 Uhr sprühte einer gelbe Farbe in den offenen Fensterschlitz, ein weiterer schlug mit einem Hammer die Scheibe ein. Der 18-Jährige, in dessen Zimmer von außen sichtbar eine Antifa-Fahne hängt, blieb unverletzt. Kopf- und Gesichtsverletzungen erlitten zwei andere Männer im Alter von 19 und 23 Jahren. Vor 00.15 Uhr waren sie mit einer Freundin nach Absetzen eines Mitfahrers von zwei Männern erst angesprochen und dann angegriffen worden. Auf dem Pullover eines Angegriffenen stand »Peace«. Der 19-Jährige musste im Krankenhaus behandelt werden. »Wir gehen von rechtsextremen Tathintergründen aus«, sagte Axel Falkenberg. Pressesprecher der Polizeiinspektion Anklam. Die zwei Angreifer konnte die Polizei vorläufig festnehmen. Schon am Morgen des 27. April verübten Unbekannte Brandanschläge auf das »Internationale Kultur- und Wohnprojekt« (IkuWo) sowie das Bauwagenprojekt »freierAUm«. Nur das schnelle Einschreiten verhinderte, dass Gebäude Feuer fingen. »Wir gehen von einem gezielten Anschlag aus, der höchstwahrscheinlich mit dem Naziaufmarsch am 1. Mai und unserem Engagement im Bündnis ‹Greifswald nazifrei› zusammenhängt«, sagte Nadja Tegtmeyer, Sprecherin des IkuWo. Auch der Polizeisprecher betonte: »In beiden Fällen schließen wir einen rechtsextremen Hintergrund nicht aus.«



Am Bahnhof mussten die rund 350 NPD-Mitglieder und -Freunde wegen der Proteste erst einmal warten – wie noch öfters. NPD-Landtagsmitglied Stefan Köster und NPD-Bundesvorstandsmitglied Eckart Bräuniger zogen in einem Tross mit einer kleinen Straßentheatergruppe, maskiert als Innenminister Lorenz Caffier (CDU) und Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) los und machten sich über den »demokratischen Block« lustig. Lachend harrten die NPDler anfänglich noch wegen Blockaden der »Gutmenschen« und »Spinner« aus. Gute Laune, die sich später aber angesichts der zwölf Blockaden von über 1.500 Gegendemonstranten doch trübte. »Alle 200 Meter bauen sich neue Blockaden«, heißt es 4.40 Uhr beim Ticker des Szeneportals »Mupinfo«. Bei einer Zwischenkundgebung wetterten Pastörs und Bräuniger unter direkten »Nazis raus«-Rufen über die Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts für den Osten. Da hatte die Polizei die Marschroute wegen der Proteste längst verändert und verkürzt.

Auch in Halle hieß es erst, die Strecke werde verlegt – schließlich wurde sie verkürzt. In der sachsen-anhaltinischen Stadt wollten die »Freien Nationalisten« aufmarschieren. Der Protest



^ Halle: Aggressive »A

von über 1.000 Demonstranten gegen rund 900 Neonazis verhinderte die Planung. »Wir sind friedlich, von uns geht keine Gewalt aus, der nationale Widerstand überzeugt mit Argumenten«, brüllte Maik Müller aus Dresden, einer der Anmelder des Aufmarsches immer wieder ins Mikrofon. Währenddessen konnten seine Ordner und die Polizei die aggressiven Kameraden kaum unter Kontrolle halten. Mit Rufen wie »Antifa-Hurensöhne« und »Linkes Gezeter – 9 Millimeter« heizten sie sich an, bevor sie mehrmals versuchten, aus der Marschformation auszubrechen und Gegendemonstranten zu jagen. Auch Dieter Riefling von der Kampagne »Tag der deutschen Zukunft« aus Hildesheim, teilte die offizielle Deeskalationsstrategie nicht. »Wer sich uns in den Weg stellt, wird gnadenlos von der Straße gefegt«», grölte er in seiner Rede auf der Zwischenkundgebung. Immer wieder entstanden Blockaden. Eine Ausweichroute Richtung Innenstadt war schnell gefunden. Doch auch dort waren die Neonazis den Gegenprotesten unmittelbar ausgesetzt. Der zweite Anmelder, Enrico Marx aus Sotterhausen, kümmerte sich wie gewohnt um Fahrzeug und Technik. Lokale Neona-

zis waren kaum in die Organisation eingebunden. »Schaffendes Volk heraus zum 1. Mai« prangte als Transparent an dem von Marx selbst gelenkten Lautsprecherwagen. Zur Mobilisierung wurde auf Betreiben von Jens Bauer aus Klein Wanzleben eigens die völkische »Antikap«-Kampagne von 2006 wieder belebt. Axel Reitz aus Köln, Sven Skoda aus Nordrhein-Westfalen, Stefan Wagner aus Schkeuditz sowie ein »Aktivist aus Thüringen« einte als Redner, sich für eine nationale und soziale Gemeinschaft einzusetzen. Thomas Wulff aus Hamburg heizte beim Marschieren mit dem Megaphon die Stimmung an: Die Routenänderungen gefielen nicht. Der 1.-Mai-Veteran Christian Worch aus Parchim konnte als Berater wenig für sie erstreiten. Zu groß war der Protest.

utonome Nationalisten«

In Heilbronn trafen rund 800 Neonazis zu dem Mai-Marsch am Bahnhof ein. Die Durchführung oblag den AktivistInnen des bayerischen Neonazinetzwerks »Freies Netz Süd« (FNS) und der baden-württembergischen »Jungen Nationaldemokraten« (JN). Schon früh ging die Polizei massiv gegen Blockadeversuche in der baden-württembergischen Stadt vor, wo sich rund 5.000 Menschen an den Protesten beteiligten. Die Verantwortlichen des Neonazimarschs, René Rodriguez-Teufer aus Viernheim, der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Lars Gold aus Ulm und Sascha Jörg Schüler aus Künzelsau mussten nicht über Routenänderungen verhandeln. »Eine Wohlfühlatmosphäre bietet die Polizei den Nazis«, meinte prompt ein Gegendemonstrant. 300 Nazigegner nahm die Polizei in Gewahrsam. Fast ungestört von Anti-Rechts-Parolen konnten so die ausländischen Neonazis Philippe Eglin aus der Schweiz, Dan Eriksson aus Schweden und Jirí Petrivalský aus der Tschechischen Republik reden. Genauso wie Jürgen Schwab (FNS), Martin Krämer (NPD Baden-Württemberg), Daniel Knebel (NPD Hessen) und der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Karl Richter beklagten sie sich in ziemlich ähnlichen Redebeiträgen über »Hintergrundmächte« und »Volkstod«: Mit der Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen, dem Euro und der Europäischen Union würden die eigenen Völker vernichtet werden. Für den ebenfalls als Redner angekündigten und derzeit inhaftierten Gottfried Küssel aus Österreich sprang FNS-Aktivist Norman Bordin auf der Auftaktkundgebung ein und rief zu Solidarität und Spenden für die Familie Küssels auf. Als Bordin erwähnte, dass Küssel schon einmal inhaftiert gewesen sei, weil er Adolf Hitler »einen der größten Männer in der Geschichte Deutschlands« genannt hatte, applaudierten die Neonazis. Nicht weniger eindeutig waren ihre Parolen, die auch in den anderen Städte gegrölt wurden: »Linkes Gezeter – 9 Millimeter« und »Nationaler Sozialismus – Jetzt Jetzt Jetzt«.



^ Heilbronn: Führungstransparent mit Invasionspfeilen

In Husum schimpften die Neonazis nicht bloß über die Gewerkschaften. Am Morgen griffen rund 50 NPD-Mitglieder und Freie Nationalisten in der schleswig-holsteinischen Stadt die DGB-Mai-Veranstaltung an. Die Polizei hatte zwar den rechten Autokonvoi bereits auf der Autobahn bemerkt, dann jedoch aus den Augen verloren. »Die wussten genau, wann sie kommen mussten, um uns ungehindert anzugreifen«, sagt Klaus Kasparek vom DGB-Kreisverband Nordfriesland. Denn knapp eine Stunde vor Beginn der Kundgebung vor dem Speicher am Hafenbecken waren sie aufgetaucht. Zuvor konnten die Rechten, unter ihnen der NPD-Landeschef Jens Lüte, mit Transparenten »Revolution jetzt« und Parolen wie »Nationaler Sozialismus« marschieren. »An ihrem gewerkschaftsfeindlichen Gegröle erkannten wir schnell, wer da auf uns zuläuft«, sagt Kasparek. Die rechte Gruppe zerstörte Infostände und warf Stühle ins Hafenbecken. Ein vermummter Neonazi schlug ein Mitglied der Linkspartei mit einem Stock. Das Opfer musste wegen einer Prellung am Auge ins Krankenhaus. Die Brutalität der Gruppe sei enorm gewesen, sagt Kasparek. Einen Großteil der Rechten konnte die Polizei erst auf der Rückfahrt bei Hollingstedt stoppen. Sie stellte Pfefferspray und den Schlagstock sicher und erstattete Anzeige wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und Verstoß gegen das Waffengesetz. Auf Szene-Websites feiern sich die Rechten für ihren Überfall. In den frühen Morgenstunden hätten sie die »kleine Aktion« per Telefon abgesprochen.



^ Bremen: Kleine Kundgebung mit 180 TeilnehmerInnen

In Bautzen gelang den Neonazis schon in der Nacht zum 1. Mai eine unangemeldete Aktion auszurichten – bisher ohne rechtliche Folgen. Mit weißen Masken und brennenden Fackeln zogen rund 150 Neonazis durch die sächsische Stadt. »Der Staat ist am Ende – wir sind die Wende«, riefen sie und »Wer hat uns verraten? Die Demokraten! Wer macht damit Schluss? Nationaler Sozialismus!«. Am 1. Mai waren etwa 2.500 Neonazis bundesweit an Aktionen beteiligt. Nach dem erneuten Scheitern in Dresden wollten NPD und »Freie Nationalisten« zeigen, dass sie Märsche durchsetzen können. »Wir sind marschiert«, ist auch das Fazit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Als Vorsitzender redet Köster den Verlauf wenig überraschend schön: Mit der Demonstration könnten sie durchaus zufrieden sein, meint er: Zwar wurde die Demonstrationsroute letztendlich beschnitten, aber gemessen an ihren Möglichkeiten sei es um die Gegendemonstranten geradezu lächerlich bestellt. Die Märsche und Angriffe haben aber offenbart: Hier geht es um den Kampf auf der Straße. In keiner Stadt gelang weder der NPD, noch den »Freien Nationalisten« den 1. Mai mit ihren Botschaften zu bestimmen. ■

Pech gehabt

NPD scheiterte in Sachsen-Anhalt

Sicher wähnte sich die neonazistische Partei im Landtag von Magdeburg, doch am Wahltag wendete sich das Blatt. Knapp verpasste die NPD den Einzug – damit begann der Katzenjammer.

Von Andreas Speit und Silke Heinrich



^ Nicht

Am Domplatz vor dem Magdeburger Landtag hatte sich Michael Grunzel auf einer Bank niedergelassen. Erschöpft harrte der Pressesprecher der NPD Sachsen-Anhalt dort nach den ersten Hochrechnungen aus. 5.000 Stimmen fehlten der Partei bei der Landtagswahl am 20. März 2011, um sich in die Parlamentssitze setzen zu können. »Das tut schon weh, auch Nazis sind Menschen«, hatte Grunzel zuvor gesagt.

Im Landtags-Superwahljahr hatte der NPD-Spitzenkandidat Matthias Heyder vor dem Wahltag von einer »Schicksalswahl für die gesamte nationale Bewegung in Deutschland« gesprochen. Am Wahlabend wartete Heyder nicht weit vom Landtag in einen Hotel zusammen mit dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt auf seinen großen Auftritt. Im Landtag hofften – quasi als Vorhut – der Pressesprecher sowie die NPD-Landtagskandidaten Michael Schäfer und Hans Püschel, begleitet vom Landesvorsitzenden der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) Andy Knape als Bodyguard, auf die ersten Hochrechnungen. Im zweiten Stock standen sie umringt von Journalisten vor den Monitoren und versuchten Zuversicht auszustrahlen. Der Sprung in ein drittes Landesparlament schien möglich, lag die NPD bei sämtlichen Umfangen doch schon bei 5 Prozent. Die Partei gab sich siegessicher – zu sehr: Um 18.18 Uhr erreichte sie mit der ersten Hochrechnung das für sie niederschmetternde Ergebnis von 4,6 Prozent. Nach einigen Schwankungen des Wertes ist die erste Hochrechung später auch das amtliche Endergebnis. Im Landtag erscheinen Heyder und Voigt nicht mehr.

Vor den Monitoren gab sich Hans Püschel, der vor der Wahl von der SPD zur NPD übergelaufen war, nach der ersten Zahlen anfänglich weiter hoffnungsvoll: »Manch Prognose ging in die Hose«, reimte der Bürgermeister aus Krauschwitz. Später meinte er: »Sie haben uns bei der Auszählung der Stimmen sicherlich betrogen«. Schäfer, JN-Bundesvorsitzender, war schneller entmutigt. Wie auch Grunzel, der klagte, sie hätten mehr Geld als die bekannte Summe von 260.000 Euro in den Wahlkampf investiert. Investitionen, die nun, wie auch das ehrenamtliche Engagement der Wahlhelfer aus verschiedenen Landesverbänden, nicht mit dem Einzug belohnt wurden. Allerdings gingen seine Worte im Applaus der Umstehenden bei den ersten Erwähnungen des NPD-Ergebnisses fast unter. Keiner der anwesenden Politiker der anderen Parteien machte sich aber etwas vor. »Glück gehabt«, hieß es – auch von der CDU. Der damalige Landesinnenminister Holger Hövelmann (SPD) sagte: »Das ist der größte Erfolg des heutigen Abends«, nicht ohne gleich weiter zu betonen, dass keine Entwarnung gegeben werden dürfte.

Grunzel nannte derweil die Gründe des Scheiterns: »Die ganze Hetz- und Schmutzkampagne gegen uns hat letztendlich den Ausschlag gegeben«. Er ist sich an dem Abend sicher, dass ihr Spitzenkandidat nicht »Junker Jörg« sei. Ein lancierter Skandal mit manipulierten Daten, so ist der NPD-Sprachgebrauch zu den Vorhaltungen, dass Heyder unter dem Pseudonym »Junker Jörg« im Internet-Forum »Freie Freunde« schrieb. Eine Woche vor dem Wahltag hatte tagesschau.de berichtet, dass »Junker Jörg« in dem Forum fragte: »20 Koffer, 20 Mann, 20 Bahnhöfe, Bundesrepublik lahmgelegt. Alles legal. Kosten unter 1.000,- Euro. Wo ist das Problem?«. Dieser »Junker Jörg« forderte »tapfere Nationalisten« auch dazu auf, Frauen aus der Linkspartei »zu schänden«. Bereits Wochen zuvor offenbarten interne Mails der NPD strategische Gedankenspiele und politische Überlegungen, die wieder einmal deutlich werden ließen: Das bürgerliche Image der NPD ist bloße Fassade einer zutiefst neonazistischen Partei. Im November 2010 riet Heyder per Mail hinsichtlich einer Wahlkampfkarte: »immer schön arisieren«. Sieben Tage vor der Wahl dürfte das bemüht seriöse Auftreten von Heyder kaum noch glaubhaft gewesen sein.

Nicht nur im Landtag waren die NPD-Kader nach den Hochrechnungen betrübt. Auf der Wahlparty im »Hot Stone« schauten die rund 200 Parteimitglieder und -freunde nicht minder enttäuscht auf die Hochrechnungen. Der NPD-Landeswahlleiter Holger Apfel, NPD-Fraktionschef in Sachsen, betonte in der gut bürgerlichen Gaststätte, das der Wahlkampf »in seiner Professionalität und in seinen Umfang einmalig« war.

Sehr strategisch hatte Apfel den Wahlkampf ausgerichtet. Bereits ab Mai 2010 wurden zwei Wahlkampfzentralen in Halberstadt und in Bernburg eingerichtet, regelmäßige Arbeitstreffen durchgeführt und Honorare und Personalgelder bereitgestellt. Julian Monaco, Vorsitzender der JN Niedersachsen, arbeitete festangestellt in der Wahlkampfzentrale in Halberstadt. Vor allem Jugendliche, Hartz-IV-Empfänger und mittelständige Unternehmer wollten die NPD mit ihrem Wahlkampf ansprechen. Sehr früh setzte sie auf das Internet als Werbemedium. Seit Juni 2010 veröffentlichte sie Werbevideos, in denen sich zunächst Heyder, dann später weitere Kandidaten präsentierten. Eigene Kandidaten-Websites folgten, dazu umfangreiche Selbstdarstellungen auf verschiedenen Seiten des extrem rechten Spektrums. Verschiedene Spielereien baute die Partei auf den Websites ein, wie das Computerspiel »Heyder räumt auf« oder der »NPD-Kompass«, ein an das »Wahl-O-Mat«-Prinzip angelehnter Selbsttest zu den politischen Forderungen der NPD. Dank ihres Kandidaten und Flugdienst-Angestellten Kai Halle aus Eisleben konnte sie auch auf die günstige Möglichkeit der Luftwerbung per Flugzeug-Banner zurückgreifen. Mit dem »Weckruf« bot die NPD die Möglichkeit, am Wahltag über das Internet SMS an Freunde und Bekannte zu schicken, um sie in letzter Minute zur Wahl der NPD zu mobilisieren. Mit einer Neuauflage des JN-Comics »Enten gegen Hühner«, einer eigenen Schulhof-CD sowie dem gezielten Anschreiben von Schülervertretungen konzentrierten sie sich weiter auf Jugendliche.



...s als dicke Backen machen: Gunzel, Schäfer, Knape

Die CD erschien allerdings relativ spät. Auf den Straßen war die NPD jedoch mit Plakaten und Aktionen mehr als bloß wahrnehmbar. Vor Ort wollte sie doch auch die allgemeine politische Unzufriedenheit für sich nutzen. »Arbeitslosigkeit, (T)Euro, Sozialabbau, Wahllügen – Wehrt euch« oder »Deutsche Kinder braucht das Land« prangte flächendeckend auf NPD-Plakaten. »Sozial« gehe nur »national« ist ihre Botschaft und sie warnte vor dem vermeintlichen Zustrom billiger »ausländischer Konkurrenz«. Unter dem Motto »Essen fürs Volk« verteilte sie kostenlos Suppe aus einer mobilen Volksküche. Wie der interne Mailverkehr der NPD belegt, waren die Pläne aber umfangreicher als die Umsetzung. So sollte Raimund Bormann von der NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern ab Anfang Februar flächendeckend »Tafeln« anfahren. Jedoch wurden erst ab Mitte März einige wenige Einsätze absolviert.

Neben den Kandidaten der Landesliste hatte die NPD auch 37 Direktkandidaten aufstellen können – unter diesen waren fünf Frauen. Überdurchschnittlich gut schnitten mit je sechs Prozent die stellvertretende RNF-Bundesvorsitzende Judith Rothe aus Sotterhausen sowie Christel Kasprzyk aus Zeitz ab. Beide traten im Wahlkampf kaum in Erscheinung, sind aber gut verankert. Die auf Listenplatz 5 gesetzte ranghöchste NPD-Kandidatin Heidrun Walde sollte mit dem Thema »Rente« die älteren Wähler ansprechen. Um Altersarmut abzuwenden, forderte sie eine Volksrente sowie sozialversicherte Arbeitsplätze. Die nötigen Gelder könnten, so Walde, durch Streichungen bei den Projekten »gegen Rechts« gewonnen werden. Sie trat jedoch nicht in ihrem eigenen Wahlkreis an und erlangte unterdurchschnittliche 3,4 Prozent. Frauen aus anderen Bundesländern wie die sächsischen RNF-Mitglieder Katrin Köhler und Gitta Schüßler halfen beim Sammeln der Unterstützerunterschriften sowie bei der Verteilung der Wahlwerbung im Bundesland. Schüßlers Tochter diente als Titelmodell auf der ersten von zwei NPD-Wahlkampfzeitungen. Sie war außerdem Darstellerin im offiziellen Wahlwerbespot, ebenso wie die niedersächsische RNF-Aktivistin Ricarda Riefling, welche die traurig winkende Ehefrau und Mutter darstellt, die sich von ihrem berufspendelnden Mann verabschiedet. Das beste Landkreisergebnis für die NPD erzielte mit sieben Prozent erwartungsgemäß der im Süden Sachsen-Anhalts gelegene Burgenlandkreis. Mit 9,1 Prozent erreichte Lutz Battke hier das beste Erststimmenergebnis in seinem Wahlkreis. In seinem Wohnort Laucha, wo es eine heftige Auseinandersetzung um seine ehrenamtliche Trainertätigkeit im Sportverein gab, bekam Battke gar 18,8 Prozent der Erststimmen. Mit 16,3 Prozent erzielte die NPD in diesem Ort auch ihr bestes Zweitstimmenergebnis. Hans Püschel konnte in seinem Wahlkreis 6,5 Prozent der Erststimmen für die NPD holen. Bei der am selben Tag in der Stadt Hohenmölsen stattfindenden Bürgermeisterwahl erlangte er allerdings nur 3,1 Prozent. Mit den Auseinandersetzungen um die Trainerschaft von Battke und die SPD-Vergangenheit von Püschel gelang es der NPD, ein großes Medienecho zu forcieren.

Die Wahlanalysen zeigen, dass zehn Prozent der Arbeitslosen, sieben Prozent der Arbeiter und drei Prozent der Angestellten bei der NPD ihr Kreuz machten. Laut der »Forschungsgruppe Wahlen« wurde die NPD zu sieben Prozent von Männern gewählt und zu drei Prozent von Frauen. Bei den unter 30-Jährigen gaben zwölf Prozent der Partei ihre Stimme, wobei sie bei Frauen in dieser Altergruppe auf neun Prozent kommt und bei den Männern dieser Altersgruppe auf 15 Prozent. Auch in der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen lag die NPD mit sechs Prozent sicher über der Fünf-Prozent-Hürde. Bei der Juniorwahl, an der sich 89 Schulen beteiligten, kam die NPD auf 11,4 Prozent.

Im »Hot Stone« konnte Apfels Betonung des gut durchgeführten Wahlkampfes die Wahlpartybesucher wenig aufmuntern. Auch dass Heyder nicht minder lobte, dass die Partei noch nie so professionell aufgetreten sei, ermutigte kaum. Nach den großen Erwartungen folgte am Abend die tiefe Enttäuschung. Die Wahlkampfführung hatte selbst das Überspringen der 5-Prozent-Hürde als so sicher angesehen, dass der Gewinn von 4,6 Prozent kaum gefeiert wurde. Einen Tag nach der Wahl waren die Einschätzungen in der Partei sehr unterschiedlich. Das NPD-Präsidium erklärte »Nach der Wahl ist vor der Wahl« und machte allein die »Großwetterlager« und die »Schmutzkampagne« als ursächlich aus. Heyder betonte, dass sie »zum ersten Mal« erleben musste, »wie das Internet als Waffe im Wahlkampf eingesetzt wurde«. Die äußeren Faktoren wollte der Landesvize Matthias Gärtner jedoch, anders als Apfel, Voigt und Heyder, nicht als alleinige Ursache gelten lassen. Das »Unglück in Japan«, das vor allem die Wähler für die »Grünen« mobilisiert hatte, und die Berichterstattung in den Medien reichen Gärtner, der auf Platz 2 der Landesliste angetreten war, nicht als Begründung. Er hebt hervor, dass »Junker Jörg« gerechtfertigte Zweifel an ihrer »Glaubwürdigkeit« bei ihrer Wählerklientel hatte aufkommen lassen, ihr Wahlkampf wenig attraktiv gewesen und ihre Parolen wie »Arbeit statt Armut« zu austauschbar seien. Einen Fakt lassen die NPD-Herren kurz nach der Wahl unerwähnt: Die Wahlbeteiligung, die von 44,4 Prozent auf 52 Prozent gestiegen war. Der Rechtsextremismus-Experte Hajo Funke betonte, »dass die Wahlbeteiligung ausschlaggebend war« und hebt hervor: »Im Grunde hat Sachsen-Anhalt Glück gehabt.« ■

WAHL RHEINLAND-PFALZ

Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 27. März 2011 verlor die extreme Rechte weiter an Stimmen. Die Partei »Die Republikaner« (REP) erhielt gerade einmal 0,8 Prozent der Zweitstimmen (15.600) – 2006 waren es noch 1,7 Prozent (29.919). Die NPD überflügelte die REP. Sie erzielte 1,1 Prozent (20.586). Allerdings büßte auch sie gegenüber 2006 ein (1,2 Prozent, 29.919). »Spitzenwerte« erzielte die NPD, die in jedem Wahlkreis (WK) mit mindestens einem eigenen Kandidaten antrat, im WK Donnersberg (2,7 Prozent). Der dort antretende 23-jährige Christian Ebert aus Westhofen erhielt gar 2,8 Prozent (994 Erststimmen). Im WK Zweibrücken konnte die NPD 2,3 Prozent der Zweitstimmen für sich gewinnen. Der lokale 44-jährige Kandidat Detlef Walk erhielt 2,5 Prozent. Die NPD-Landesvorsitzende Dörthe Armstroff (52) trat in Neustadt an der Weinstraße an und erhielt 2,1 Prozent der Erstimmen, wobei die Partei hier nur 1,7 Prozent der Zweitstimmen erhielt. Ihr Mann Klaus Armstroff (53) trat im WK Bad Dürkheim an und erhielt 1,8 Prozent der Erststimmen (Zweitstimmen dort 1,4 Prozent). Trotz dieser vereinzelten »Ausreißer« stellt das Ergebnis für die NPD einen herben Schlag dar. Für die REP zementiert ihr Abschneiden den fortlaufenden Weg in die Bedeutungslosigkeit.

Größen- und Verfolgungswahn

Die NPD und die Landtagswahl in Baden-Württemberg

Ihre Prognosen im Wahlkampf sowie die Bewertung des Landtagswahlergebnisses zeigen den Realitätsverlust der baden-württembergischen NPD.

Von Robert Andreasch

Zwei Wochen vor der baden-württembergischen Landtagswahl am 27. März 2011 hatte der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Janus Nowak (Sindelfingen) das Abschneiden seiner Partei prognostiziert: »Nach einem grandiosen Einzug der NPD in Sachsen-Anhalt« eine Woche vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg würde »die Stimmung der noch unentschlossenen Wähler kippen« und »viele Deutsche würden die Stimme des Volkes in den Landtag [...] wählen«. Noch nach dem Scheitern der NPD bei der Sachsen-Anhalt-Wahl schrieb der Landesvorsitzende Jürgen Schützinger: »Was die politikfähigen Deutschen in Sachsen-Anhalt konnten, nämlich die NPD mit einem respektablen, die FDP weit überholenden Ergebnis zu wählen, das können wir Baden-Württemberger doch auch – und vielleicht noch ein Klitzekleines mehr.«

Realitätsferne

Letztlich gaben gut 48.000 Menschen der NPD ihre Stimme, 19.000 mehr als bei der Wahl 2006. Doch die NPD kommt damit nur auf 0,968 Prozent. Landtagseinzug, Triumph über die konkurrierenden »Republikaner« (1,1 Prozent) und der Plan, sich mittels Wahlkampfkosten-Rückerstattung finanziell zu stabilisieren, sind gescheitert. Auf der NPD-Homepage ging Schützinger nur kurz auf diese Niederlage ein: »Das Wahlziel der Nationaldemokraten war inoffiziell, die Null vor dem Komma wegzubekommen. Das ist ausweislich des mir vorliegenden vorläufigen Ergebnisses der Landtagswahl erzielt worden. Das eigentlich politische Ziel, nämlich in den Landtag einzuziehen, wurde klar und leider verfehlt. Hauptgrund: Aus der Landtagswahl wurde eine Japan-Atom-Angstwahl. Gegen Naturgewalten anzukommen, ist eben auch uns Nationaldemokraten noch nicht möglich.« Nowak zeigte sich in einer Pressemitteilung indes selbstkritischer: »Wer darüber meckert, dass die NPD in Baden-Württemberg keine nennenswerten Wahlerfolge feiern kann, der weiß nicht, dass unsere wenigen Wahlkämpfer ehrenamtlich unterwegs waren und leider nicht flächendeckend Wahlkampf betreiben konnten.«

Verfolgungswahn

Der Politikwissenschaftler Kurt Lenk hat 1998 in seinem Aufsatz »Ideengeschichtliche Dimension rechtsextremen Denkens« das Denken deutscher Neonazis durch die Kernelemente »Größen- und Verfolgungswahn« beschrieben. Jürgen Schützinger ging nach der Landtagswahl in die Offensive (»Wir wissen jedenfalls was abgeht und sind daher sehr positiv zukunftsorientiert und gut aufgestellt.«) und sah gleichzeitig die deutsche Rechte als verfolgtes Opfer: »Überall ‹boomt› es, nur bei uns nicht. Wieso eigentlich? Ja, klar doch, liegt auf der Hand: Wir haben den letzten Krieg verloren.« Wegen angeblich »offensichtlichen Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem Wahlzulassungsverfahren und der zweifelhaften Stimmauszählung« hat der NPD-Landesvorstand mittlerweile Strafanzeigen und eine förmliche Anfechtung der Wahl angekündigt. ■

Rechte Pleite

Keine Erfolge bei hessischen Kommunalwahlen

33 Kommunalmandate und fünf Sitze in Ortsteilbeiräten gewann die extreme Rechte bei der Wahl in Hessen im März 2011. »Die Republikaner« verloren, die NPD legte auf niedrigem Niveau zu.

Von Ernst Kovahl

Für »Die Republikaner« (REP) waren die Kommunalwahlen am 27. März 2011 in Hessen eine Schlappe. Landesweit gewann die Partei nur 0,7 Prozent der Stimmen (13 Sitze). 2006 waren es mit 1,5 Prozent und 29 Sitzen in Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen noch mehr als doppelt so viel. In den Kreistagen Hochtaunuskreis (1,7 Prozent), Fulda (1,7 Prozent), Marburg-Biedenkopf (1,6 Prozent), Waldeck-Frankenberg (1,4 Prozent), Main-Kinzig-Kreis (1,5 Prozent) und Odenwaldkreis (2,4 Prozent) sind die REP nun mit je einem Mandat vertreten, im Kreistag Bergstraße (2,3 Prozent) mit zwei. In den Gemeinden zogen »Republikaner« in Bad Homburg (1,7 Prozent), Erbach (3,8 Prozent), Frankfurt (0,8 Prozent), Fulda (1,8 Prozent), Korbach (1,9 Prozent), Maintal (2,6 Prozent) und Wehrheim (2,7 Prozent) mit je einem, in Hanau (4,2 Prozent), Offenbach (3,4 Prozent), Stadtallendorf (5,6 Prozent) und Wiesbaden (2,2 Prozent) mit zwei Vertretern ein. In allen Landkreisen verloren »Die Republikaner«. Außerdem flog die Partei aus den Kreistagen des Main-Taunus-Kreis, des Rheingau-Taunus-Kreis und des Vogelsbergkreis. In fünf weiteren Kreisen sowie den Gemeinden Brachttal, Dietzenbach, Dillenburg, Eltville am Rhein, Friedrichsdorf, Haiger und Neustadt, in denen die Partei 2006 noch kandidiert hatte, trat sie nicht mehr an. Nur in Erbach (+3,8 Prozent) sowie in Wehrheim (+0,7 Prozent) konnte sie sich verbessern. Vier Vertreter der Partei zogen zudem in Frankfurt, Hanau und Wiesbaden in Ortsteilbeiräte ein.

Die NPD gewann dagegen leicht hinzu. Landesweit blieb sie zwar bei 0,4 Prozent der Stimmen, doch hat sie nun vier Mandate mehr und sitzt mit 10 Vertretern in Kommunalparlamenten. In den Kreistagen Lahn-Dill-Kreis (2,4 Prozent) und im Wetterau-Kreis (2,5 Prozent) gewann sie je zwei Mandate und im Main-Kinzig-Kreis (1,4 Prozent) einen Sitz. Der Zugewinn im Lahn-Dill-Kreis dürfte auf den Verzicht der REP zurückführen sein, die 2006 noch konkurrierend angetreten waren. Je einen Sitz in den Gemeinden holte die NPD in Büdingen (2,2 Prozent), Frankfurt (1,1 Prozent) und Leun (5,2 Prozent). Zwei Sitze gewann sie in Wölfersheim (5,7 Prozent). Gegenüber 2006 flog die NPD aus den Vertretungen in Kelkheim, Hirzenhain, Gedern, Butzbach und Ehringshausen. In Frankfurt sitzt sie in einem Ortsteilbeirat.

Neben REP und NPD müssen zukünftig auch einzelne Wählervereinigungen in den Blick genommen werden. Die »Freien Wähler« plakatierten in Frankfurt beispielsweise den Slogan »Damit Frankfurt Sarrazin beherzigt« und gewannen 3,8 Prozent der Stimmen. ■

Das sechste Verbot in Brandenburg

Land Brandenburg verbietet Neonazi-Kameradschaft

Am 22. Januar 2010 verübten Neonazis einen Brandanschlag auf das »Haus der Demokratie« in Zossen. Nach über einem Jahr reagierte nun das Innenministerium Brandenburg und verbot die »Freien Kräfte Teltow-Fläming«. Fraglich bleibt, wie effektiv das Verbot auf lange Sicht sein wird.

Von Christoph Schulz

Am 11. April 2011 hat das Brandenburgische Innenministerium die Neonazigruppe »Freie Kräfte Teltow-Fläming« (FKTF) verboten. Am frühen Morgen desselben Tages lief eine begleitende Großrazzia an. Die Polizei überstellte 20 Neonazis die Verbotsverfügung und durchsuchte 20 Objekte in Brandenburg und in Berlin. Beschlagnahmt wurden dabei 700 Euro »Vereinsvermögen«, Computer, Handys, Propagandamaterial, ein selbstgebauter Sprengsatz sowie Messer und Schlagstöcke.

Die Behörden ordnen der Kameradschaft recht großzügig insgesamt 50 Personen zu. Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidke (SPD) befand, dass die FKTF »einen völkischen Kollektivismus im Sinne des Nationalsozialismus des Dritten Reichs« propagierten. Und weiter: »Das war für den Rechtsstaat nicht länger hinnehmbar. Jetzt ist Schluss!«

FKTF (mit-)verantwortlich für Brandanschlag

Tatsächlich fielen die Mitglieder und das Umfeld der um 2006 gegründeten FKTF immer wieder durch selbstbewusste Posen und neonazistische Aktivitäten im Landkreis Teltow-Fläming, einer südlich an Berlin grenzenden Region, auf. Nur einige Beispiele: »Stolpersteine« zur Erinnerung an von den Nazis deportierte Jüdinnen und Juden wurden beschädigt oder zerstört. Eine Kundgebung zum Holocaustgedenktag am 27. Januar 2010 wurde mit Hitlergruß und »Lügner!«-Rufen gestört. Mitglieder der Anti-Nazi-Initiative »Zossen zeigt Gesicht« hatten Morddrohungen und gegen sie gerichtete Sprühaktionen zu ertragen. Ein Brandanschlag auf das Auto eines der Mitglieder schlug fehl. Trauriger Höhepunkt des Geschehens: Am 22. Januar 2010 wurde das »Haus der Demokratie«, Sitz von »Zossen zeigt Gesicht«, komplett niedergebrannt. Haupttäter war der erst 16-jährige Neonazi Daniel S., der mit der Tat wohl den Respekt der älteren FKTF-Neonazis erlangen wollte. Das Verfahren gegen Daniel S. und einen ebenso jungen Mittäter wurde inzwischen eingestellt. Daniel S. verfüge nicht über die nötige »sittliche Reife«, um für seine Tat verantwortlich gemacht werden zu können. Allerdings steht bald ein weiterer Prozess an: Der 25-jährige Mitanführer der FKTF, Daniel Teich, wird mit anderen Neonazis beschuldigt, Daniel S. zum Brandanschlag angestiftet zu haben. Schon jetzt kann als sicher gelten, dass Daniel Teich von den Anschlagsplänen frühzeitig wusste und Tipps zur Tatausführung gab.

Typische AN-Politik

Bemerkenswert an den »Freien Kräften Teltow-Fläming« war sicherlich das Selbstbewusstsein, mit der die eigene Krawallpolitik betrieben wurde. Davon abgesehen lassen sie sich als typische Vertreter der »Autonomen Nationalisten« im Kameradschaftsspektrum einordnen: geringe formelle Organisierung, offensive Bekenntnisse zum Nationalsozialismus, optische Anlehnung an linksradikale Ästhetik, Fokussierung auf politische Feinde, Militanz und Demonstrationspolitik. Führende Mitglieder wie Daniel Teich und Christoph Schack standen in engem Austausch mit Kameradschaften und NPD-Strukturen in Berlin und Brandenburg. Teilweise wurde das Zossener Internetcafé des »Reichsbürgers« und Holocaustleugners Rainer Link als Treffpunkt genutzt. Link hatte Ende 2009 Selbstmord begangen. Zuvor hatte er Streit mit den FKTF-Neonazis, die ihm vorwarfen, ein »Kinderschänder« zu sein. Bei einem Einbruch entwendeten sie einen Computer mit »Beweismaterial« und boten diesen einer lokalen Antifagruppe sowie der Lokalzeitung zum Kauf an.



^ Haus der Demokratie in Zossen

Aus FKTF wird »NS Zossen«

Bei »Zossen zeigt Gesicht« wurde die aktuelle Nachricht vom FKTF-Verbot begrüßt und als Bestätigung der eigenen Arbeit aufgefasst. Über Jahre hatte die Bürgerinitiative auf das Treiben der Neonazis hingewiesen und dafür aus der lokalen Politik Schelte bekommen. So unterstellte Zossens Bürgermeisterin Michaela Schreiber von der Vereinigung »Plan B«, der Initiative »Zossen zeigt Gesicht«, diese provoziere die sonst nicht präsenten Neonazis zu Aktivitäten. Zusätzlich befand sie, ihre Stadt habe keinen Bedarf für ein »Haus der Demokratie«, weil es ja schon eines gebe – ihr Rathaus.

Das Verbot sei nun ein »direkter Erfolg der Zivilgesellschaft« erklärte ein Sprecher von »Zossen zeigt Gesicht« und fügte an: »Diese Organisation ist zerschlagen, aber das rechtsextremistische Denken und andere rechtsextreme Organisationen sind noch da.« Enthusiastische Freude ist in der Tat nicht angebracht. Einerseits haben Verbot und Durchsuchungsaktion den zuvor selbstbewussten Neonazis einen längst überfälligen Dämpfer verpasst. Andererseits: Das nun nach Vereinsrecht verbotene Label »Freie Kräfte Teltow-Fläming« war schon Monate vorher nicht mehr als eine leere Hülle. Genau genommen gab es die »Freien Kräften Teltow-Fläming« zum Zeitpunkt des Verbotes nicht mehr. Bereits im Vorfeld hatten sich die FKTF-Neonazis auf die »Nationalen Sozialisten Zossen« und das »Infoportal Teltow-Fläming« sowie auf einen eigens gegründeten NPD-»Stützpunkt« für den Landkreis Teltow-Fläming aufgeteilt. All die neuen Strukturen sind vom Verbot nicht betroffen. Beispielsweise wurde in Pressemeldungen zum Verbot häufig auf eine von den FKTF erstellte und verteilte »Schüler-CD« verwiesen und impliziert, dass diese nun aus dem Verkehr gezogen sei. Mitnichten: Auf

der Homepage der »Nationalen Sozialisten Zossen« ist die CD weiter erhältlich.

Verbotspolitik in Brandenburg
Am aktuellen Beispiel wird erneut deutlich, dass repressive staatliche Maßnahmen, wie Verbote gegen Kameradschaftsstrukturen, durchaus kurzfristig Druck ausüben und das Umfeld von Neonazis verunsichern können. Doch effizient und tatsächlich nachhaltig zu verbieten sind informelle Strukturen kaum – ein Fakt, der in den öffentlichen Diskussionen nach Verbotsmeldungen selten genannt wird. Das Land Brandenburg hat zwischen 1995 und 2006 fünf Neonazigruppen verboten – und damit die Szene in Bewegung gehalten. Diese organisierte sich nach den jeweiligen Verboten dementsprechend neu. Ehemalige Mitglieder des 2005 verbotenen »Sturm 27« aus dem Havelland sind beispielsweise mittlerweile in führenden Positionen bei der regionalen NPD. Vom 2006 verbotenen »Schutzbund Deutschland«, der nie mehr als eine Flugblattwerkstatt war, kursieren weiterhin Schriften mit altbekanntem Inhalt, aber unter anderen, öfter wechselnden Labeln. Die »Kameradschaft Märkisch-Oder-Barnim« indes hatte sich 2010 selbst aufgelöst, nachdem sie zivilgesellschaftlichen Gegenwind zu spüren bekam und wohl auch ein Verbotsverfahren erahnte. Inzwischen operiert sie wieder, natürlich unter neuem Namen: »Freundeskreis Brandenburg«. ■



^ Daniel Teich im Gespräch mit der Polizei – Christoph Schack ganz links

»Nazis gibt's hier nicht«

Razzia im Rems-Murr-Kreis

Seit Jahren sind die Probleme mit Neonazis im württembergischen Kreis bekannt. Doch die Situation musste erst eskalieren, damit vor Ort nicht mehr die Augen verschlossen werden.

Von Michael Distel

Am Abend des 9. auf den 10. April 2011 kam es in einer Kleingartensiedlung in der Nähe von Winterbach (Rems-Murr-Kreis) zu einem folgenschweren Aufeinandertreffen. Neun Jugendliche türkischer und italienischer Herkunft wollten eine Party auf einer elterlichen Streuobstwiese feiern. In unmittelbarer Nähe feiern bereits etwa 30 Nazis, die sich bewaffnen und die Jugendlichen angreifen. Zuvor hatte bereits einer der rechten Partygäste einen der Jugendlichen auf dem Weg mit dem Auto angefahren. Fünf der Jugendlichen retten sich in eine Gartenhütte und verständigen von dort die Polizei. Doch die Nazis verschütten Benzin, drohen und zünden schließlich die Hütte an. Nur mit knapper Not können die Jugendlichen unter Prügeln den Nazis entkommen. Rippenprellungen und eine gebrochene Hand sind die Folge.

Problem bekannt
Das Gartengrundstück auf dem die Geburtstagsparty einer Naziaktivistin stattfand ist bei AntifaschistInnen und Behörden altbekannt. Vom aktuellen Besitzer wird seit Jahren die Durchführung rechter Partys und Veranstaltungen der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) und der NPD geduldet.

Die Naziszenen im Rems-Murr-Kreis wurde in den Gemeinden und Behörden der Region stets geflissentlich ignoriert. In Korb (ebenfalls Rems-Murr-Kreis) fanden seit Jahren die Landesparteitage der NPD statt. Im Rathaus wusste man davon, öffentlich thematisiert wurde dies hingegen nie. »Wir wollten der NPD kein Forum bieten«, ließ der Bürgermeister auf Anfrage der »Stuttgarter Zeitung« verlauten. In Weiler (bei Schorndorf), ebenfalls einer Nachbargemeinde von Winterbach, existiert seit Jahren mit der Gaststätte »Linde« ein Nazi-Szenetreff. Dem Inhaber Jürgen Wehner, der seit 2005 für die NPD aktiv ist und 2011 für die Partei zur Landtagswahl antrat, ist mittlerweile jedoch die Konzession entzogen worden. Die Partei trifft sich dennoch weiter dort.

Durchsuchungen
Im Zuge der Ermittlungen durchsuchte die Polizei am 13. und 16. April 2011 33 Wohnungen und ermittelte über 30 mutmaßlich Beteiligte. Ob es jedoch zu Anklageerhebungen kommen wird, ist fraglich. Die Mauer des Schweigens bei den Nazis hält (noch) und die angegriffenen Jugendlichen können nur wenige Aussagen zu ihren Peinigern machen. Besonders peinlich für die Polizei: Zu Beginn der Party hatte eine Polizeistreife den feiernden Nazis eine »Ansprache« gehalten, aber keinerlei Kontrollen durchgeführt.

Jetzt folgenden Reaktionen
Bis vor kurzem noch wurden Initiativen wie »Weiler schaut hin«, die sich gegen diese Nazikneipe engagieren, als »Nestbeschmutzer« wahrgenommen. Dies scheint sich nach dem Überfall auf die jungen Migranten jetzt zu ändern. An einer Demonstration aus Protest gegen den Überfall nahmen am 17. April 2011 1.300 Menschen teil, der Bürgermeister von Winterbach sprach ein Grußwort.

In Korb gibt man sich ebenfalls zerknirscht. Die Inhaberin der Gaststätte, in der die Landessparteitage stattfanden, will die NPD nun nicht mehr bewirten und die Gemeinde gelobt ebenfalls eine bessere Informationspolitik der Öffentlichkeit gegenüber. In Winterbach will die Gemeinde das Anwesen, das von den Nazis genutzt wurde, aufkaufen, um weitere Nazifeiern zu verhindern. Alles Dinge, die schon früher hätte gemacht werden können. ■

Neonazis im Barockschloss

»Lesertreffen« des Verlags »Lesen & Schenken«

Einmal im Jahr sind Neonazis im »Schlosshotel« in einem Seitenflügel des Schlosses Weißenstein ganz unter sich. Dann lädt das Unternehmen »Lesen & Schenken« von Dietmar Munier aus dem schleswig-holsteinischen Martensrade zum »Lesertreffen« ins fränkische Pommersfelden ein.

Von Robert Andreasch

Beim »Lesertreffen« des »Lesen & Schenken«-Versands von Dietmar Munier (Martensrade) versammelten sich am ersten Aprilwochenende 2011 über 200 extrem rechte FunktionärInnen und ihre SympathisantInnen im »Schlosshotel Weißenstein«. Unter den Gästen aus Deutschland, Österreich und Italien waren zahlreiche bekannte rechte AktivistInnen wie zum Beispiel das NPD-Bundesvorstandsmitglied Ulrich Pätzold (Schöllnach), die saarländischen NPD-Politiker Peter Marx und Frank Franz, der bayerische NPD-Landesgeschäftsführer Axel Michaelis (Wachenroth), der braune »Liedermacher« Frank Rennicke (Altengreuth), »Witikobund«- und »Burschenschaft-Danubia«-Funktionär Hans-Ulrich Kopp (Stuttgart) sowie der neue »Zuerst«-Chefredakteur Manuel Ochsenreiter. Viele Gäste kamen mit der ganzen Familie nach Pommersfelden und viele Frauen trugen Röcke, Männer hingegen Tracht oder Zimmermannshosen. Das »Lesertreffen« ermöglicht der rechten Szene offensichtlich seit über zehn Jahren ein Abtauchen in eine völkische »Parallelwelt«.



^ u. a. Peter Marx, Harald Neubauer und Dietmar Munier beim »Lesertreffen«

Muniers »Sicherheitsdienst«

Diese Wohlfühlatmosphäre sollte nicht gestört werden und dazu musste die Öffentlichkeit, die in den vergangenen zehn Jahren so gut wie keine Notiz von dem rechten Treiben nahm, strikt draußen gehalten werden. »Lesen & Schenken« hatte dafür erstmals einen »Sicherheitsdienst« aus Aktivisten der neonazistischen »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) um Kai Pfürstinger sowie der verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) um den ehemaligen HDJ-»Lagerleiter« Martin Götze rekrutiert. Die jungen Neonazis waren in einem Matratzenlager neben dem Tagungssaal untergebracht und wurden mit Pizza aus einer nahegelegenen Gaststätte versorgt. Ihre Posten standen nicht nur am Tagungssaal-Eingang, sondern auch an den Toren des Schlossgeländes, das nicht zum gepachteten »Schlosshotel« gehört. Im öffentlichen Schlosshof ging der »Sicherheitsdienst« massiv gegen Journalistinnen und Journalisten vor. Götze versuchte, einen Fotograf und seine Kameraobjektive mit Kieselsteinchen zu treffen. Zynisch drohte Jens Lütke vom »Sicherheitsdienst« einem Reporter am Nachmittag, als die Polizei Dienstschluss machte, dass man nun für dessen »Sicherheit nicht mehr garantieren« könne. Das passive Verhalten der BeamtInnen des Polizeipräsidiums Oberfranken hatte die Neonazis zusätzlich angestachelt: Erst der Einsatzleiter hob »Platzverweise« seiner BeamtInnen gegen MedienvertreterInnen wieder auf. Ausgerechnet als ein Fotograf in einer polizeilichen »Personenkontrolle« stand, wurde er von Neonazis attackiert: Ulrich Pätzold, Mitglied des NPD-Bundesvorstands, schlug dem Journalisten dabei mit der Faust gegen den Kehlkopf. Der Schläger musste lediglich seine Personalien abgeben und konnte weiter am »Lesertreffen« teilnehmen.

Das Programm

Als Referenten waren dort am Freitagnachmittag Hans-Ulrich Kopp (»Ostdeutsche Kulturgüter in russischen Kellern: Das Schicksal eines Kunstschatzes«) und NPD-Landtagskandidat Hans Püschel (»Meinungsfreiheit: Mit Thilo Sarrazin in der SPD«) angekündigt. Am Samstag sollte nach dem Programmpunkt »Offenes Singen und Volkstanz« der »Sezession«-Herausgeber Götz Kubitschek referieren (»Deutsche Opfer, fremde Täter: Ausländergewalt in Deutschland«) und anschließend Theodor Schmidt-Kaler (»Kurskorrektur tut not: Ursachen und Folgen der Bevölkerungsentwicklung«). Danach stand Dietmar Munier selbst auf dem Programm (»Als politischer Verleger quer zum Zeitgeist«) und schließlich der extrem rechte FPÖ-Politiker Andreas Mölzer (»Europa im Fadenkreuz: Geopolitische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts«). Auch der nicht angekündigte Tomislav Sumic hielt am Samstag einen Vortrag. Als Referenten am Sonntag waren Günter Pahl-Keitum (»Detlev von Liliencron: Annäherung an einen Dichter«) und der frühere »Nation & Europa«-Herausgeber Harald Neubauer (»Hass, Heuchelei, Hysterie: Wie deutsche Medien manipulieren«) beworben worden.

Gegenaktivitäten

Die »Schlosshotel«-Pächter Renate und Manfred Haag hatten wie in den vergangenen Jahren ihr Hotel wieder bereitwillig für das extrem rechte Treffen zur Verfügung gestellt. Renate Haag war schnell zur Stelle, als Reporter eine angeblich ihr gehörende Grünfläche betreten haben sollen. Der Schlossbesitzer – und damit der Besitzer der Grünfläche – war in diesem Jahr jedoch auf den Seiten der NazigegnerInnen zu finden: Graf von Schönborn sprach neben Schauspieler Erich Ude und dem jüdischen KZ-Überlebenden Josef Jakubowicz auf einer von 150 BürgerInnen besuchten antifaschistischen Kundgebung vor dem äußersten Schlosstor. Bürgermeister Hans Beck und die AktivistInnen der »nordbayerischen Bündnisse gegen Rechts« hatten sich mit der Kundgebung über den im Vorfeld ergangenen skandalösen »Rat« der beim bayerischen »Landesamt für Verfassungsschutz« angesiedelten »Informationsstelle gegen Extremismus« (BIGE) hinweggesetzt, sich nicht gegen das Neonazi-Treffen zu engagieren. Mit der Ruhe für Muniers »Lesertreffen« dürfte es damit endgültig vorbei sein: Die antifaschistischen Gegenaktivitäten sollen im nächsten Jahr noch ausgebaut werden. ■

»Uns trennt Oder-Neiße nicht«

Die »Schlesische Jugend«

Die »Schlesische Jugend« ist nicht »rechtsextrem« unterwandert, sie ist Teil der extremen Rechten. Der Bundesverband wird vom Thüringer Landesverband dominiert, der bereits seit langem enge Kontakte in die Neonazi-Szene unterhält.

Von Martina Renner



Seit langem ist Beobachtern der extremen Rechten die »Schlesische Jugend – Landesgruppe Thüringen« (SJ Thüringen) ein Begriff. Immer wieder warnten sie vor der Vereinigung, auf deren Veranstaltungen Deutsch-Völkische und Neonazis zusammenkommen. Doch erst ein kritischer Bericht von »tagesschau.de« sorgte für ein Handeln der »Landsmannschaft Schlesien« (LMS), deren korporatives Mitglied die Bundesgruppe der »Schlesischen Jugend« bisher war. So war die SJ auch mittelbarer Teil der Verbandsstrukturen des »Bund der Vertriebenen« (BdV). Mit rund 200.000 Mitgliedern zählt die LMS zu den größten Verbänden der deutschen »Vertriebenen«.

»Bekenntnisgeneration«

Die Mitglieder der SJ verstehen sich als »Angehörige der jungen Generationen, der Bekenntnisgeneration«, die »den Auftrag und das Vermächtnis der Erlebnisgeneration fortführen wollen«. Zur Beschreibung der »grundsätzlichen Ziele und Ideale, denen sich die Schlesische Jugend verpflichtet fühlt«, verweist die Vereinigung auf die beiden Gedichte »An die Schlesier-Jugend« und »Schlesiens Jugend«. Während es im erstgenannten heißt, »Euch, Jugend, gilt es auch zu mahnen / An das Vermächtnis Eurer Ahnen, / Die treu und fest zur Heimat standen / In uns`ren lieben Schlesierlanden.«, wird das zweite Gedicht deutlicher: »Traute Heimat in der Ferne, / uns trennt Oder-Neiße nicht. / Nie erlöschen Deine Sterne, / die da mahnen uns zur Pflicht.« Der Autor von »Schlesiens Jugend« beendet seine revanchistische Poesie mit den Worten: »Jugend will in Dir als Erben / – unser Wort nimm heut‘ zum Pfand – / frei und deutsch als Schlesier sterben. / Schlesien, liebes Heimatland!«

Neonazi-Kontakte

War es anfangs vor allem der Thüringer Landesverband der SJ, dessen führende Mitglieder Verbindungen zu neonazistischen Personen und Organisationen pflegten, geriet im Herbst 2009 die gesamte »Bundesgruppe« in das Fahrwasser der extremen Rechten. Seit dieser Zeit dominieren die Thüringer Mitglieder den Bundesvorstand und verlegten auch den Vereinssitz in das thüringische Floh-Seligenthal bei Schmalkalden. Durch die neue Postenverteilung entwickelte sich die SJ immer mehr von einer rechtskonservativen Jugendorganisation zu einer Vorfeldorganisation der extremen Rechten. In Thüringen gibt es bereits seit Jahren personelle und strukturelle Verbindungen zu organisierten Neonazis. Schon bei der Gründung der SJ Thüringen 2003 wurden personelle Verbindungen zur NPD sichtbar. Unter den Gründungsmitgliedern befand sich der neonazistische Liedermacher Martin Rocktäschel, damals Mitglied im NPD-Landesvorstand. AntifaschistInnen registrierten darüber hinaus, dass bei Veranstaltungsberichten der SJ Thüringen auf deren Homepage mehrfach der verurteilte Holocaustleugner Paul Latussek als Referent und Gast bei der SJ Thüringen im Kreis von Fabian Rimbach, aber auch der gebürtige Bad Salzunger Hendrik Heller, heute NPD-Kreisvorsitzender im Wartburgkreis, zu sehen waren. Weitere Indizien für die Verstrickung in den organisierten Neonazismus folgten: So nutzte der heutige Bundesvorsitzende Rimbach 2007 als presserechtlich Verantwortlicher für das »Infoblatt der Schlesischen Jugend von Thüringen« dasselbe Postfach wie die ehemalige Neonazikameradschaft »Zukunft Perspektive Heimat« aus Bad Salzungen. Nur wenig später, im Jahr 2008, beteiligte sich das heutige Bundesvorstandsmitglied Sabine Wolf an der ersten Wanderung der ehemaligen Thüringer Einheit der mittlerweile verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ).

Besonders deutlich wurde die Verflechtung in das neonazistische Milieu auf dem »Schlesiertag« 2009 in Hannover. Zu diesem regelmäßigen Event kommen mehrere zehntausend »Vertriebene« zusammen. Auch politische Prominenz der CDU ist dort immer wieder zu Gast. 2009 stand mit Jürgen Voigt auch ein Landtagskandidat der Thüringer NPD hinter dem Infotisch der »SJ Thüringen« (siehe Foto). Voigt ist als Liedermacher der Neonaziszene bekannt und trat in den vergangenen Jahren auf mehreren Veranstaltungen, von Treffen der NPD bis zu Tagungen der rassistischen »Artgemeinschaft«, auf.

Selbst als im Herbst 2010 bekannt wurde, dass die SJ Thüringen – teils zusammen mit der für den Naziaufmarsch in Dresden verantwortlichen »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« – seit zehn Jahren regelmäßig ein Landschulheim im thüringischen Kleinschmalkalden nutzt, blieben die Reaktionen verhalten. Die Kommune, als Eigentümerin der Immobilie, tat sich mit Konsequenzen schwer. Schließlich intervenierte das Thüringer Innenministerium und drängte den Betreiber, sämtliche für 2011 getätigten Reservierungen zu stornieren. Bei Nachfragen bei Verantwortlichen vor Ort war immer wieder zu hören, dass es der SJ gelungen war, sich ein harmloses Image zu geben.

Distanzierungen?

Die Fakten waren seit langem bekannt. Doch erst ein Bericht von »tagesschau.de« sorgte für Distanzierungen vom BdV bis zum Bundesinnenministerium. Auch das Thüringer Innenministerium wurde erst im Frühjahr 2011 aktiv, nachdem es noch ein Jahr zuvor in der Antwort auf eine Kleine Anfrage zur SJ ausführte, es lägen keine Hinweise auf öffentliche »rechtsextreme« Aktivitäten vor. Inzwischen findet die SJ Thüringen sogar im Verfassungsschutzbericht 2010 Erwähnung. Acht Jahre hat es gedauert, bis Medien und Behörden die Hinweise ernst nahmen. Ob es nun zum endgültigen Bruch der LMS mit der SJ kommt, ist unklar. Zwar ist der Jugendverband suspendiert, aber endgültig soll erst die kommende Bundesdelegiertenversammlung entscheiden. Eine Nagelprobe dafür wird der »Schlesiertag« im Juni in Hannover. Die SJ kündigt auf ihrer Homepage bisher an, dort wie gewohnt teilnehmen zu wollen. ■

Oberbayerische Traditionspflege

Gedenken an Wehrmacht und Waffen-SS in Bad Reichenhall

Die oberbayerische Kleinstadt Bad Reichenhall ist alljährlich Tummelplatz für ein offizielles Gedenken an gefallene Gebirgsjäger einer Einheit, die in Kriegsverbrechen verstrickt war, sowie Schauplatz einer neonazistischen »Trauerveranstaltung« für hingerichtete Waffen-SS-Soldaten.

Von Johannes Müller

Ein nationalsozialistisches Wandgemälde und ein Reichsadler prangen noch heute an der Bundeswehrkaserne »Rudolf Konrad« in Bad Reichenhall. Konrad war Wehrmachtsgeneral im Nationalsozialismus und die Kaserne war damals wie heute Standort der Gebirgsjäger. Wie schon so oft in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten soll auch dieses Jahr am 17. Mai 2011 im Rahmen eines sogenannten »Kreta-Gedenken« an die 300 im Mai 1941 auf Kreta gefallenen »Kameraden« des Reichenhaller Gebirgsjägerregiments 100 erinnert werden. Ort des Gedenkens ist die Kretabrücke, deren Name auf einen Antrag Reichenhaller Soldatenverbände im Jahr 1969 zurückgeht. Letztes Jahr nahmen an der Veranstaltung 80 Menschen teil, unter ihnen der Bürgermeister Herbert Lackner (CSU) und als Vertreter der Bundeswehr Oberstleutnant Stefan Leonhard. Organisiert wird die Feier vom Kameradenkreis der Gebirgstruppe, der auch jährlich die Brendten-Feier in Mittenwald veranstaltet und von KritikerInnen als »Selbsthilfegruppe von Kriegsverbrechern« bezeichnet wird. Manfred Held, Vorsitzender der »Kameradschaft Bad Reichenhall«, erinnert beispielsweise gern an die 300 Gefallenen, verschweigt jedoch, dass dieses Gebirgsjägerregiment für Kriegsverbrechen wie die Zerstörung der Ortschaft Skines und die Erschießung von 148 kretischen ZivilistInnen am 1. August 1941 verantwortlich ist. Auch die Lokalpolitik der Gemeinde problematisiert das nicht. Es ist ein konservatives Pflaster, wo die Partei »Die Republikaner« wiederholt die Mandatsträgertagung für ihre bayerischen Funktionäre abhält. Aus Reichenhall sitzt Tilo Schöne nicht nur für die extrem rechte Partei im Kreistag des Landkreises Berchtesgadener Land, sondern ist auch Beisitzer im Bundesvorstand der Partei.

Städtische Lethargie

Zivilgesellschaftlicher Protest gegen derart rechte Umtriebe existiert vor Ort kaum. Entsprechend führen auch andere weit rechts stehende Organisationen in der Kleinstadt ihre Treffen durch: 2007 fand dort das Bundestreffen der nazistischen »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger« statt. Es gab in den vergangenen Jahren sowohl Horst-Wessel- als auch Wintersonnwendfeiern vor Ort und monatlich hält die NPD einen »Stammtisch« ab, wobei sie teilweise auch Besuch von Partei-»Größen« wie Holger Apfel erhielt. Das lethargische lokale Klima verleitete Uwe Brunke (Bergen), den Vorsitzenden des dortigen NPD-Kreisverbandes, auf seiner Homepage für den 8. Mai 2011 eine »Gedenkveranstaltung [...] anlässlich des 66. Jahrestages der am 8. Mai 1945 von den alliierten ‹Befreiern› ermordeten 12 französischen Waffen-SS-Angehörigen der Division Charlemagne« anzukündigen. Vor Ort scheint sich niemand bewusst, welch politisches »Schwergewicht« dort aktiv ist.



^ Brunke als Redner

SS-Gedenken

Der 44-jährige Brunke ist aus Berlin nach Oberbayern zugezogen. In der Hauptstadt war er im Spektrum der »Freien Kameradschaften« aktiv. Für die »Kameradschaft Beusselkiez« hat er die neonazistische Radiosendung »Radio Germania« im »Offenen Kanal Berlin« moderiert und stand mit dem verurteilten Rohrbombenbauer Nick Greger in Kontakt. Nach Informationen der »Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V.« (a.i.d.a.) kann er dem politischen Umfeld der mittlerweile verbotenen Berliner Gruppen »Kameradschaft Tor« und »Berliner Alternative Süd-Ost« (BASO) zugerechnet werden. Die weiterhin guten Kontakte des NPD-Kaders zu den »Freien Kräften« werden, neben der Beteiligung am Heldengedenkmarsch am 13. November 2010 in München, besonders durch die Unterstützung der »Stellungnahme freier Kräfte zur Erklärung des NPD-Parteipräsidiums zur Beisetzung von Friedhelm Busse« (2008) deutlich.

Jahrzehntelang war das jährliche SS-Gedenken in Bad Reichenhall ein zentraler Treffpunkt europäischer Neonazis mit weit über 100 TeilnehmerInnen aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien und Dänemark. Im Mai 2006 schreibt dazu die Traunsteiner Polizei in einer Pressemitteilung: »An den Kontrollstellen der Polizei mussten insgesamt sieben Personen festgenommen werden, die mit zur Kriegsführung ähnlichen Gegenständen ausgerüstet waren. Darunter befanden sich Sprengmittel, eine funktionsunfähige Pistole, Rauchbomben und Waffenteile. Das weitere Führen einer Kanonenlafette ohne Aufbau hinter einem französischen Pkw wurde unterbunden.«

Die internationale Bedeutung wird auch durch das 2004 auf »Streetfighting Records« veröffentlichte Album »Rebelles Europeens« der französischen Naziband »Decadence Culture« deutlich. In dem Lied »Bad Reichenhall« wird die SS-Einheit zum Märtyrer für die europäische Wertvorstellung verklärt. Auch wenn das SS-Gedenken international an Bedeutung verloren hat, so ist es dennoch ein wichtiges Ereignis für die oberbayerische und österreichische Naziszene. Im vergangenen Jahr sprach unter anderem Edda Schmidt, Bundesvorsitzende des »Ring Nationaler Frauen« und Landesvorstandsmitglied der NPD Baden-Württemberg, zu den rund 40 TeilnehmerInnen.

Proteste kündigen sich an

»Wo die Zeit Urlaub macht.« lautet das treffende Motto des Bayerischen Staatsbades Bad Reichenhall. Antifaschistische Proteste wollen in diesem Jahr am 8. Mai das SS-Gedenken und am 17. Mai jenes für die Gebirgsjäger problematisieren – mit dem dezenten Hinweis, dass wir 2011 schreiben. ■

»Brainwash«

Portrait einer Thüringer NS-Hardcore-Band

»Brainwash« – »Gehirnwäsche«: Die Altenburger Band, die mit ihrem Namen bereits ihre Absichten formuliert, gehört zu den wichtigsten deutschen NS-Hardcore-Bands, mit einem Ruf weit über die heimischen Gefilde hinaus.

Von Jens Breuer

»Every breath you take, every move you make, every bond you break, every step you take, I'll be watching you«, beginnt überraschend ein Hidden-Track auf dem Debütalbum »Moments of Truth« der Band »Brainwash«. Doch noch bevor der Sänger einsetzt, ist anhand der Melodie – auch wenn der Song wesentlich rauer und schneller vorgetragen wird als im Original – klar, dass die Thüringer ein Lied der britischen Rockgruppe »The Police« nachspielen. Gern wird das Stück als Liebeslied missinterpretiert, dabei handelt es von zwanghafter Kontrollsucht. Die Interpretation durch die NS-Hardcore-Gruppe aus Altenburg macht so durchaus Sinn, denn nicht Liebe, sondern Hass treibt sie an, wie sie sagen.



^ »Brainwash« mit Rene Weiße (Gesang) auf dem »Fest der Völker« 2008

Jubiläum

Vor zehn Jahren, 2001, ist »Brainwash« gegründet worden hervorgegangen aus den Bands »Might of Rage« (Dresden) und »Kreuzfeuer« (Altenburg). »Kreuzfeuer« hatte sich nach der Selbsttötung ihres Frontmanns und Sängers Jens Rahl am 10. September 2000 aufgelöst. Bereits im Jahr darauf veröffentlichte die Band eine Split-Single mit der ungarischen Band »Verszerzödes« zur Unterstützung inhaftierter Kameraden. Ebenfalls 2002 erschien eine Split-CD von ihnen mit der US-amerikanischen RechtsRock-Band »No Alibi«. Für Newcomer was dies, selbst im RechtsRock-Spektrum, ein furioser Einstieg. 2005 folgte dann das bereits erwähnte Debüt bei der »Gjallarhorn Klangschmiede« in Ludwigshafen und 2007 der Nachfolger »Hate is our justice« auf dem Label »Levensboom«, das in Neustrelitz ansässig ist. Auch auf diversen internationalen Compilations ist die Band, die stets auf Englisch singt, vertreten.

Hass

»When you see us coming, you better go back home, because our minds are filled with hate and our hearts have turned to stone«, beginnt der Titelsong ihres 2007er Albums. Hass sei es, der sie antreibe. Ihr Feind sei jeder. Sie hassen alle. Sie lieben es, zu hassen, geht der Text weiter, der im Bekenntnis gipfelt: »Hate is our justice. Hate is our way of life.« Während der Text zunächst ein misanthropisches Menschenbild zu offenbaren scheint, folgt in der zweiten Strophe die Feind-Bestimmung, eingebettet in eine Drohung: »It´s better when you hide from us, you dirty fucking scum. We hate everything that´s different, especially the chosen one« – Hass auf alles, das anders ist und ganz besonders auf die »Auserwählten«. »Brainwash« vermeidet, wie viele andere Bands des NS-Hardcore auch, in ihren Texten deutlich neonazistische Positionen zu beziehen. Stattdessen werden Aussagen in Synonyme verpackt: die »Auserwählten« meint das jüdische Volk, der Begriff leitet sich ab aus dem »Alten Testament«.

Live

Heute gilt »Brainwash« als das deutsche Aushängeschild in Sachen NS-Hardcore, auch wenn die Band vor einigen Jahren derartige Einordnungen vehement ablehnte: »Ich würde unserer Musik zum jetzigen Zeitpunkt keinen Namen geben«, erzählt ein Bandmitglied dem Fanzine »Rufe ins Reich«. »Der Hass, welcher in uns kocht, braucht keinen Namen. Auch ohne Label wird die Botschaft die Adresse erreichen, an welche sie gerichtet ist.« Diesen Hass verbreitete die Band bislang auch auf mehr als 25 Konzerten. Politisch lässt sie sich nicht auf eine Organisation festlegen. »Brainwash« trat beispielsweise für die NPD in Gera im Rahmen ihres Landtagswahlkampfauftakts 2009 auf, heizte das Publikum auf dem 3. »Fest der Völker« 2008 ebenso an, wie auf dem »Joe Rowan Memorial« / »European Hammerfest« in Ungarn im Oktober 2008 und auf dem »VFS & USGI Fest« im April 2009 in Italien. Rowan war in den USA Skinhead und Mitglied der neonazistischen »Hammerskins«, die Abkürzung VFS steht für »Veneto Fronte Skinheads«, eine dem »Blood & Honour«-Spektrum nahe stehende Organisation, während USGI die Abkürzung von »Unione Skinhead Girl Italia« ist, in dem Frauen der VFS versuchten, andere Frauen zu organisieren. Eine hohe Anzahl von Auftritten im Ausland – neben Italien und Ungarn trat die Band auch in Finnland, den USA, Spanien und Griechenland auf – belegt auch die Bedeutung der Band im internationalen Rahmen.

Umtriebig

Musiker der Band sind gleichwohl in eine Reihe anderer Gruppen involviert. Sie spielen mit in der ebenfalls aus Altenburg stammenden NSHC-Bands »Moshpit« sowie bei »Forbidden« und »Sharon Tate«, bei der der »Brainwash«-Sänger Major Williams (Rene Weiße) gemeinsam mit seiner Frau singt.

Modemarke

2009 gründete Weiße im Übrigen seine eigene Modelinie »Dryve by Suizhyde Clothing« für die wachsende NSHC-Szene. Im Angebot führt diese Message-Shirts mit Aufdrucken wie »Democrazy means war« sowie unterschiedliche Merchandisingprodukte von NSHC-Bands, deren Name sich nicht nur auf T-Shirts, sondern auch auf Baseballcaps und Shorts wiederfindet, die abgeschnittenen Jogginghosen ähneln und im Hardcore allgemein seit Jahren angesagt sind. »Wir feiern Geburtstag, daher gibt's auf alles diese Woche 18 Prozent Rabatt«, war in der Woche vom 18. bis 24. April 2011 auf der Homepage zu lesen. Dass sich der Geburtstag von Adolf Hitler am 20. April zum 122. Mal jährte, mag Zufall sein, ebenso, dass der eingeräumte Rabatt in der Szene als Zahlenkürzel für Adolf Hitler steht. In der Szene indes wird die Lesart dominieren, dass die Kunden dem »Führer« Vergünstigungen zu verdanken haben. Bei aller Ambivalenz des NS-Hardcore, die sich aus der Aneignung von Styles aus dem normalen Hardcore ergibt und der Vermeidung allzu eindeutiger neonazistischer Texte, scheint die dahinter stehende Ideologie doch immer durch – mal weniger, mal mehr. ■

NS-RAP

»Nationale Sprachgesang«-Projekte mehren sich

Unversehens tauchten in den letzten Monaten gleich einige neue Projekte aus dem neonazistischen Spektrum auf, die mit Rap versuchen, ihre Botschaften unters »Volk« zu bringen. Entwickelt sich damit ein neuer Trend?

Von Jens Breuer

»Rap auf nem Raverbeat, für Deutsche, bretthart, unverfälscht, ist angetreten, um zu siegen, wie die 54-Elf!«, heißt es im Lied »Raven gegen Nestbeschmutzer« und im Song »Scheiss auf Hip Hop« kaprizieren sich Rapper aus dem neonazistischen Spektrum: »Euer Rap ist tot, er ist angepasst an B.A.D. Die echte deutsche Welle kommt mit n´SocialistSoundsystem!«.





Projekte

Seit Sommer letzten Jahres sind gleich drei Projekte entstanden, die mit »nationalem Sprachgesang« extrem rechte Botschaften vermitteln wollen: »n´SocialistSoundsystem«, auch »Enesess« genannt, »Sprachgesang zum Untergang« (SzU) und »Natürlich«. Projekte sind es, weil sie von Musikern anderer Bands gemacht werden. Erstere von der Rheinland-Pfälzischen RechtsRock-Gruppe »Häretiker«, SzU von Mitgliedern der NS-Hardcore-Band »Eternal Bleeding« (Altenburg) und letztere von der Potsdamer RechtsRocker Band»Cynic«. Von anderen Rappern, die sich zunehmender Verbreitung in der extremen Rechten erfreuen wie »Bock« (Bjoern Michael Bock) aus Bielefeld, »Dee Ex« (Mia Herm) aus Ost-Berlin oder »Makss Damage« (Julian Fritsch) aus Gütersloh unterscheiden sich diese neuen Projekte, weil sie aus der neonazistischen Szene erwachsen sind und weil sie sich abheben von Heinz-Christian Strache, einem Politiker der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), der für verschiedene Wahlen in den letzten Jahren Rap-Songs einspielte. Allerdings weniger, um HipHop'er für sich zu begeistern, als vielmehr Modernität und Weltoffenheit damit vorzuspielen.

Antrieb

In einem Videopodcast des »karlsruher//netzwerk« mit »Enesess – n'Socialist Soundsystem« vom 1. April 2011 erläutert ein Mitglied des Projekts ihre Intention: »… die Idee kam halt einfach dadurch, weil ähm ja das Genre diese Musikrichtung, RAP, eben gerade bei jüngeren Leuten sehr aktuell ist […] und da waren wir eben der Meinung, dass es da eine nationale Alternative geben muss, um eben gerade jüngere Deutsche ansprechen zu können.« Das genannte Motiv, junge Leute anzusprechen, findet sich auch bei SzU wieder: »Selbstverständlich besteht die Intention aus politischen und gesellschaftlichen Missständen, die man aufzeigen will, um ein Umdenken in den Köpfen der Menschen zu erzeugen. Doch das wichtigste ist doch erstmal generell wieder jemanden zum Denken zu animieren. Denn wenn man über den Tellerrand blicken will, muss man vorher die Augen aufmachen. Zu vielen fehlt dazu die nötige Einsicht, denn durch gezielte Fernsehprogramme wird der breiten Masse ein mediales Zweitleben suggeriert, in das man zu jeder Zeit flüchten kann«, erläutert ein Mitglied des Projekts gegenüber dem neonazistischen Internet-Portal »Freies Netz Altenburg« am 27. November 2010 ihr Anliegen. Geboren sei die Idee für die Band »aus der aktuellen Stagnation der ›nationalen Musikindustrie‹« sowie »dem eigenen Wohlwollen an dieser Musik als Transportmittel politischer Weltanschauung und der Reiz neue Wege zu gehen.« Abgegeben werden die Tonträger dieser Band im Übrigen zu Vorzugspreisen. Auch auf der multimedialen »Schulhof-CD« der »Nationalen Sozialisten Zossen« ist das Album von SzU sogar komplett drauf. Gezielt sollen damit Rechte aus einem weiteren jugendkulturellen Spektrum angesprochen werden, nämlich aus dem HipHop.

Motive

Inhaltlich unterscheidet sich der NS-Rap dabei tatsächlich bedingt von herkömmlichem RechtsRock. SzU beispielsweise wettern gegen Kapitalismus, Pädophile, die Politiker des Bundestags und über den »Krieg gegen den Terror« – offene, aus dem Spektrum der extremen Rechten bekannte Parolen und Botschaften werden hier geschickt neu verpackt und sind manchmal nicht gleich beim ersten oder zweiten Hören zu erkennen. Doch bei aller Mimikry, die neonazistische Szene kann, so scheint es, nicht ganz auf Eindeutigkeiten verzichten. Und so schrieb auch SzU eine »Hymne« für ihr Spektrum: »Nationale Sozialisten auf die Straße voran, organisierter Wille, den niemand stoppen kann«, beginnen die Reime zum Song »Nationaler Sozialismus jetzt!«

Seit langem Thema

NS-Rap steht seit mehr als zehn Jahren in der neonazistischen Szene zur Disposition. Im größten Forum des Spektrums wird gleich unter zwei Fragestellungen seit 2006 fortgesetzt über das Thema diskutiert. Der Thread »Nationaler Hip-Hop?« verzeichnet mit der allgemeinen Frage, was die User davon halten, mittlerweile über 1.660 Antworten und wurde über 100.000 Mal angeklickt. Auch die deutlich suggestivere Fragestellung »HipHop = Schädlich für die deutsche Jugend« wurde 1.460 Mal kommentiert und über 66.000 Mal angesteuert. Die Szene zeigt sich dabei ambivalent, einige halten die Idee, darüber neue Leute zu rekrutieren, für wichtig, andere für ungeeignet. Auch »Enesess« / »n'Socialist Soundsystem« jammert darüber, sie seien schon mit Vorwürfen konfrontiert worden, Rap sei keine »weiße Musik«, sondern »Negermusik« und habe »in unseren Reihen nichts zu suchen«. Letztendlich versuchen sich die rappenden Neonazis durch Sophisterei des Problems zu entledigen. Anstatt ‹Rap› nennen sie ihre Musik Sprachgesang und mit HipHop wollen sie nichts zu tun haben, getreu dem, was das Projekt gegenüber dem »karlsruher//netzwerk« formulierte: »Wir gehen unseren Weg. Wir sind nationale Sozialisten und keine HipHoper.« Mit derartigen Ansagen werden sie wohl kaum in der HipHop-Szene angekommen. Allerdings soll diese wohl auch kaum direkt angesprochen werden. Der NS-Rap zielt mehr auf Jugendliche und junge Erwachsene, die gerne HipHop hören, rechts sind und denen der herkömmliche RechtsRock musikalisch nicht zusagt – hier hätte die Musik wohl tatsächlich eine Chance neue Anhänger zu mobilisieren. ■

Volksempfänger 2.0

Nazi-Radiosender im Internet

Mit der Ausbreitung des Breitbandinternets in den letzten zehn Jahren entstand eine Vielzahl neonazistischer Webradios. Diese bieten theoretisch die Möglichkeit, eine unbegrenzte Menge von InternetnutzerInnen mit extrem rechter Musik und Inhalten zu erreichen. Dieses Vorhaben geht jedoch kaum auf und auch die Binnenwirkung innerhalb der Szene ist nicht zu überschätzen.

Von Jan Nowak

Für den historischen Nationalsozialismus/Faschismus stellte das Radio das perfekte Propagandamedium dar. Empfangsgeräte waren durch staatliche Preisvorgaben an die Industrie erstmals für breite Teile der Bevölkerung erschwinglich, es erfreute sich als innovatives Unterhaltungsgerät großer Beliebtheit und war dank der einseitigen Kommunikationsrichtung ideal zur Massenbeeinflussung geeignet.

Nach 1945 konnten Alt- und Neonazis von einem derartig erfolgreichen Propagandainstrument nur träumen. Die Monopolstellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verunmöglichte den extremen Rechten die Sendung eigener Radioprogramme beziehungsweise die Gründung eigener Sender. Das damals wie heute hohe Mitteilungsbedürfnis, resultierend aus dem Glauben, die Volksmassen würden durch die Medien willentlich unwissend gehalten und bedürften nur korrekter Informationen, um die politisch Rechte als ihre eigentliche Interessensvertretung zu erkennen, blieb weitestgehend unbefriedigt. Als Mitte der 1980er Jahre private Radiostationen den Betrieb aufnahmen, standen den Plänen der extremen Rechten strenge Vergaberichtlinien für Rundfunklizenzen sowie der hohe finanzielle Aufwand entgegen.

Die ebenfalls Mitte der 1980er Jahre entstandenen »Offenen Kanäle« des Bürgerrundfunks, die grundsätzlich allen BürgerInnen offen standen und Positionen jenseits des Mainstreams einen Platz geben sollten, waren zumeist links-alternativ dominiert und für Neonazis kaum eine Option. Eine Ausnahme bildete hier das neonazistische »Radio Germania«, das ab 1996 mehrere Jahre über den »Offenen Kanal Berlin« ausgestrahlt wurde und Rechtsrock sowie propagandistische Hetze senden konnte. Von diesem Einzelfall abgesehen musste sich die neonazistische Rechte bezüglich der Übertragung von aktuellen Sprachnachrichten auf die heute bedeutungslosen »Nationalen Infotelefone«, also aufgezeichnete Sprachnachrichten auf Anrufbeantwortern, beschränken.

Im Netz

Mit der beginnenden Verbreitung des Internets in Privathaushalten eröffneten sich der neonazistischen Rechten im Bereich des Hörfunks neue Möglichkeiten. Das Betreiben von Webradios via Streaming Audio, also der kontinuierlichen Übertragung von Audiodateien über das Internet, machte es möglich, kostengünstig und weltweit Musik und gesprochene Sendungen zu übertragen. Einer Zulassung bedarf es hierfür nicht, eine Anzeige über die Inbetriebnahme bei den Landesmedienanstalten ist erst ab einer technischen Erreichbarkeit von 500 HörerInnen verpflichtend.

Im aktuellen Bericht von »jugendschutz.net«, einem staatlichen Beobachtungsprojekt für jugendgefährdende Inhalte im Internet, ist die Rede von 18 neonazistischen Webradios in Deutschland. Da die Fluktuation der Sender wegen staatlichen Eingreifens aufgrund rechtswidriger Inhalte sowie der fehlenden Kontinuität in der technischen Betreuung sehr hoch ist, ist eine exakte Anzahl schwer festzumachen. Für Projekte mit mehrmonatiger Lebensdauer dürfte die Zahl jedoch in etwa zutreffend sein.

Das Gros der Webradios sendet 24 Stunden täglich, sieben Tage die Woche extrem rechte Musik. Mit Hilfe automatisierter Playlists stellt diese Art des Radiomachens den geringsten technischen Aufwand dar, lässt jedoch auch jegliches Alleinstellungsmerkmal gegenüber den Konkurrenzprojekten vermissen. Häufig wird diese Sparversion, eigentlich mehr digitales Mixtape als Radio, als Zusatzfunktion von bestehenden Internetprojekten angeboten. Das etablierte neonazistische Nachrichten- und Medienportal »widerstand.info« hat beispielsweise neben anderen Angeboten auch ein »Radio«, welches aus einem Pool von knapp 900 Songs sendet. Besonders auffällig, wenngleich bei größeren Radioprojekten eher die Regel als die Ausnahme, ist die direkte Verknüpfung des »Radios« mit einem neonazistischen Internetshop zum Erwerb der gehörten Songs auf CD. Im Fall des »Radios« von »widerstand.info« handelt es sich hierbei um den »Resistore Vertrieb« von Dennis Giemsch aus Dortmund, der ein gutes Beispiel für die Verquickung von neonazistischer Propaganda und ökonomischen Interessen ist.

Neben der Masse der Webradios, die eher Zusatzfunktion bestehender Internetseiten, Verkaufsförderung für rechte Musik oder das Produkt von Selbstdarstellern mit Sendungsbewusstsein und dem Bedürfnis zur Erlangung von Szeneanerkennung sind, gibt es einige, durch gewisse Auffälligkeiten hervorstechende, Projekte.



Die Radikalen

Ein auffälliges Merkmal, durch welches sich einige neonazistische Webradios von der Konkurrenz abheben, ist die offen zur Schau gestellte Radikalität. Diese äußert sich beispielsweise im Abspielen von in der BRD strafrechtlich relevanten Songs oder durch ebenfalls strafrechtlich relevante rassistische, antisemitische oder NS-verherrlichende Aussagen. Derlei Webradios haben, sollte der Server in der Bundesrepublik stehen oder der Betrieb von hier aus nachgewiesen werden können, zumeist keine sehr lange Lebensdauer. Im Gegensatz zu einigen anderen Bereichen scheinen Polizei und Staatsanwaltschaft im Falle von Webradios ein gewisses Interesse an der Verfolgung von Straftaten zu haben. Zwei Beispiele hierfür sind das »European Brotherhood Radio« und das »Widerstand Radio«.

Das »European Brotherhood Radio« sendete mindestens seit 2005 extrem rassistische und antisemitische Musik- und Textbeiträge, häufig mit offen positivem Bezug auf den NS-Faschismus. Die ModeratorInnen trugen vielsagende Namen wie »K. Nackentod« oder »R. Rassenhass« und auf der Homepage waren neben diverser NS-Propaganda auch detaillierte Anleitungen zur Herstellung von Sprengstoffen zu finden. Gerade dieser radikale Gestus des Webradios schien viele Neonazis anzusprechen, verfügte es doch über eine relativ große StammhörerInnenschaft. Im März 2009 wurde es vom Netz genommen und im August folgte die Anklage gegen sieben Personen wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung sowie Volksverhetzung. Wegen dieser sowie weiterer Anklagepunkte verhängte das Berliner Landgericht im November 2009 Freiheitsstrafen von einem Jahr auf Bewährung bis hin zu zwei Jahren und neun Monaten ohne Bewährung.

In die radikalen Fußstapfen des »European Brotherhood Radio« trat das im Mai 2009 gegründete »Widerstand Radio«. Auch hier war das Programm geprägt durch offen rassistische, antisemitische und den Nationalsozialismus verherrlichende Inhalte. Laut dem Bundeskriminalamt erreichte das Radio mit Ansagen wie »Für ein judenfreies Deutschland – Sieg Heil dem deutschen Reich« regelmäßig ZuhörerInnenzahlen von mehreren hundert Personen pro Sendung sowie über das Jahr verteilt etwa 150.000 Zugriffe. Im November 2010 kam es bundesweit zu Hausdurchsuchungen gegen die MacherInnen des Webradios, insgesamt wurden 22 Objekte in zehn Bundesländern durchsucht, wobei der Schwerpunkt der Razzien in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen lag. Gegen 18 mutmaßliche BetreiberInnen zwischen 20 und 37 Jahren aus acht Bundesländern wurde im März 2011 vor dem Landgericht Koblenz der Prozess eröffnet, die Anklagepunkte lauten auch hier Volksverhetzung sowie Gründung einer kriminellen Vereinigung. Konkret soll es laut dem Medienportal »Der Westen« zum Abspielen von 154 in der Bundesrepublik verbotenen Songs gekommen sein, in welchen die Vergewaltigung migrantischer Frauen sowie die Tötung von MigrantInnen und Homosexuellen propagiert wurde. Der Prozess endete am 11. April 2011 mit Verurteilungen zu Freiheitsstrafen zwischen einem Jahr und neun Monaten auf Bewährung bis hin zu drei Jahren und drei Monaten ohne Bewährung.

Auffällig ist in beiden Fällen die überregional-arbeitsteilige Betriebsweise der Webradios – so wirkten bei beiden Projekten verhältnismäßig viele Personen aus verschiedenen Bundesländern mit. Dieser Umstand sowie die gute mediale Verwertbarkeit der Verfolgung von Internetstraftaten animierten Polizei und Staatsanwaltschaft wohl in beiden Fällen zu relativ weitreichender Aktivität bei der Strafverfolgung, die Razzia gegen das »Widerstand Radio« soll mit 270 BeamtInnen eine der größten Durchsuchungsaktionen gegen die extreme Rechte in Deutschland gewesen sein.

Die Integrierten

Anders als bei den durch ihre offene NS-Verherrlichung und den radikalen Auftritt hervorstechenden Projekten, welche in der Regel durch Personen betrieben werden, die in etablierten Strukturen des bewegungsorientierten Neonazismus keine herausragende Rolle spielen, gibt es einige gut in bestehende Szenestrukturen integrierte Radioprojekte. Diese über Jahre etablierten Webradios achten in der Regel darauf keine Gesetzesübertretungen zu begehen, um so den Sendebetrieb nicht zu gefährden. Als Beispiele seien hier das »Radio FSN« und »Netzradio Germania« genannt.

»Radio FSN« (siehe **DRR** 128) wird vom bayerischen NPD-Landesvorstandsmitglied Patrick Schröder aus Mantel in der Oberpfalz, Landesorganisationsleiter für Organisation und Schulung, betrieben. Thomas Reiser, zuständig für die technische Umsetzung des Webradios und gemeinsam mit Schröder Vorsitzender des Fördervereins des Radios, ist ebenfalls im Landesvorstand; zuständig ist er auch dort für die technische Realisierung von Medienprojekten. Das Webradio bietet neben seinen vier Genrekanälen für verschiedene beliebte Musikrichtungen innerhalb der neonazistischen Rechten sowie der unregelmäßig erscheinenden moderierten Sendungen auch ein verhältnismäßig professionell gestaltetes Social Network mit etwa 3000 Mitgliedern. Von Ralf Ollert, dem bayerischen NPD-Landesvorsitzenden, wird dem Projekt bayernweite Bedeutung zugeschrieben, folglich wird es vom Landesvorstand unterstützt und im aktuellen Selbstdarstellungs-Flugblatt des bayerischen Landesverbandes beworben.

Ebenfalls gut in die Szene integriert ist das »Netzradio Germania« von Stefan Schreiber, das von vielen etablierten neonazistischen Gruppen beworben wird. Es sendete in der Vergangenheit laut Eigenaussage aus Donaueschingen in Baden-Württemberg – heute ist es in Paderborn in Nordrhein-Westfalen ansässig. Das etablierte Webradio hebt sich, ähnlich wie auch »Radio FSN«, durch technische Besonderheiten von der Konkurrenz ab. Es ist beispielsweise möglich, »Netzradio Germania« unterwegs auch via Telefon zu hören, über den »Wunschkasten« besteht weiter die Möglichkeit, Songwünsche sowie Grüße zu übermitteln. Das Webradio verfügt über regelmäßig moderierte Sendungen, einen in der Regel eingehaltenen Sendeplan und sendet regelmäßig Interviews mit szeneprominenten GesprächspartnerInnen. Auffällig ist hier eine Häufung von Personen, die in den verbotenen Organisationen »Wiking Jugend« oder »Heimatreue Deutsche Jugend« aktiv waren oder diesen nahe standen. Zu Wort kamen in der Vergangenheit unter anderem Manfred Börm, Frank Rennicke, Udo Pastörs und Sebastian Räbiger.

Begrenzte Reichweite

Gemessen am Wunsch, mit dem potentiellen Massenmedium Webradio dem deutschen Volke die Augen zu öffnen, um so neue AnhängerInnen zu gewinnen, können bisherige Projekte als gescheitert betrachtet werden. Sowohl der mit Hürden verbundene Zugang – Endgeräte zur Nutzung ohne Computer sind bisher kaum verbreitet und in der Masse von etwa 3.000 Internetsendern geht das neonazistische Angebot leicht unter – als auch der häufig offen ersichtliche Bezug zum Nationalsozialismus lassen die Internetsender für nicht neonazistische HörerInnen kaum attraktiv erscheinen. Auch der Einfluss innerhalb der Szene sollte nicht überschätzt werden: Die Qualität des produzierten Material ist häufig schlecht und regelmäßige Offline-Zeiten durch Serverprobleme sind ebenfalls hinderlich bei der Gewinnung von StammhörerInnen. In Zeiten, in denen sowohl rechte Musik als auch deutlich professionellere Projekte wie die »KOPP Nachrichten« bei »Youtube« mit wenigen Mausklicks erreichbar sind, scheinen die Erfolgsaussichten von neonazistischen Webradios gering. ■

Heldentum und Opfermythos

Die »Deutsche Burschenschaft« gedenkt Walter Flex

Die »Deutsche Burschenschaft« und der »Denkmalerhaltungsverein Eisenach e. V.« luden am 16. April 2011 zur Eröffnung der zentralen »Gedenkstätte der Deutschen Burschenschaft« sowie zu einer Abendveranstaltung zum Gedenken an den nationalistischen Schriftsteller Walter Flex nach Eisenach ein.

Von Thomas Sommer und Ernst Kovahl

»Den Toten zum Gedenken – den Lebenden zur Mahnung«, das war das Motto einer Veranstaltung, zu der die »Deutsche Burschenschaft« (DB), die »Vereinigung Alter Burschenschafter Eisenach« (VAB Eisenach) und der »Denkmalerhaltungsverein Eisenach e. V.« am 16. April 2011 in die Thüringer Kleinstadt Eisenach eingeladen hatten. Dabei wurde in diesem Rahmen nicht nur das »Zentrale Ehrenmal der Deutschen Burschenschaft« in Eisenach »neueingeweiht«, sondern auch mit einer Abendveranstaltung an den nationalistischen Kriegsdichter Walter Flex erinnert und eine Einführung in seine »Ideen- und Gedankenwelt« gegeben.

Einweihung 1933

Das »Zentrale Ehrenmal der Deutschen Burschenschaft« liegt direkt unterhalb des »Burschenschaftsdenkmals« (s. DRR 119) der Burschenschaften, das, hoch auf der Göpelskuppe gelegen, weit sichtbar die Stadt überragt. Zu Pfingsten 1933, also wenige Monate nach der Machtübertragung an die NSDAP, wurde das Denkmal für die toten Soldaten des 1. Weltkrieges aus den Reihen der DB eingeweiht. 1.500 Burschenschaftler nahmen damals an der Einweihung des nationalistischen Kriegerdenkmals teil, ebenso der thüringische NS-Justizminister. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus überdauerte das Denkmal die Jahre bis 1989/´90 fast unbeschadet. Nur ein militaristisches Relief an dem steinernen Mal wurde 1946 auf Befehl des Alliierten Kontrollrates zur »Beseitigung aller den Militarismus verherrlichenden Denkmäler« abgeschlagen. Für die völkische DB ist dies bis heute eine »Schändung« des Denkmals, wie der Leiter des »Archivs der Deutschen Burschenschaft« und Mitarbeiter im Koblenzer »Bundesarchiv« sowie Mitglied der drei Burschenschaften »Normannia Leipzig«, »Normannia Leipzig zu Marburg« und »Germania Kassel«, Harald Lönnecker, in einem von der »VAB Eisenach« 2005 veröffentlichten Flugblatt schreibt. In den letzten Jahren war das Denkmal nun mit Spenden aus der DB und mit Hilfe der Denkmalschutzbehörden von Eisenach und Thüringen restauriert worden. Das abgeschlagene Relief wurde nicht wieder hergestellt. Die Kosten für die Sanierung lagen laut Bericht des Onlineportals »D-Today« im fünfstelligen Bereich. Ob auch Steuergelder für die Sanierung flossen, ist bisher unklar. Aber die Instandsetzung des benachbarten »Burschenschaftsdenkmals« wurde mit fast einer Viertelmillion Euro staatlicher Gelder subventioniert (s. DRR 119).

Das Denkmal erhielt durch die Burschenschaftler zusätzlich den inoffiziellen Namen »Langemarck-Gedenkstätte«. Auch heute noch wird so in der Einladung zu der Veranstaltung am 16. April 2011 bezeichnenderweise von der »Geschichtlichen Bedeutung der Langemarck-Gedenkstätte« gesprochen. Der Name des belgischen Ortes Langemarck steht als Synonym für den Mythos des begeisterten nach vorne Stürmens und Sterbens deutscher Studenten und Wandervögel im Ersten Weltkrieg. Es ist der nationalistische Mythos des begeisterten Opfergangs für Volk und Vaterland. Die aktuelle burschenschaftliche Einladung merkt jedoch auch kritisch an, »`Langemarck‘ steht seither ebenso für patriotische Pflichterfüllung wie für die Sinnlosigkeit des Krieges.« Werden hier in der offiziellen Einladung noch »Pflichterfüllung« und »Sinnlosigkeit« parallel gedacht, so standen diese beiden Begriffe während der Veranstaltung im April 2011 scheinbar unversöhnlich gegeneinander.



^ Walter Flex

Opfermythen

Auf dem Programm der Feier stand nach einer Begrüßung im verbandseigenen »Berghotel« in der Nähe des Denkmals ein Vortrag des Historikers Harald Lönnecker zum Thema »Das Gedenken gehört zur Kultur«. Zum »Festakt am Ehrenmahl« hatten sich etwa 180 bis 200 Teilnehmer eingefunden – fast ausschließlich uniformierte Burschenschafter mit Band und Mütze, einige Journalisten und Fotographen und einige wenige »Zivilisten«. Ein größeres Aufgebot der Polizei war vor Ort, um die Veranstaltung vor eventuellen Störungen zu bewahren. Als Festredner trat Professor Dr. Wolfram Pyta, der kein Burschenschaftler ist, ans Rednerpult. Der Direktor der »Forschungsstelle Ludwigsburg«, die sich der Erforschung der NS-Verbrechensgeschichte widmet, und Professor für Neuere Geschichte an der Universität Stuttgart kritisierte sowohl die nationalistische Gedenktradition und die idealistische Kriegsverherrlichung als auch den deutschen Opferdiskurs. Die Kriegsverherrlichung vergangener Zeiten sei mitverantwortlich für die Massenmorde im Zweiten Weltkrieg. Er verwarf den Langemarck-Mythos und plädierte gegen eine inflationäre Verwendung des Opferbegriffs. Die Opfer des nationalsozialistischen Terrors in einem Atemzug mit den deutschen »Vertriebenen« oder den Soldaten der Wehrmacht zu nennen, führe zu einer Einebnung der Unterschiede von Opfern und Tätern, so Pyta. Dem sinnlosen idealistischen Nationalismus stellte er die Ideenwelt der französischen Revolution entgegen, die als Leitmotiv gelten könne. Abschließend stellte Pyta die Frage, wie ein Gedenken angesichts der deutschen Geschichte aussehen könne. Denn dies sei wichtig, um jener, die heute in Afghanistan für Freiheit und Menschenrechte ihr Leben verloren hätten, würdevoll und jenseits von hohlem Pathos zu gedenken.

Die Rede Pytas stieß in Teilen der Zuhörerschaft, unter dieser befand sich beispielsweise auch der derzeitige »Schriftleiter« der »Burschenschaftlichen Blätter«, der ehemalige Funktionär der 1994 verbotenen »Freiheitlich deutschen Arbeiterpartei« (FAP) Norbert Weidner, auf deutliches Missfallen. Hans Merkel, ehemals Ministerialdirigent und »Alter Herr« der Burschenschaft »Arminia Rhenania München«, die seit Anfang 2011 den Vorsitz der DB inne hat, war für die Totenehrung angekündigt worden. Seine Rede klang jedoch wie eine Absage an seinen Vorredner. Explizit bezog er sich positiv auf den Langemarck-Mythos und betonte dessen sinnstiftenden Charakter. Ausdrücklich benannte er die völkerrechtlichen Friedensverträge von Versailles und St. Germain als mitverantwortlich für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Merkel erklärte zudem, die deutschen Wehrmachtssol-



^ Pytas bei Kranzniederlegung

daten hätten im Zweiten Weltkrieg nicht für die Nationalsozialisten, sondern für den Schutz von Volk und Vaterland gegen den Bolschewismus gekämpft. Er kritisierte das österreichische Verbot einer »Wiedervereinigung« mit der Bundesrepublik Deutschland und bezeichnete die Alpenrepublik als einen Teil Deutschlands. Merkel sprach sich, anders als Pyta, explizit für ein heldisches Gedenken aus. Die Gedenkveranstaltung, die von musikalischen Beiträgen der »Tiefenthaler Musikanten« begleitet wurde, endete mit der Enthüllung einer neuen Informationstafel, die das auf Befehl der Alliierten 1946 abgeschlagene Relief zeigt, und dem gemeinsamen Singen des Liedes »Ich hatt‘ einen Kameraden«.



^ Dr. Hans Merkel

Walter Flex

Zum Programm der Einweihung gehörte auch eine Abendveranstaltung über den nationalistischen Kriegsdichter Walter Flex. Hier referierte einleitend der ehemalige Eisenacher Schulrektor und Abgeordnete der CDU im Eisenacher Stadtrat Günther Schmidt über »Die Idee und Gedankenwelt von Walter Flex«. Schmidt veröffentlichte seine Ansichten zu Flex bereits vor Jahren in zwei langatmigen Artikeln in den »Burschenschaftlichen Blättern« der DB (Ausgabe 3/2003). Zehn Seiten im Heft war damals der DB das Thema wert. Denn für den Akademikerverband ist der 1887 in Eisenach geborene und 1917 im Ersten Weltkrieg gefallene Flex ebenso wie für die gesamte deutsch-völkische Rechte eine wichtige historische Person und Kultautor. 1914 hatte er sich als Kriegsfreiwilliger gemeldet und war voller Begeisterung in den Krieg gezogen. Seine verklärenden und heroisierenden Kriegsgedichte und Erzählungen machten ihn schnell bekannt. Sein autobiographischer Roman »Der Wanderer zwischen beiden Welten. Ein Kriegserlebnis« wurde ein Verkaufsschlager. In den Texten von Flex, die auch von der »Wandervogelbewegung« inspiriert waren, spiegelt sich sein völkischer Nationalismus und eine idealistische Ästhetisierung und Verklärung des Krieges.

Der ehemalige Gymnasiallehrer Schmidt verteidigt in seinen Artikeln in den »Burschenschaftlichen Blättern« Flex gegen Kritik. Ihm werde »bitter Unrecht getan«, wenn er als »Kriegsdichter« bezeichnet werde, da er sich auch anderen Themen gewidmet habe. Flex als »Kultautor der Nationalsozialisten« zu bezeichnen, wie es die konservative »Frankfurter Allgemeine Zeitung« 1995 getan hatte, hält er »schlicht für eine unverantwortliche Diffamierung«.

Begeistert räsoniert Schmidt über »Führerqualitäten« in den Schriften von Walter Flex. Diese entstünden auf »Grundlage echter Autorität, moralischer Integrität, ethischer Orientiertheit, ehrlicher Anerkennung und demzufolge tiefen Vertrauens«, so der CDU-Politiker in seinem Aufsatz. »Die beste Möglichkeit, dieses Ideal des dienenden Führers umzusetzen, sah Flex im Krieg«, resümiert er. Und weiter: »Das ethische Ziel besteht darin, völlig aufzugehen im Dienst für die Gemeinschaft. [...] Diese bedingungslose Hingabe an die Gemeinschaft erlangt ihre höchste Form im (freudigen) Sterben für das Vaterland«, schwärmt Pädagoge Schmidt. Nach den Ausführungen von Schmidt stand ein Vortrag zum Thema »Walter Flex – Lebenswerk – ein Überblick« von Holger Teuteberg auf dem Programm der auf zwei Stunden angesetzten Vorträge. Teuteberg ist »Alter Herr« der »Pennälerschaft Hanse zu Göttingen«. Abgerundet wurden die Vorträge durch Rainer Lucas, der aus den Werken von Flex rezitierte.



^ die neue Gedenktafel

Eisenach

Ausdrücklich lobten die Organisatoren der Veranstaltung im April Eisenachs Oberbürgermeister Matthias Doht von der SPD für seine Bemühungen zur Wiederherstellung des Denkmals. In einem Grußwort auf der Veranstaltung wünschte er sich, die Arbeit des burschenschaftlichen »Denkmalerhaltungsvereins« möge in der Stadt »noch stärker Anklang finden«. Er freue sich, so zitiert ihn die »Thüringische Landeszeitung«, dass sich die DB seit 1990 wieder in seiner Stadt treffe. Eisenach werde auch 2011 wieder ein würdiger Gastgeber sein, wenn der völkische Akademikerverband vom 15. bis 19. Juni in der städtischen »Werner-Aßmann-Halle« tage. Eisenach kümmert sich unterdessen rührend um Walter Flex, den Spross der Stadt. 200 Euro wendet die klamme Kommune jährlich auf, um seine Grabstätte zu pflegen. Denn eine Replik seiner Grabstätte, die 1945 im ehemaligen Königsberg zerstört wurde, steht seit Jahren auf Wunsch des »Freundeskreis Walter Flex« auf dem städtischen Friedhof. Und das Stadtarchiv beherbergt auf Beschluss des Stadtrates von 1994 das Archiv des völkischen Dichters. Kritische Nachfragen von Seiten der Eisenacher »Grünen« zur Huldigung von Walter Flex durch die Stadt konterte Oberbürgermeister Doht mit dem Hinweis, der Dichter lasse »sich nur aus seiner Zeit heraus begreifen. Sein Werk ist ein Spiegel des Denkens eines Teils der deutschen Bevölkerung vor 1914«. Eine Auflassung des Grabes sei bisher nicht geplant. Flex sei »nun einmal Bürger Eisenachs gewesen«. ■

»Honorige Herren«

Saarländische Politiker und die »Burschenschaft Ghibellinia zu Prag«

Von Andreas Carstens

Als »honorige Herren« verteidigte Roland Theis, Generalsekretär der saarländischen CDU, die Mitglieder der »Burschenschaft Ghibellinia zu Prag in Saarbrücken« in der Presse und in seiner Festrede anlässlich des 130. Jubiläums der Studentenverbindung. Die Kontakte saarländischer Politiker zu der Burschenschaft, die seit den 1950er Jahren in Saarbrücken residiert, machten der Journalist Wilfried Voigt in seinem Buch »Die Jamaika-Clique« im Februar 2011 sowie die »Antifa Saar – Projekt AK« in einem nachfolgenden Flugblatt öffentlich.

Die 1880 in Prag gegründete »Burschenschaft Ghibellinia« setzt auf Tradition. Ihre Geschichte beschrieb sie in einem Artikel im Internet, geschrieben von dem »lieben Bundesbruder« Lutz Paulmann. Zu lesen ist darin vor allem von den Gründungsjahren und den Tschechen, die es in Prag angeblich auf deutsch-nationale Burschenschaftler abgesehen hätten. Geschildert werden Überfälle wie den auf »Bundesbruder Hugo Jury«, der später »großen politischen Einfluss gewinnen« sollte. Doch dieser »Einfluss« wird nicht näher erklärt. Denn Jury war in den 1930er Jahren Mitglied der illegalen österreichischen NSDAP, ab 1938 »Gauleiter« des »Reichsgau Niederdonau«, später »Reichstatthalter«, »Reichsverteidigungskommissar« und »SS-Obergruppenführer«. Erwähnt wird hingegen der bereits 1887 erfolgte »Auszug der Israeliten« aus dem akademischen Bund, eine angesichts des antisemitischen Wahns der Deutschnationalen beschönigende Umschreibung, die Freiwilligkeit suggerieren soll. Traditionen, auf die man in der »Ghibellinia« nach wie vor stolz ist, auch wenn der Text nur wenige Tage nach der Veröffentlichung des Buches von Voigt von der Website gelöscht wurde (dokumentiert unter www.antifasaar.blogsport.de).

Nachdem die Positionen und Geschichte der »Ghibellinia« und ihre Verbindungen zur Politik – vom Ministerpräsidenten Peter Müller (CDU) als Schirmherr der Festveranstaltungen bis zum CDU-Generalsekretär und dem Universitätspräsidenten Volker Linneweber als Festredner – der Öffentlichkeit bekannt wurden, folgte eine Schlammschlacht in der saarländischen Presse. Aufgrund mangelnder inhaltlicher Kritik in der Debatte, konnte die »Ghibellinia« Kritik schnell kontern, indem sie auf Personen aus SPD, LINKE und DGB verwies, die bei ihnen in der Vergangenheit zu Besuch gewesen waren und nun zu den KritikerInnen gehören. Der saarländische Universitätspräsident gab mittlerweile zu, dass einige Mitglieder der Burschenschaft wohl »dem rechtsextremen Umfeld zuzuordnen sind«, verwies aber darauf, dass dies nichts über die Burschenschaft im Allgemeinen aussage. ■



MARSCHIEREN GEGEN ISLAM

1.100 TeilnehmerInnen vermeldet die »Pro-Bewegung« stolz auf ihrer Kampagnenseite im Internet. Doch tatsächlich gezählt wurden rund 320 Personen, die an dem »Marsch für die Freiheit« am 7. Mai 2011 in Köln teilnahmen. Als Redner wurde erneut eine illustre Runde internationaler Islamhasser angekündigt: Markus Beisicht (»Pro Köln«/«Pro NRW«), Manfred Rouhs (»Pro Berlin«), Filip Dewinter (»Vlaams Belang«), Susanne Winter (FPÖ), Rolf Schlierer (»Die Republikaner«), Wolfgang Jung (FPÖ), Taylor Rose (»Tea Party«-Bewegung, USA), Jacques Cordonnier (»Bloc Identitaire«, Frankreich). Der Marsch wurde, wie bei vorherigen Versuchen, von Gegenprotesten stark behindert.

»Antenne der Freiheit«

Rechtes Internetprojekt gegen »gutmenschliches Meinungsmonopol«

Rechte Gruppen bringen mit der »Antenne der Freiheit« eine neue »Waffe wirksam gegen die Meinungshoheit der Mainstreammedien« in Stellung. Rassistische Islamkritik fungiert als Klammer.

Von Arne Basten

Den »linken Lügenmedien« den Kampf anzusagen, das ist das Ziel der Initiative »Antenne der Freiheit« (AdF). Insgesamt siebzehn neurechte bis extrem rechte Onlineportale, Gruppen und Einzelpersonen haben sich zusammengeschlossen, um der vermeintlichen »Meinungshoheit der Mainstreammedien« etwas entgegen zu setzen.

Das zentrale Thema der AdF ist ein Dauerbrenner der extremen Rechten. Man fühlt sich einer »Gesinnungsdiktatur« des etablierten Mediensystems ausgesetzt, die rechte Inhalte und Meinungen systematisch totschweigt oder diskreditiert. Was genau diese »Medienhoheit« ausmacht, bleibt zwar diffus, ist aber für die Inszenierung als Opfer auch nicht wichtig. Eine eigens entwickelte Erweiterung für den Webbrowser »Firefox« soll nun als neues Werkzeug im Kampf gegen die etablierten Medien Abhilfe schaffen. Im Auftrag der AdF versehen vertrauenswürdige »Spürnasen« Artikel der »Mainstreammedien« mit Kommentaren. Wenn nun Nutzer der AdF-Erweiterung einen solchen Artikel lesen, wird ihnen automatisch der Kommentar inklusive eines Links zu einer rechten Website, die den Sachverhalt »richtig« darstellt, angezeigt. Durch die direkte Beteiligung der User soll gar »Bürgerjournalismus« vorangetrieben werden.

Interessant ist die Zusammensetzung und politische Klammer der AdF. Neben dem Kampf gegen die »etablierte Medienhoheit« steht der Kampf gegen den Islam im Zentrum. Damit finden offenbar das anti-islamische Blog »Politically Incorrect« (PI-News), das auf SchülerInnen und StudentInnen ausgerichtete neurechte Online-Magazin »Blaue Narzisse« und die völkische, der NPD und der »Freiheitlichen Partei Österreichs« nahe stehende »Deutsche Burschenschaft« zusammen. Wie tragfähig diese politische Klammer tatsächlich ist und ob sich die ambitionierte »Web 2.0«-Hoffnung der MacherInnen erfüllt, bleibt abzuwarten. Denn bisher ist das Programm nur eingeschränkt verfügbar und von Abstürzen geplagt. ■

Rechte Eliten

Für Sarrazin und gegen »Linksextremismus«

Die Münchener Burschenschaft »Cimbria« lud Ende April zum »Symposion Deutschland – Land der Tabuisierung« ein.

Von Johannes Brumme

Mitten im Münchner Nobelstadtteil Bogenhausen liegt die Villa der »Burschenschaft Cimbria«. Sie gehört der »Burschenschaftlichen Gemeinschaft« (BG) an, dem rechten Flügel der völkischen »Deutschen Burschenschaft« (DB). »Symposion Deutschland – Land der Tabuisierung«, lautete der Titel der Veranstaltung, die am 30. April 2011 rund 35 Personen in das Anwesen lockte, vor allem Burschenschaftler und »Alte Herren« mit Band und Mütze. Als Referenten waren Erik Lehnert, Geschäftsführer des neurechten »Institut für Staatspolitik« (IfS), zum Thema »Der Fall Sarrazin. Ein Weckruf und die Folgen«, sowie Felix Krautkrämer, Redakteur der »Jungen Freiheit« (JF), über »Das linke Netz« geladen. Beworben war die Veranstaltung auf der Website der »Cimbria«, im »Rundbrief« des IfS sowie auf der Website der Zeitschrift »Sezession«, dem Hausblättchen des Instituts.

Sarrazins »Weckruf«

Lehnert referierte ausschweifend die Thesen Thilo Sarrazins und zeichnete den Verlauf der Debatte um dessen Buch nach. Ohne Krawatte und mit saloppem Berliner Dialekt passte er nicht ganz in die Welt der steifen Burschenschaftler. Doch seine Ausführungen fanden Zustimmung. Er jammerte über angebliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit für Konservative und Rechte und lobte Sarrazin dafür, dass er das »Tabu« der Debatte um Migration und Islam gebrochen habe. Und er schimpfte über Kritiker Sarrazins, vor allem den Redakteur der konservativen »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« Patrick Bahners, der in seinem Buch »Die Panikmacher« mit den »Islamkritikern« abgerechnet hatte. Doch auch Sarrazin selbst wurde von Lehnert kritisiert. Der wünsche sich bloß eine DDR mit Meinungsfreiheit, meint er. Zudem sei dessen Wille, in der SPD Mitglied zu bleiben, unverständlich. Auch das Publikum schätzte Sarrazin nur bedingt. Denn seine Partei sei schließlich mit für das verantwortlich, was Sarrazin eigentlich kritisiere.

Lehnert machte klar, dass er nicht auf Parteien setze. Er kritisierte, dass bei den kommenden Wahlen in Berlin mehrere Parteien rechts der CDU konkurrierend antreten. Besonders hart ging er mit der neugegründeten Partei »Die Freiheit« um René Stadtkewitz ins Gericht. Anstatt Wahlkampf in Berlin zu machen, fahre der Parteichef erst einmal nach Israel: »Da weiß man doch, woher der Wind weht!« Dass antisemitische Anspielungen in diesem Kreis auf Zustimmung stoßen, zeigte sich auch, als Lehnert anmerkte, dass eine von der SPD in Auftrag gegebene kritische Studie zu Sarrazins Thesen vom Potsdamer »Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien« stamme. Da raunte das Publikum wohlig vor Empörung. Statt auf Parteien setzt Lehnert auf »Graswurzel-Arbeit«. Es müsse gelingen, »erst einmal wieder Grundlagen zu legen, um handlungsfähig zu werden«, sagte er. Das IfS wolle mit seiner Arbeit dazu beitragen.

Anti-Antifa

Der zweite Referent, der JF-Redakteur Felix Krautkrämer, steht derzeit im burschenschaftlichen Milieu hoch im Kurs. In der Ausgabe Nr. 4/2010 der »Burschenschaftlichen Blätter« rezensiert Matthias Brauer (»Raczeks Breslau zu Bonn«) voller Begeisterung Krautkrämers schmales Bändchen »Das linke Netz«. Darin schreibt er über das vermeintliche »Zusammenspiel zwischen der Wochenzeitung Die Zeit, dem Netz gegen Nazis, der Bundeszentrale für politische Bildung und der linksextremen Szene«. »Mit viel Akribie und Liebe fürs Detail«, widme er sich der Beobachtung antifaschistischer AutorInnen und »selbsternannter Enthüllungsjournalisten«. Seinen Vortrag bei der »Cimbria« bestritt Krautkrämer mit umgebundener Schärpe seiner Freiburger Studentenverbindung (»K.D.St. V. Hohenstaufen Freiburg«). Doch Detailkenntnis und Akribie fehlten. Stattdessen erzählte er lieber Schauermärchen und nahm es dabei mit der Wahrheit manchmal nicht so genau, wenn es um die Förderung linker oder antifaschistischer Projekte durch den Staat ging. Grundtenor seines Vortrags: Der Staat finanziere durch Projekte gegen »Rechts« auch »Linksextremisten«.

Da es mit den eigenen Recherchen bei Krautkrämer nicht allzu weit her ist, wie auch die juristischen Auseinandersetzungen um seine letzte Broschüre »Die offene Flanke der SPD« zeigten , bezog er sich in seinem Vortrag immer wieder auf den Verfassungsschutz und den Bayerischen Innenminister zur Legitimation der eigenen Behauptungen. Krautkrämer schoss sich vor allem gegen JournalistInnen ein, die seit Jahren die extreme Rechte beobachten und analysieren. Ausdrückliches Lob für ihren Kampf gegen die politische Linke erhielten dagegen von Lehnert Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) und die NPD, die im Sächsischen Landtag mit Anfragen den »Linksextremismus« zu skandalisieren versuche. Die rechte politische Spannbreite in der Burschenschaft »Cimbria« dürfte klar abgesteckt sein. Als ein Veranstaltungsteilnehmer fragte, ob die CSU noch ein politischer Hoffnungsträger für die Rechte sei, erntete er nur Gelächter. ■



SPENGLERS 75. TODESTAG

In Gedenken an Oswald Spengler, einem der wichtigen Denker der »Konservativen Revolution« (KR), organisierte das »Institut für Staatspolitik« (IfS) am Vortag zu dessen 75. Todestag am 8. Mai 2011 eine kleine Gedenkveranstaltung. Am Grab, an dem sich eine Gruppe von rund 30 Personen versammelte, wurde unter Instruktion von Erik Lehnert (Foto rechts), Geschäftsführer des »Instituts« ein Kranz niedergelegt. »Optimismus ist Feigheit« heißt es auf der Kranzschleife, ein Credo Spenglers. Im Anschluss traf sich die Gesellschaft in einer Münchener Gaststätte, wo Frank Lisson, Prof. Dr. Max Otte und, obligatorisch, Karlheinz Weißmann über Leben und Werk des 1936 in München im Alter von 55 Jahren Verstorbenen. Für das IfS hat die KR im Allgemeinen und Spengler im Besonderen herausragende Bedeutung. Immer wieder wird der Verstorbene durch das »Institut« honoriert. 2003 erschien von der Hauszeitschrift »Sezession« sogar eine Sondernummer über ihn und dessen Werk. Stets geht dabei nicht nur um eine Rückschau, sondern um seine heutige Aktualität.

Dem Leben dienen?

Anmerkungen zum »Staatspolitischen Handbuch« des »Instituts für Staatspolitik«

Nach dem im November 2009 veröffentlichten ersten Band »Leitbegriffe« der dreiteiligen Reihe »Staatspolitisches Handbuch« erschien nun das Folgewerk. Die Herausgeber präsentieren sich damit als Gralshüter eines »wahren« Konservatismus.

Von Helmut Kellershohn

Das »Staatspolitische Handbuch« des »neu-rechten« »Instituts für Staatspolitik« (IfS) befasst sich in dem im Februar 2011 veröffentlichten zweiten Teil mit den Schlüsselwerken konservativer Weltanschauung und handelt auf etwa 250 Seiten 164 Werke von 133 Autoren ab, von Solons Eunomia-Gedicht bis hin zu – man höre und staune – Sarrazins Pamphlet über die angebliche Selbstabschaffung Deutschlands, dem die Herausgeber offensichtlich den Status eines konservativen Meisterwerks zuweisen. Dabei behauptet doch Sarrazin von sich im Brustton der Überzeugung, altgedienter Sozialdemokrat zu sein. Nun, auf das Problem der Auswahl wird noch zu kommen sein. Zunächst jedoch einige Anmerkungen zum Anspruch, den die Herausgeber im Vorwort dem Leser gegenüber erheben.



Anspruch

Zu den rhetorischen Mitteln, derer zu bedienen die Herausgeber sich nicht schämen, gehört die ins Grandiose gesteigerte Selbsteinschätzung ihres Handbuchs, die von vornherein demjenigen imponieren will, der sich derart geschmeichelt fühlt zum Kreis der Eingeweihten zu gehören, dass er sich das zu Herzen nimmt, was hier vermittelt werden soll. Das politische Denken der anderen Unglückseligen unterliege, so Weißmann & Co., seit den 1960er Jahren einer unglaublichen »Verwahrlosung«, die damals nur »mit einem marxistischen System und einem entsprechenden Kanon« überdeckt worden sei, heute aber offen zutage trete: »Es gibt«, so die Klage, »kein Maß [Kanon, Anm. d. A.], nach dem sich gerichtet, keine Idee, an der sich orientiert werden könnte, und keine Tradition, an die sich anknüpfen ließe.« Kurzum, mit Weißmanns Lieblingsvokabel gesprochen, es herrscht die Dekadenz.

Nur gut, dass es das »Institut für Staatspolitik« gibt, das selbstverständlich über »Maß, Idee und Tradition« verfügt, die Welt hat es bislang nur noch nicht gemerkt. Jetzt aber, »in Zeiten, in denen die bloße Existenz von Bücherschränken und Bibliotheken nicht mehr auf Qualität schließen läßt« (!), liegt das Buch der Bücher vor und vermittelt das entsprechende »geistige Rüstzeug«. Um Zu-Rüstung geht es den Herausgebern in der Tat, nicht um den Erwerb antiquarischen Wissens, denn um »im alltäglichen Kampf der Weltanschauungen« bestehen zu können, bedarf es eines geistigen Fundus, eines geistigen »Schlüssels«, auf den der Konservative praktischerweise zurückgreifen kann. Lautete das maoistische Kriterium der »Wahrheit«, mit dem die K-Gruppen in den 1970er Jahren ihrer politischen Praxis den Anschein einer theoretischen Begründbarkeit verliehen, Politik müsse »dem Volke dienen«, so verpflichten die Herausgeber nun den Kampf mit dem Feind auf eine höhere Abstraktion: »Die Schlüsselwerke haben [...] einen anderen Anspruch: Der Band will, ganz im Sinne Nietzsches [mit drei Werken vertreten, Anm. d. A.], dem Leben dienen.«

Neben solch krudem Instrumentalismus darf das den Alltag des Weltanschauungskampfes Überschreitende nicht zu kurz kommen. Selbstverständlich führten die ausgewählten Bücher auch »zu den ewigen Fragen, die jede neue Generation neu beantworten müsse«. Doch halt, hier sei Vorsicht geboten. Die Herausgeber sorgen sich um das Wohl des Lesers, er oder sie könne auf der Suche nach Antworten »im Ungefähren beginnen« und »Überblick und Richtung« verlieren. So verfolgen die Schlüsselwerke auch den pädagogischen Zweck der »Anleitung« – man spürt deutlich die schulmeisterliche Attitüde des Gymnasiallehrers Weißmann. Der »Sitz im Leben« des Handbuchs ist eben, wie schon früher bei der Besprechung des ersten Bandes des »Staatspolitischen Handbuches« festgestellt wurde (s. DRR 123), die Ausbildung des Elitenachwuchses (»Curriculum dextrum«) zum gleichsam diplomierten konservativen Weltanschauungskämpfer.

Aufbau

Die Autoren des Handbuchs haben fast alle schon für die »Sezession«, die Zeitschrift des IfS, oder für die »Junge Freiheit« zur Feder gegriffen. Etwas mehr als die Hälfte der Beiträge stammen von sechs Autoren: Karlheinz Weißmann (31 Beiträge), Erik Lehnert (16), Till Kinzel (11), Wiggo Mann (10), Harald Seubert, Studienzentrum Weikersheim (10), Götz Kubitschek (8). Unter den insgesamt 34 Autoren findet sich nur eine Frau, Ellen Kositza mit einem Beitrag.

Die Besprechung der »Schlüsselwerke« folgt einem bestimmten Muster: Jeder Text »orientiert über den Entstehungskontext des Werkes, beschreibt die wichtigsten Gedankengänge und dessen Aufbau und gibt Hinweise auf die Rezeption des Werkes«. Der Schwerpunkt liegt dabei zweifellos auf dem zweiten Kriterium. Die »Hinweise« sind meist wirklich nicht mehr als kurze Anmerkungen, und um den Leser nicht zu verstören (»Anleitung«!), handelt es sich zumeist nicht um Hinweise, die Gegenstandpunkte zu Wort kommen lassen. Dem entspricht, dass die Literaturhinweise äußerst knapp gehalten sind, was fast schon ans Peinliche grenzt. Wenn beispielsweise Wiggo Mann den Schmitt-Klassiker »Begriff des Politischen« ganz leidlich referiert, so verknappt er die Hinweise auf we-

nige Zeilen. Kritiker von Carl Schmitt wie Karl Löwith, Herbert Marcuse oder Helmut Kuhn werden natürlich nicht erwähnt, und die Literaturangaben begnügen sich mit zwei Autoren, die über den entsprechenden Stallgeruch verfügen (Helmut Quaritsch, Thor von Waldstein).

Auswahl

Die Auswahl der Werke unterliegt einem kleinen Problem, auf das bei aller Lobhudelei bereits Felix Dirsch in der »Sezession« und Jost Bauch in der »JF«, hingewiesen haben. Letzterer wirft die Frage auf, »ob in diesem Werklexikon nur Werke von ausgewiesenen ‚bekennenden' konservativen Autoren besprochen werden sollen oder ob auch Werke Berücksichtigung finden, die [...] für das konservative Denken unabhängig von der politischen Präferenz des Autors von Relevanz sind«. Die Herausgeber umgehen das Problem, indem sie den Begriff des Konservatismus nicht näher umreißen und die Grenzen des Begriffs weder ideen- noch sozialgeschichtlich bestimmen, was zugegebenermaßen keine leichte Übung wäre. So darf denn Felix Dirsch dies im Gegenteil als besonderen Vorzug des Handbuches ausweisen, insofern nämlich »der Konservatismus-Begriff weit gefaßt ist und daher Texte aufgenommen wurden, die man auch als Kenner der Problematik kaum als konservativ vermutet«.

Was aber soll man von einem Handbuch halten, das Kants »Zum ewigen Frieden« besprechen lässt (von Steffen Dietzsch) und dies kommentarlos neben die Schriften eines Carl Schmitt stellt, in denen dieser die Einheitlichkeit und Universalität des Völkerrechts, bei Kant basierend auf einem Föderalismus republikanisch verfasster freier Staaten, aufgelöst wissen will zu Gunsten eines geregelten Nebeneinanders von Großräumen (getragen von Reichen) mit jeweils unterschiedlichen Völkerrechten? Oder was soll man davon halten, dass ein von deutschnational und völkisch gesonnenen Studenten mit Hass verfolgter Theodor Lessing mit seinem geschichtsphilosophischen Werk »Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen« aufgenommen wird, und dies nur deshalb, weil sich Bezüge zu Oswald Spengler oder Ludwig Klages herstellen lassen? Derartige Verschränkungen zwischen rechten und linken Intellektuellendiskursen lassen sich an vielen Beispielen in der Weimarer Republik aufzeigen. Nach dieser Logik könnte man auch Herbert Marcuses »Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus« von 1932 in das Handbuch aufnehmen, weil er Heideggers Existenzphilosophie für eine Interpretation der Pariser Manuskripte von Marx fruchtbar zu machen versuchte.

Man könnte diese Einwände an weiteren Beispielen (z. B. Hannah Arendt, Helmuth Plessner) aufzeigen. Selbst Jost Bauch fällt auf, dass »Werke von Kant, Jaspers, Lessing oder Hegel [...] nicht durchgängig dem konservativen Lager« zugesprochen werden können. Der einflussreichste »Hegelianer« war übrigens Marx. Ohne Hegel keine Kritik der politischen Ökonomie. Der Eindruck entsteht, dass hier nach der Hühnerhof-Methode verfahren wird. Man pickt sich die Brosamen heraus, die in ein vorgefasstes (und nicht offengelegtes) Verständnis von Konservatismus hineinpassen. Der Leser muss also schon Armin Mohlers »Konservative Revolution« (von Weißmann selbst besprochen) oder einiges von Weißmann gelesen haben, um zu wissen, warum ein gestandener linker Historiker wie Zeev Sternhell (»Faschistische Ideologie«) »verwertet« wird.

Inkonsequenzen

Man sieht, dass es sich die Autoren des IfS etwas einfach machen. Aber auch in anderer Hinsicht sind Fragezeichen angebracht. Der Aufbau des Handbuchs ist reichlich inkonsequent. Ideengeschichtlich holt es bis zu den alten Griechen weit aus, um dann das römische (Cicero) und christliche Staatsdenken in Spätantike und Mittelalter (Augustinus, Thomas von Aquin) zu vernachlässigen. Für das protestantische Staatsdenken wäre Martin Luther unverzichtbar, ebenso wie Jean Bodin für die Rechtfertigung des Absolutismus. Die gegenrevolutionäre Literatur ist mit Edmund Burke und Donoso Cortes vertreten, nicht aber mit der politischen Romantik in Deutschland, wenn man vielleicht von Fichtes »Reden an die deutsche Nation« absieht. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Breiter vertreten ist der romanische Faschismus, auf den sich Mohler immer berief: natürlich als Vordenker Georges Sorel, dann Emil Cioran, Drieu La Rochelle und Julius Evola. Aus dem US-amerikanischen Bereich werden besprochen: für die libertär-marktradikale Richtung der Journalist Henry Louis Mencken, Friedrich A. v. Hayek und der Anarchokapitalist Hans-Hermann Hoppe, für die Traditionalisten die Deutsch-Amerikaner Leo Strauss und Eric Voegelin sowie Kirk Russell. Die britische Szene ist vertreten durch christlich-konservative Denker wie Gilbert Keith Chesterton, T. S. Eliot, C. S. Lewis sowie den Philosophen Michael Oakeshott.

Schwerpunkt

Der Schwerpunkt des Handbuches liegt aber zweifellos auf den Autoren, die laut Armin Mohler der »Konservativen Revolution«, ihrem Umfeld und ihren Folgewirkungen bis heute zugerechnet werden können: erstens auf den »herausragenden, kategoriensprengenden Autoren« wie Spengler, den vorrepublikanischen Thomas Mann, Carl Schmitt, Hans Blüher, die Gebrüder Jünger; zweitens speziell auf den wichtigsten Jungkonservativen (der »TAT«-Kreis fehlt allerdings), während von den Nationalrevolutionären nur noch Ernst von Salomon, allerdings mit zwei Nachkriegsschriften, gewürdigt wird. Drittens finden sich Artikel zu Autoren, die Stefan Breuer mit dem Etikett »ästhetischer Fundamentalismus« versehen hat: Ludwig Klages, Hugo von Hofmannsthal, Rudolf Borchardt und als aktuelleres Beispiel Botho Strauß. Dieser Traditionslinie könnte man auch Hans Sedlmayr, Martin Mosebach und Hans-Jürgen Syberberg zuordnen. Wichtig sind viertens die Brückenbauer, die aus der Zwischenkriegszeit in die Entstehungsgeschichte der jungkonservativen »Neuen Rechten« in der Bundesrepublik hineinragen, wie Ernst Forsthoff, Hans Freyer, Helmut Schelsky und Arnold Gehlen (einerseits »Der Mensch« von 1940, anderseits »Moral und Hypermoral« von 1969, eine Kampfschrift gegen die 68er). Fünftens: Die jüngere, in der Nachkriegszeit studierende Generation ist vertreten durch die Münsteraner Ritter-Schule, den Kreis von Schülern um Joachim Ritter; natürlich nicht die sozialdemokratischen »Abweichler« wie Ernst-Wolfgang Böckenförde, auch Hermann Lübbe fehlt; wohl aber Odo Marquard, Robert Spaemann, Günter Rohrmoser und Bernard Willms. Mit Arnold Gehlen und Günter Rohrmoser ist dann sechstens der Bogen gespannt zum Kreis um die Zeitschrift »Criticón« (Schrenck-Notzing, Mohler) und zur jungkonservativen »Neuen Rechten«: zu dem Reichstheologen und zwischen Philo- und Antisemitismus schwankenden Hans-Dietrich Sander (mit seinem Werk »Die Auflösung der Dinge«), zu dem Schmittianer Günter Maschke und natürlich zu Weißmann himself, der sich damit ganz unbescheiden als staatspolitischer Klassiker in sein Handbuch einträgt. Erwähnenswert auch noch der jüngst verstorbene Gerd-Klaus Kaltenbrunner (siehe aktuelle Ausgabe des DRR).

Themen

Neben diesem genealogischen Strang muss abschließend noch auf einige thematische Stränge verwiesen werden: Revisionistische Fragestellungen (Nationalsozialismus, II. Weltkrieg, Vertreibung) klingen an mit Ernst Nolte, Rainer Zitelmann, Alfred M. de Zayas, Stefan Scheil und Jörg Friedrich; zum Thema Elite und Massen findet man Vilfredo Pareto, Gaetano Mosca, Robert Michels, Gustave Le Bon, Ortega y Gasset und Elias Canetti; zur Militärtheorie Carl von Clausewitz und Martin van Creveld; zur Ökologie Herbert Gruhl und Edward Goldsmith (beide vorgestellt von dem Neuheiden Reinhard Falter); zu Verhaltensforschung, Anthropologie und »Völkerbiologie« Ilse Schwidetzky, Konrad Lorenz, Irenäus Eibl-Eibesfeldt und der bereits erwähnte Arnold Gehlen; zu Demografie und Bevölkerungspolitik Robert Hepp, Gunnar Heinsohn und – Sarrazin. ■

Vordenker der »Tendenzwende«

Zum Tod des Publizisten Gerd-Klaus Kaltenbrunner

Am 12. April 2011 ist Gerd-Klaus Kaltenbrunner im Alter von 72 Jahren in Lörrach (Baden-Württemberg) verstorben. Gemessen an seiner Bedeutung für die konservative Publizistik der 1970er/80er Jahre fiel das Medienecho auf den Tod Gerd-Klaus Kaltenbrunners gering aus.

Von Thomas Sierko

Der Tod Gerd-Klaus Kaltenbrunners war den beiden wichtigsten konservativen Tageszeitungen »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) und »Die Welt« keinen ausführlichen Nachruf wert. Einzig die »neu-rechte« Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) und das Portal der »neu-rechten« Zeitschrift »Sezession« riefen dem Publizisten ausführlich nach. Die geringe Resonanz des Todes Kaltenbrunners steht in scharfem Kontrast zu jener Rolle, die er in der rechten Publizistik vor mehr als dreißig Jahren spielte.

Initiator

Kaltenbrunner, Österreicher des Jahrgangs 1939, studierte in Wien Philosophie und Rechtswissenschaften und siedelte zu Beginn der 1960er Jahre nach Deutschland über, wo er zunächst als Lektor für verschiedene Verlage tätig war. Im Freiburger »Rombach Verlag« betreute Kaltenbrunner Ende der 1960er Jahre rechte Autoren wie Robert Hepp und Armin Mohler. Zu Beginn der 1970er Jahre, als der damalige CDU-Vordenker Kurt Biedenkopf einen »fortschrittsorientierten, progressiven Konservatismus« propagierte, edierte Kaltenbrunner einen Sammelband, der unter dem Titel »Rekonstruktion des Konservatismus« an einer Rückbesinnung rechtskonservativer Essentials arbeitete. Ab 1974 gab Kaltenbrunner im katholischen Freiburger »Herder Verlag« die Reihe »Herderbücherei Initiative« heraus, die Karlheinz Weißmann in seinem Nachruf auf Kaltenbrunner in der JF treffend als »Anti-Suhrkamp« charakterisierte. In der Tat bot Kaltenbrunners Reihe das Kontrastprogramm zur auflagenstarken »Edition Suhrkamp«, die sich in den 1970er Jahren der Verbreitung linker Gesellschaftstheorie widmete. In den insgesamt 78 der bis ins Jahr 1988 erschienen Bände der »Herderbücherei« versammelte Kaltenbrunner als Herausgeber ein zeitdiagnostisches Kaleidoskop aus rechter Sicht. In Büchern wie »Was ist reaktionär?« oder »Die Strategie der Feigheit« geißeln Kaltenbrunners Autoren den angeblich omnipräsenten linken Zeitgeist der 1970er/80er Jahre. In der Reihe erschienen historische Quellentexte ebenso wie Essays oder wissenschaftliche Grundrisse konservativer Gesellschaftspolitik. Die Reichweite der »Herderbücherei« konnte sich durchaus mit der intentional verwandten publizistischen Arbeit der »Lebenshilfebücher« von Christa Meves messen.

Hintersinn

Sein Leitsatz, »Wer heute die Begriffe besetzt, übt morgen die Macht aus«, wurde 1990 zum Motto des »neu-rechten« publizistischen Aufbruchs nach dem Beitritt der fünf neuen Länder. Von Kaltenbrunner stammt auch der Begriff »Tendenzwende«, der als Hoffnung des rechtskonservativen Milieus auf ein Ende der progressiven gesellschaftspolitischen Offensive Ende der 1970er Jahre Eingang in konservative Diskurse fand. Doch von der »geistig-moralischen Wende«, die Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung 1982 propagierte, wandte sich Kaltenbrunner enttäuscht ab. Allerdings blieb Kaltenbrunner einer der wichtigsten konservativen Publizisten. Neben der »Herderbücherei« schrieb er für die Zeitschriften »Criticón« und »Mut«, aber auch für Zeitungen wie FAZ, Welt und »Rheinischer Merkur«. Für sein publizistisches Wirken erhielt er im Jahr 1986 den »Konrad Adenauer Preis« der »Deutschland-Stiftung«. Die Stärke der publizistischen Arbeit Kaltenbrunners habe in seiner Fähigkeit zur Integration des »nicht-linken Lagers« bestanden, so Weißmann in der JF. Dennoch wurde die »Herderbücherei Initiative« 1988 eingestellt. Kaltenbrunner selbst äußerte sich zu politischen Angelegenheiten seit den 1990er Jahre nicht mehr.

Einkehr

Kaltenbrunner wandte sich dem Katholizismus und der katholischen Mystik zu und bezeichnete sich fortan als »christlichen Esoteriker«. Er publizierte zu Themen christlicher Mystik in der Nachfolge Meister Eckhards und zog sich völlig aus der Öffentlichkeit zurück. Seine Ablehnung des modernen Lebensstils war konsequent: Nicht einmal ein Telefon soll er besessen haben. Abgesehen von wenigen Wortmeldungen in der JF und »Sezession« war Kaltenbrunner in den zurückliegenden Jahren publizistisch verstummt, und im Milieu der »neu-rechten« Publizistik nicht mehr präsent. Bis auf Ausnahmen erfuhren seine Sammelbände zur konservativen Geistesgeschichte aus den 1970er Jahren später keine neueren Nachauflagen. Doch zweifelsohne war Gerd-Klaus Kaltenbrunner ein Fixstern am Firmament rechtskonservativer Publizistik, dessen Bücher durch Intellekt und rhetorisches Vermögen Konservative zu überzeugen wussten. Mit seiner selbstgestellten Mission, der Re-Etablierung eines geistesgeschichtlichen Denkraumes war er jedoch Ende der 1980er Jahre bis auf Weiteres gescheitert. Aufgenommen wurden seine publizistischen Ziele aber von jenem Milieu, das sich um Zeitungsprojekte wie JF und eben »Sezession« gruppiert. Dort weiß man Kaltenbrunners Verdienste um die Weitergabe rechter Geistesgeschichte zu schätzen. ■

Im Widerstand

Frauen in der italienischen »Resistenza«

Der Dokumentarfilm »Bandite« zeigt die Rolle von Frauen im antifaschistischen Widerstand Italiens. Er räumt mit der Vorstellung auf, Partisaninnen hätten den Widerstand nur am Rande mit begleitet.

Von Anna Stiede

Der neue Dokumentarfilm »Bandite« beschäftigt sich mit einem Thema, das in der Auseinandersetzung mit dem antifaschistischen Widerstand in Italien, der »Resistenza«, selten Beachtung findet: Frauen im Widerstand. Endlich ein Film, in dem die Partisaninnen selbst zu Wort kommen und nicht nur auf Ihre Tätigkeit als »stafette« (Botinnen) reduziert werden. Die Filmemacherinnen wollen die Stimmen und Geschichten der Partisaninnen festhalten, sie in Schulen und öffentliche Einrichtungen tragen und im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen patriarchalen backlash zeigen, wie und mit welcher Stärke sich Frauen organisierten, um gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu kämpfen. Dies erklärte Regisseurin Alessia Proietti, die den Film zusammen mit Giuditta Pellegrini und mit Hilfe von Donatella Adamo gedreht hat, im Gespräch mit **DER**RECHTE**RAND**.

Partisaninnen

Der Film, den es mit deutschen Untertiteln gibt, wurde finanziell von keiner Institution gefördert. Es gebe ja schon einen Streifen über Frauen im Widerstand, hieß es. Dabei wurde auf den von Liliana Cavani 1965 produzierten Film »La donna nella Resistenza« verwiesen. Doch die Macherinnen von »Bandite« betonen, eine neue Dokumentation sei unter den veränderten politischen Bedingungen unbedingt notwendig. Dass sie keine finanzielle Unterstützung erhielten, stehe exemplarisch für die politischen Umstände. Die Archive der historischen Institute konnten sie dagegen nutzen. Vor allem Originalaufnahmen aus dem Kampf in den Bergen und von der Befreiung von Bologna sind wertvolle Medien, die nun einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich sind.

Protagonistinnen des Dokumentarfilms sind die sechs Partisaninnen Walkiria Terradura (Kampfname »Walkiria«), Annita Malavasia (»Laila«), Mirella Alloisio (»Rossella«), Viera Gemiani (»Minny«), Bianca Guidetti (»Serra Nerina«) und Silvana Guazzaloca (»Miriam«). Mit ihren Interviews gelingt es den Filmemacherinnen, ein zutreffendes Bild der Unterschiedlichkeiten des weiblichen Widerstandes, was Bildung, soziale Klassenlage und politische Sozialisierung angeht, zu zeichnen. Die Frauen waren meist wenig schulisch gebildet, da höhere Bildung Jungen vorbehalten war. Und in der faschistischen Grundschule sollten sie lernen, dass Frauen weniger wert seien als Männer und ihnen die Aufgaben des Kinderkriegens und des Haushaltes zukamen.

Ihr Leben beschränkte sich auf das familiäre Leben. Im Rückblick bezeichnen sie sich damals als eher unpolitisch, denn die Politik war meist Männern vorbehalten. Einige jedoch stammen aus sozialistischen oder kommunistischen Familien.

Organisierung

Die Kriegserklärung Italiens im Jahr 1940 war prägend. Mit dem Kriegsausbruch wurden auch Arbeiterinnen in den Fabriken benötigt. Die Partisaninnen erzählen, dass dies ein entscheidender Ausgangspunkt für die weitere Organisierung und Emanzipationsbestrebungen war. Für die Frauen eröffnete sich so eine neue Welt. Mit der Flucht des Königs und der Verhaftung Mussolinis wurde schließlich der 25. Juli 1943 zu einem bedeutenden Tag. Man feierte das vermeintliche Ende des Krieges, zerstörte Büros der Faschisten und verbrannte deren schwarze Hemden. Doch am 8. September des Jahres marschierten deutsche Truppen ein, Mussolini wurde von den Nazis befreit und der Krieg begann erneut im eigenen Land.

An diesem Punkt, sagt Mirella Alloisio, musste man entscheiden, auf welcher Seite man steht. In diesen Tagen kam es zu ersten Kontakten mit antifaschistischen Organisierungen. Die Frauen erzählen, wie sie das erste Mal auf geheime Treffen eingeladen wurden. Menschen vor den deutschen und italienischen Faschisten zu retten, waren anfängliche Ziele der Rebellion. Sie suchten nach ehemaligen Militärs, die fliehen wollten und zum Widerstand bereit waren. Sie schmuggelten Soldaten und Waffen aus den Kasernen und organisierten so die entscheidende Basis für den Widerstand. Sie begannen Nachrichten, Essen und Waffen in die Berge zu den dort stationierten PartisanInneneinheiten zu bringen. Frauen konnten sich zu diesem Zeitpunkt besser bewegen, da die Gegner anfangs nicht davon ausgingen, dass Frauen am Widerstand beteiligt seien. Im November 1943 wurden dann in Milano die »Gruppen zur Verteidigung der Frau« (»Gruppi di difesa della donna«) gegründet, an der sich bis zu 70.000 Frauen beteiligten.

Schweigen

Bis Ende der 1970er Jahre wurde wenig über die Rolle der Frauen in der »Resistenza« gesprochen. Nur wenige Frauen ließen sich den Titel der Partisanin offiziell anerkennen. Hierfür musste man mindestens drei kämpferische Auseinandersetzungen mit Feuereinsatz mitgemacht haben. Viele Frauen wollten den Ruf ihrer Familien nicht damit belasten, dass sie als Frauen, »Clandestine« und mit Männern in den Bergen waren. Außerdem, so wiegelten viele ab, sei ihr Handeln normal gewesen. Doch es war nicht normal, das Leben im Widerstand zu riskieren. Dass die Faschisten gegenüber den Partisaninnen Vergewaltigungen als Foltermittel einsetzten und das Schweigen darum bisher nur an der Oberfläche gebrochen wurde, mag ebenso ein Grund für die Degradierung der Frauen im Widerstand sein.

Anerkennung

Der Film »Bandite« ist ein Zeichen der ehrenvollen Anerkennung. Die Frauen kämpften in Einheiten der PartisanInnen, organisierten Waffen, kümmerten sich um Flüchtige und Essen. Sie waren entscheidende Schnittpunkte der Informations- und Kommunikationsnetzwerke, kommandierten Einheiten, lernten und benutzten Waffen. In den Schulen ist das Thema des antifaschistischen Widerstandes von Frauen heute aufgrund politischer Eingriffe in das Schulsystem kein Thema mehr, kritisiert Regisseurin Proietti. Dies sei verheerend in einer Zeit des dramatischen Rechtspopulismus, der seine Wurzeln im Faschismus der 1920er Jahre hat. Doch der Film, berichtet Proietti, mache die ZuschauerInnen enthusiastisch. Ihnen werde die Rolle der Frau in der eigenen Geschichte deutlich. Doch die Diskussionen um den Film drehten sich zumeist um die Wirkung eines faschistisch-mafiösen, rassistischen und sexistischen Regimes, das in den vergangenen 20 Jahren unter Berlusconi entstanden sei. ■

Informationen zum Film: www.bandite.org

Resistenza

Im Widerstand gegen den italienischen Faschismus

Die heute 86-jährige Giacomina Castagnetti leistete Widerstand gegen den italienischen Faschismus, der 1922 unter Benito Mussolini an die Macht kam. Mit ihr sprach Anna Stiede über die »Resistenza«, die Rolle von Frauen im Faschismus und den antifaschistischen Kampf.

DRR: Wie bist du unter dem Mussolini-Regime aufgewachsen?

GC: Ich bin am 11. November 1925 in einer bäuerlichen Familie geboren. Ein Patron gab uns ein Stück Land, wir bearbeiteten es und er nahm sich eine Hälfte des Erarbeiteten. Meine Mutter hatte acht Kinder alleine groß zu ziehen. Auf dem Land ging man nur bis zur 3. Klasse in die Schule. Solange es Jungen in der Familie gab, gingen sie zur Schule, denn die Mädchen mussten zu braven Ehefrauen gemacht werden. Der Analphabetismus lag damals bei über 45 Prozent. Das war Anfang der 1930er Jahre, als das faschistische Regime anfing, über den Krieg und das Imperium nachzudenken.

DRR: Warum hast du das Mussolini-Regime in Frage gestellt?

GC: In unserer Klasse hing ein Transparent mit Mussolini, das erklärte, dass er immer Recht habe. Als ich nach Hause kam, redeten meine Brüder aber ganz anders. Ich fragte mich warum? Das ganze multiplizierte sich, als wir zu Ostern auf den Platz gingen, wo alle Mädchen ein Geschenk bekamen. Aber ich bekam nichts, weil ich nicht die Uniform der »piccola italiana« (»kleine Italienerin«) hatte. Ohne die Bedeutung zu verstehen, war ich wütend. Es war der Moment, als Mussolini anfing die Jugend zu reglementieren – eine der hässlichsten Mechanismen des jungen Faschismus. Ab drei Jahren wurde ein Kind in die Organisation »Figli della Lupa« (»Kinder der Wölfin«) aufgenommen, dann in die Jugendorganisation »Opera Nazionale Balilla« und die »Avanguardisti« und mit 17 Jahren in die »Giovane Fascista« (»Junger Faschist«). Die Frauen und Mädchen wurden zu »Piccole italiane« und dann zu »Giovani Italiane« – immer in Uniform. Es sollte niemanden geben, der anders denkt.

Und dann fing man an darüber zu reden, das italienische Imperium bis nach Afrika auszuweiten. Da verstand man, dass die Nation für den Krieg vorbereitet wurde. Ich erinnere mich, als meine Mutter den Beitritt ihres Sohnes zum Krieg unterschreiben musste. Wenn du deinen Sohn nicht den Faschisten übergeben hast, warst du gebrandmarkt. Eines Tages im Jahr 1934 kam ein Faschist und erklärte, wir müssten eine Rede Mussolinis (»Duce«/»Führer«) anhören. Darin ging es um den Beginn des Krieges in Afrika. Meine Mama hatte Tränen in den Augen. In den nächsten Monaten wurden die Männer zum Krieg eingezogen, mein Bruder musste nach Bengasi und unsere Familie begann zu zerbrechen. Alle mussten alles bereit halten für den Krieg. Und viele glaubten, der Krieg würde uns Wohlstand und Glück bescheren!

Im Winter trafen sich die bäuerlichen Familien in den Ställen. Das war das beheizte Wohnzimmer und es wurde aus Büchern vorgelesen. Bücher gab es wenig, da die Faschisten sie auf den Plätzen verbrannten, um zu zeigen, dass sie nicht der faschistischen Ideologie entsprachen. Ich erinnere mich, dass ich ein Buch meines Bruders »Il padrone della ferriera« (»Der Chef der Eisenhütte«) unter einem Ziegelstein bis zum Ende des Krieges versteckte. Eines Abends wurde im Stall ernsthaft über Politik geredet. Sie sagten, der Krieg würde den armen Leuten niemals Gutes bringen. Das werde ich nie vergessen. Mein Bruder war immer Antifaschist. 1938 haben sie ihn ins Gefängnis gebracht und gefoltert. Er kam halbtot nach Hause. Die nächsten zwei Jahre blieb er – ein junger Mann mit 28 Jahren – unter Überwachung. Er musste jeden Abend um sechs, halb sieben zuhause sein. Diese Zeit war sehr hässlich. Meine Freundinnen kamen nicht mehr gerne zu uns, weil meine Familie gezeichnet war.

DRR: Wann hast du gedacht, du musst dich jetzt organisieren und rebellieren?

GC: Die Hausbesitzerin wollte keine antifaschistische Familie im Haus, also mussten wir ein neues Zuhause suchen. Ich war 14, es war das Jahr 1939 und ich war sowieso schon wütend. In diesem Jahr starb auch meine Mama. Ich war kein trauriges Mädchen und wir waren eine harmonische Familie. Aber es waren die Gegebenheiten der Zeit, die mich traurig stimmten. Als wir unser neues Zuhause bezogen, wussten die Leute schon, wer wir waren. Dann kamen eines Tages zwei Leute – älter als ich –, die mich fragten, ob ich den Namen der »Kommunistischen Partei Italiens« kennen würde. Sie fragten mich, ob ich ihnen mit dem »soccorso rosso« (»Rote Hilfe«) helfen könnte. Die »Rote Hilfe« war wichtig, denn der Faschismus hatte viele AntifaschistInnen festgenommen und zurück blieb nur ein kleines antifaschistisches Netzwerk. Die Leute, die in den Gefängnissen saßen, hatten draußen Familien mit kleinen Kindern ohne Unterstützung. Also sammelten wir Geld, damit die Kinder die Möglichkeit hatten in die Schule zu gehen oder um andere Dinge zu finanzieren.

DRR: Wie wurde das klandestin organisiert?

GC: Ich war 14, 15 Jahre alt, klein und mager. Ich bin mit dem Rad umher gefahren und niemand rechnete damit, dass ich so etwas machen würde. Mein Bruder sagte mir, wo ich hingehen sollte und ich zog mit meinem Beutel los.



Ich dachte nicht mal daran, dass dies so nützlich sei. Und 1939 begann dann der große Krieg. Die Männer waren alle im Krieg. Wer ist zu Hause geblieben mit den Kindern? Die Frauen. Wir begannen mit sehr wichtigen Aufgaben. Wir lernten das Land zu bestellen, wann man ernten und verkaufen muss. Als der Krieg begann, stürzte sich der Faschismus noch stärker auf die Familien. Es ging alles an das Regime. Uns wurde der Weizen säckeweise weg getragen. Man ließ zwei Doppelzentner für die Männer und einen für die Frauen. Das war sehr diskriminierend. Dabei waren es die Frauen, die den ganzen Tag arbeiteten.

Der »Duce« brauchte produktive Fabriken. Also gingen viele Frauen in die Fabrik. Das war der erste Schritt. Da verstanden die Frauen, dass sie viele Dinge verrichten konnten – und nicht nur Mutter und Hausfrau waren. Und als der Lohn Ende des Monats kam, folgte die Erkenntnis, dass sie mit ihrer Arbeit die Familie ernähren konnten. Man merkte, dass man etwas »zählte«. In den Fabriken gab es zudem viele



Möglichkeiten sich zu organisieren und zu kämpfen. In den Fabriken konnte viel geplant werden für den Widerstand.

DRR: Wie ging es weiter?

GC: 1941 kam die Todesnachricht eines unserer Jungen. Er war 23. Neben dem Hunger stiegen Hass und Wut. Warum all das? Warum entscheiden zwei bis drei Männer, die sich vornahmen, eine Achse zwischen Berlin-Rom-Tokio zu bauen, über alle anderen? Die Menschen starben in Afrika, in Griechenland, in Russland, in den Konzentrationslagern. Und all das, weil diese drei Menschen es schafften, Massen von ihrer Verrücktheit zu überzeugen. Heute – mit Abstand – sagen wir, sie sind verrückt. Aber als Mussolini in Rom fragte »Wollt ihr den Krieg?«, jubelten die Leute.

Das, was mich anspornte, war der 8. September 1943, als der Krieg für beendet erklärt wurde. Ich spürte, dass etwas getan werden musste. Glücklicherweise ging das nicht nur mir so. Es gab kleine sich organisierende Kreise von AntifaschistInnen. Italien war nach der Flucht des Königs und der Verhaftung Mussolinis in niemands Hand. Viele Soldaten kehrten zurück nach Italien. Und wen fanden sie dort? Die Deutschen. Einen Tag vorher waren sie noch Freunde, doch als sie ankamen, waren sie Feinde. Diese jungen Männer mussten innerhalb von 24 Stunden eine wichtige Entscheidung treffen: entweder in die Berge gehen und rebellieren, oder geschnappt und nach Deutschland deportiert werden, um dort für den Krieg zu arbeiten. Die Frauen verstanden diese Sache. Wir fanden die jungen Männer und organisierten uns, um ihnen zu helfen, sie zu verstecken oder ihnen zivile Kleidung zu geben. Man organisierte sich gegen die vielleicht größte Armee Europas, ja vielleicht der Welt. Niemand bedachte das Risiko, es wurde gehandelt. Ab da wurde ich Botin. Doch als man sich in die Berge aufmachte, fand man dort keine Kaserne, keine Mensa, wo man essen konnte. Man hatte auch keine Kleidung, um im Winter in die Berge zu gehen. Es musste alles organisiert werden. Wisst ihr, was Klandestinität bedeutet? Eine Person allein schafft das nicht. Man braucht viele Sachen. Und in den Bergen wollten sie nicht einfach abwarten und sterben. Sie wollten, dass der Krieg aufhört. Das war der Wille vieler Männer und Frauen – und das war der Sieg der klandestinen Bewegung.

DRR: Was waren deine Aufgaben?

GC: Als Botinnen bewegten wir uns hin und her und hofften, dass man uns nicht entdeckte. Man brachte Sachen und Essen für die PartisanInnen in den Bergen. Nach der Spontaneität des 8. September 1943 brauchte man eine Organisierung. Daraus entstanden die »Gruppi di difesa della donna« (»Gruppen zur Verteidigung der Frau«). Ich hatte ein großes Einzugsgebiet. Wir gingen los, um die Familien nach Mehl, Sachen, Essen und anderen Dingen zu fragen. Dann wurde es auch für uns schwierig, denn die Faschisten verstanden die Rolle der Frau. Sie nahmen uns fest oder hielten uns an.

DRR: Aber man hört nicht viel davon, dass Frauen verhaftet wurden.

GC: Es gibt wenige Aufzeichnungen. Für die Frauen in den Gefängnissen war es schrecklich. Die Partisanin Annita Malavasi erzählte mal von einer Frau, der sie im Gefängnis ihr Kind wegnahmen. Eine andere Partisanin überlebte alle Foltermethoden, auch mit Hunden. Die Folter an der Frau ist grässlich, da sie die Intimität zerstörte. Es gab auch viele Tote. Viele, die ich nach dem Krieg kennenlernte, litten an Folgeschäden oder waren gebrandmarkt von der Zeit der Folter. Aber keine Frau verriet uns!

DRR: Wie viele Frauen, die sich den Gruppen anschlossen, wart ihr in deiner Region?

GC: Ungefähr 9.000 in unserem Landkreis. Aber diese Zahl hat einen Fehler: PartisanInnen waren wenige, aber auch die Familien, die den Kampf eineinhalb Jahre lang unterstützten, trugen viel zu dem Kampf bei.

DRR: Warum war der Widerstand in der norditalienischen Poebene so stark?

GC: 1944 beteiligten sich auch die Frauen aus Bologna. Wir kannten die »Linea Gotica« (»Gotische Linie«) der Deutschen, die von einer Küste zur anderen quer durchs Land führte. Wir saßen ihnen direkt im Nacken. Ihr Plan war es, in der Poebene Männer zum Arbeiten zu finden. Es begannen die Bombardierungen der Städte und so flüchteten die Leute aufs Land. Als wir Frauen eine Kundgebung für Brot und Trinken organisierten, waren wir 2.000 Frauen. Normalerweise durften schon zwei Menschen nicht beieinander stehen. Außerhalb der Stadt verabredeten wir uns und trafen uns vor dem Amt des Präfekten – alles durch Mund-zu-Mund-Propaganda. Man bedenke, was dies für eine klandestine Organisierung voraussetzte. Ein Stückchen Brot ist Politik – das ganze Leben, jeder Tag ist Politik! Es ist nicht so, dass wir nicht daran dachten, was danach geschehen sollte. Eines Tages kam ein »Politischer Kommissar« zu einer unserer Versammlungen. Er sagte, die Frau müsse zur vollen Bürgerin werden, mit gleichen Rechten wie Männer und mit Wahlrecht. Und dass wir dafür zu kämpfen haben. Dies sei der Weg der Emanzipation. Der erste Schritt sei, den Krieg zu beenden. Danach würde der Kampf weitergehen. Ich war 18 und nun eröffnete sich für mich der Blick in die Zukunft. Ich hörte an diesem Tag das erste Mal von einer Demokratie, in der die Frau die gleichen Rechte haben würde!

DRR: Was geschah, als der Krieg vorbei war?

GC: Meine Familie war zerstört. Wir hatten zwei Tote und einen politischen Gefangenen zu beklagen. Dann kam der Tag der Befreiung. Unser Haus lag über einer Militärstraße, die nach Bologna führte. Ich beobachtete die deutschen Wagen, die voll mit Verletzten und Toten auf dem Rückzug waren. Es war wie ein nicht enden wollender Fluss. Als die Wagen mit den weißen Fahnen vorüber gefahren waren, ging ich in mein Zimmer und öffnete die Fenster. Fünf Jahre hatte man die Fenster nicht aufmachen dürfen! Und nach sieben Uhr abends durfte man kein Licht wegen Bombardierungen anmachen. Das Schlimme am Krieg ist, dass nicht nur an der Front gebombt wird. Im Krieg wird alles zerbombt.

DRR: Wenn man in Italien vom Widerstand redet, wird davon gesprochen, dass die Frauen »nur« Botinnen waren. Ist das eine Abwertung?

GC: Ja. Ich spielte eine andere Rolle als die Partisanin Malavasia, die in die Berge ging und kämpfte. Wir kämpften unten gegen die Gewohnheiten, gegen die ständige Angst vor den Faschisten. Der größte Kampf war es, als Frau in der klandestinen Bewegung mit zu arbeiten und nebenbei das normale Leben weiter laufen zu lassen, um nicht aufzufallen. Es ist nicht viel, was wir getan haben, wir sind keine HeldInnen. Aber das, was wir wussten war, dass es Sinn macht, uns zusammen zu tun und vorwärts zu gehen. In Italien haben wir heute eine ultra-rechte Regierung, die Angst macht. Aber wir sind es, die die Geschichte in die Hand nehmen müssen.

Eine Langfassung des Interviews gibt es auf: www.der-rechte-rand.de ■

Kameraden verraten

Prozess wegen Mordes gegen ein Neonazipärchen

Die Verhandlungen im Prozess gegen die mutmaßlichen Mörder des Anwalts Stanislaw Markelow und der Journalistin Anastasia Baburowa gehen ihrem Ende entgegen. Beide waren am 19. Januar 2009 im Zentrum von Moskau erschossen worden. Anklage und Verteidigung haben fast alle Beweismittel vorgelegt, doch unmittelbar vor den Schlussplädoyers wartet der bislang an Sensationen arme Prozess mit einigen Überraschungen auf.

Von Ute Weinmann

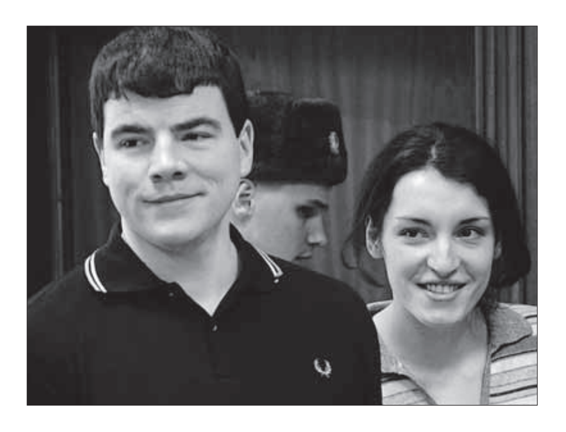
Neun Monate nach dem Doppelmord erfolgte die Festnahme von Nikita Tichonow und seiner Lebensgefährtin Jewgenija Chasis. Im Falle einer Verurteilung droht Tichonow lebenslänglich, Chasis muss, der Beihilfe zum Mord verdächtigt, ebenfalls mit einer hohen Haftstrafe rechnen.

Belastende Zeugen aus den eigenen Reihen

Die Angeklagten hatten ganz offensichtlich nicht mit dem Erscheinen des Anführers der russischen Sektion von »Blood & Honour«, Sergej Golubew, als Zeugen der Anklage gerechnet. Tichonow, der seinerseits die Bekanntschaft leugnet, habe ihn für Gewaltaktionen versucht anzuwerben, was bei Golubew laut seiner Aussage aber auf Ablehnung stieß. Auf einem nach dem Mord veröffentlichten Täterfoto habe er Tichonow dann an dessen Körperhaltung erkannt. Außerdem sei er von Ilja Gorjatschew, einem der Anführer der rechtsradikalen Organisation »Russkij obraz« (»Russische Gestalt«), einige Tage vor dem Mord mit Andeutungen auf die bevorstehende Tat vorbereitet worden. Jewgenija ihrerseits hatte in der Untersuchungshaft umfangreiche Aussagen über die militante Naziszene gemacht, darunter über den unter dem Spitznamen »Oper« bekannten Golubew. Außerdem lieferte sie Angaben zu dem mutmaßlichen Mörder des im April 2010 ermordeten Richters Eduard Tschuwaschow.

Trotz Unstimmigkeiten spricht vieles für die Schuld des in der Naziszene fest verankerten Pärchens. Glaubt man den Zeugenaussagen, so wurde Tichonow am Tatort gesehen, allerdings nicht bei der Ausübung des Mordes. Viel überzeugender sind zahlreiche aufschlussreiche Dateien, die auf dem Laptop und dem USB-Stick von Jewgenija Chasis sichergestellt wurden. Dazu gehören Bekennerschreiben der als Kampflabel für diverse Morde genutzten »Kampforganisation russischer Nationalisten« (BORN), von der bei der »Novaya Gazeta«, für die Baburowa schrieb, nach dem Mord ein Bekenntnis per Mail einging. Außerdem fanden sich ausführliche persönliche Angaben inklusive Wohnanschriften der sogenannten »Schwarzen Habichte«, jungen Männern aus dem Kaukasus, denen der Prozess wegen eines Gewaltübergriffs aus politischen Motiven gemacht wurde. Eines der Gruppenmitglieder wurde im September 2009 noch vor der Urteilsverkündung erschossen, die Verantwortung übernahm BORN.

Aus in den Tagen vor der Festnahme entstandenen Audioaufnahmen – die Mietwohnung des Paars wurde abgehört – geht hervor, dass sich die beiden durchaus bewusst darüber waren, als Tatverdächtige gesucht zu werden und im Falle einer Festnahme zur Waffe greifen würden. Tichonow, der seit Jahren im Untergrund lebte, weil er wegen Beteiligung an der Ermordung des Antifaschisten Alexander Rjuchin zur Fahndung ausgeschrieben war, betätigte sich als Waffenhändler. In seinem Besitz befand sich unter anderem auch die Tatwaffe, eine Browning, die ihm angeblich ein Bekannter Monate nach dem Mord zur Reparatur anvertraut haben soll.



^ Nikita Tichonow und Jewgenija Chasis

Den Namen jenes Bekannten gab Tichonow erst preis, als dessen Zeugenvernehmung im Gerichtssaal per Video demonstriert wurde. Ilja Gorjatschew, der sich nach Serbien abgesetzt hat und nebenbei Golubew mit seinen Aussagen belastet, gab an, Tichonow habe ihm gegenüber zugegeben, Markelow und Baburowa ermordet zu haben. Die Verteidigung protestierte heftig gegen die Zulassung der Videoaufnahmen als Beweismittel, ebenso in Bezug auf die Protokolle der ersten Vernehmungen des mutmaßlichen Schützen Tichonow, in denen er zugab, den Mord aus persönlichen Motiven heraus ohne Komplizen verübt zu haben. Dass er einen Monat nach seiner Festnahme einen radikalen Meinungswandel durchlief und seither seine Unschuld beteuert, erklärt Tichonow mit der Nichteinhaltung einer angeblichen Absprache durch die Ermittler, wonach Chasis eigentlich aus der Haft hätte entlassen werden sollen.

Unkoordinierte Verteidigungslinie

Verwunderung und Verdruss löst indes das unkoordinierte Vorgehen der Anwälte der Verteidigung aus, die sich kaum die Mühe machen, mit überzeugenden Unschuldsbeweisen ihrer Mandanten aufzuwarten. Chasis verfügt dank des mit ihr eng befreundeten Chefs der rechten Gefangenenhilfsorganisation »Russkij Verdikt«, in der sie selbst aktiv war, immerhin über ein schwammiges Alibi, während Tichonow sich schlichtweg an jenen 19. Januar nicht mehr erinnern mag. Die Verteidigung verliert sich immer wieder in theatralischen Auftritten und fällt durch zahlreiche prozessuale Versäumnisse auf. Und sie torpediert mit allen Kräften den Prozessverlauf.

Über Schuld oder Unschuld entscheidet ein Geschworenenkollegium. Von den ursprünglich 21 Geschworenen schieden seit Prozessbeginn allerdings bereits sieben aus, mehrheitlich aus gesundheitlichen Gründen. Doch der Druck auf die Geschworenen in dem Prozess ist enorm und deren Schutz vor der Öffentlichkeit minimal. Sinkt ihre Zahl unter zwölf, löst sich das Kollegium auf und das gesamte Gerichtsverfahren beginnt von vorn. Dieser Umstand bietet den Angeklagten die Chance auf einen zweiten, erfolgreicheren Durchgang. Zwar scheiterten bislang alle Anträge der Verteidigung auf Auflösung des Kollegiums bzw. der Entlassung zweier Geschworener, denen sie Agitation zuungunsten der Angeklagten unterstellt. Dennoch ist derzeit keineswegs garantiert, dass das Prozessende tatsächlich unmittelbar bevorsteht. ■

Nahrung aufs Meer schicken

Rassistische Ressentiments gegen Flüchtlinge in Italien

Mit dem Gerede von einer »Flüchtlingsflut« aus Nordafrika und gezielten politischen Maßnahmen heizen Politiker in Italien den Rassismus an.

Von Jörg Kronauer

Ihren großen Auftritt hatte Marine Le Pen am 14. März 2011. Begleitet von Mario Borghezio traf sie auf der italienischen Insel Lampedusa ein, die von immer mehr Flüchtlingen aus Nordafrika angesteuert wurde. Noch seien es einige Tausend, die nach Europa wollten, bald könnten es »Hunderttausende« sein, orakelte die frischgebackene Vorsitzende des »Front National« und ließ ihrem Rassismus freien Lauf: »Statt sie auf Lampedusa aufzunehmen, müsste Italien den Immigranten mit Schiffen Wasser und Nahrung aufs Meer schicken und ihnen dort helfen.« Die Kameras klickten, die Presseleute schrieben eifrig mit, als Le Pen heuchelte: »Ich habe viel Mitgefühl mit ihnen, aber Europa hat nicht mehr die finanziellen Mittel, sie aufzunehmen.« Knapp hundert Personen stellten sich der Französin entgegen, die in Frankreich auf einer Woge der Sympathie schwimmt, seit sie an der Spitze ihrer Partei steht. Die Demonstrantinnen und Demonstranten auf Lampedusa skandierten schlicht und überzeugend: »Rassisten raus!«

Der Rassismus in Europa spitzt sich wieder einmal zu, seit das politische Establishment und deshalb auch die Medien tagtäglich von einer »Flüchtlingsflut« schwadronieren, die angeblich aus Nordafrika über die EU hereinbrechen soll. Dass einige Tausend Migrantinnen und Migranten den Kontinent aus dem Lot bringen könnten, ist totaler Unsinn, aber es wird wieder einmal gern geglaubt. »Es gibt eine starke Abwehrhaltung«, antwortete die einstige Geschäftsführerin des Brandenburger Flüchtlingsrats Judith Gleitze, die heute das Büro Süditalien von »Borderline Europe« leitet, als sie von der »Märkischen Allgemeinen« auf die Stimmung auf Lampedusa angesprochen wurde. Zwar sei das »zum Teil« schon verständlich, »denn die kleine Insel wird von der Regierung in Rom allein gelassen. Aber im Moment kippt der Protest auch in rassistische Ressentiments um.« Das ist der Nährboden, den die Rechte in Europa fleißig beackert, um ihre Basis weiter zu stabilisieren. Le Pens Auftritt auf Lampedusa war denn auch klar strategisch konzipiert.

Fremdenfeindlicher Nährboden…

Wie günstig die Ausgangslage in Europa für Rassisten ist, zeigt eine Studie, die die Friedrich-Ebert-Stiftung kürzlich unter dem Titel »Die Abwertung der Anderen« veröffentlicht hat. Die Studie gibt unter anderem die Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen in mehreren europäischen Ländern an. Italien liegt dabei recht weit vorn.

So stimmten dort 55,9 Prozent der Befragten der Meinung zu, wenn die Arbeitsplätze knapp würden, sollten Einheimische »mehr Recht auf eine Arbeit haben als Zuwanderer«. Fast zwei Drittel – 62,5 Prozent – waren der Ansicht, es gebe »zu viele Zuwanderer« in ihrem Land. Die starke Fremdenfeindlichkeit korrespondiert – das trifft vor allem Flüchtlinge aus Nordafrika – mit einer großen Abneigung gegenüber dem Islam. 49,7 Prozent der Befragten meinen, es gebe in Italien »zu viele Muslime«. Sogar 64,7 Prozent sind der Ansicht, die Muslime seien nicht nur zu zahlreich, sie stellten auch noch »zu viele Forderungen«.

… genährt für die extreme Rechte

Da bedarf es nicht viel, um rassistische Ressentiments noch weiter zur Eskalation zu treiben. Man kann es zum Beispiel so machen wie die italienische Regierung: Man errichtet in den verarmten Regionen Süditaliens Lager, in die man Flüchtlinge sperrt, während man den reichen Norden ganz außen vor lässt. Wenn das im Süden Unruhe bringt und die Unruhe sich auch gegen die Flüchtlinge richtet, dann stellt man sehr großzügig den Flüchtlingen die Aufenthaltsgenehmigungen aus, die sie brauchen, um im Schengen-Raum frei reisen zu können. Wenn sich dann herausstellt, dass viele von ihnen aus Tunesien kommen und lieber in Frankreich als in Italien leben möchten, weil sie entweder Verwandte in Frankreich haben oder zumindest die Sprache besser sprechen – nun, dann ist man die Flüchtlinge praktischerweise gleich wieder los. Und ganz nebenbei verschafft man den Rassisten in Frankreich damit die Chance, nun ihrerseits von einer neuen »Flüchtlingsflut« zu schwadronieren, die von Italien aus ihr Land überschwemme.

Das Flüchtlings-Pingpong, das die Regierungen im angeblich zivilisierten Europa spielen, hilft den ohnehin schon starken Rassisten und treibt den Parteien der extremen Rechten Wählerinnen und Wähler in die Arme. In Frankreich exerziert Marine Le Pen gerade vor, wie man es macht. In Italien tut das vor allem die »Lega Nord«, die Partei, der Le Pens Lampedusa-Begleiter Mario Borghezio angehört. Borghezio, in Italien rechtskräftig verurteilt, weil er einst Zelte von Migranten in Brand gesteckt hatte, ist Abgeordneter im Europaparlament. Seine Partei gehört zur Regierungskoalition in Italien, die zuletzt Tunesien bis zu 100 Millionen Euro angeboten hat, damit es seine Küste wirksam gegen Auswanderung abschottet. Mit ihrer rassistischen Politik erzielte die »Lega Nord« bei den Europawahlen 2009 italienweit im Durchschnitt 10,2 Prozent, obwohl sie fast nur im Norden gewählt wird. Dort stellt sie in einigen Städten sogar den Oberbürgermeister. Ihr gehört auch der italienische Innenminister Roberto Maroni an, der unlängst einen »Massenexodus biblischen Ausmaßes« aus Nordafrika halluzinierte. Nicht nur diesbezüglich ist sich Maroni mit Marine Le Pen einig – nur dass er eben in Italien schon mitregiert. ■

1. Mai in Paris

Von Hervé Verne (»Scalp-Reflex«, Frankreich)

»Zu Ehren von Jeanne d'Arcs und des französischen Arbeiters« rief der extrem rechte »Front National« (FN) zur Demonstration am 1. Mai in Paris auf. Während Marine Le Pen in den Medien stets vom Aufschwung der Partei spricht, konnten die neuen Mitglieder offensichtlich nicht mobilisiert werden, auf die Straße zu gehen. Auch gelang es der neuen Parteiführung nicht, die katholischen Fundamentalisten und die Veteranen-Vereine zu mobilisieren. Und so waren am diesjährigen 1. Mai »nur« rund 3.500 AnhängerInnen auf der Straße statt ca. 5.000 wie im Jahr zuvor. Und die Stimmung war gedrückt. Kein Lautsprecherwagen und nur vereinzelt tönte es in den Reihen des »Front National de la Jeunesse« (FNJ): »Bleu, blanc, rouge, la France aux Français!«, »Ni droite, ni gauche, Français!«, »France, Marine, liberté«.

Am Ende des Marsches trat schließlich Marine Le Pen ans Rednerpult und löste Begeisterung aus. Allerdings war der Jubel bei ihrem Vater Jean Marie, der in den vergangenen 37 Jahren die Rede am 1. Mai gehalten hatte, stärker ausgefallen. Seine Ausführungen basierten stets auf Danksagungen, Erinnerung an das Leben von Jeanne d'Arc, Auflistung vermeintlichen Übels, unter dem das Land zu leiden habe sowie den vom FN anvisierten Lösungen. Marine Le Pen, die die Partei »modernisieren« möchte, versuchte indes neue Akzente zu setzten. Auch sie dankte zunächst den neuen Anhängern, dann den Zuschauern vor ihren Fernsehern und jenen, die bei der Organisation des Marsches unbezahlt geholfen hatten und schließlich ihrem Vater. Es folgte der obligatorische Exkurs zu Jeanne d'Arc. Marine evozierte die eigentlich katholische Heldin zur Darstellerin des »freien Frankreichs« und damit zur republikanischen Heldin, die »den Geist des Widerstands und der französischen Patrioten verkörpert«. Schließlich schwadronierte Marine über den Begriff der Freiheit, den sie 77 Mal in ihre Ausführungen einbaute. Sie versuchte zu verdeutlichen, dass Freiheit für den FN Souveränität sei, die es durch den Austritt aus der EU wieder herzustellen gelte; dass Freiheit »Meinungsfreiheit« sei und »wirtschaftliche Freiheit« entgegen dem Brüsseler »Ultraliberalismus«, den Steuern und der Bürokratie. Und der Kampf des FN gegen den »Kommunitarismus« sei eben die Verteidigung der Freiheit. Doch sprach sie in diesem Zusammenhang



von »allen möglichen Fundamentalismen«, nicht explizit vom Islam, was ihr den Zorn der Katholiken zuzog. Für sie gelte, so Marine le Pen schließlich, nur eine Gemeinschaft: die des Volkes.

Der vermeintliche Wandel des FN unter ihrer Führung zum »sozialen Diskurs« zeigte sich in ihren Ausführungen nicht. Sie verzichtete zwar auf traditionelle FN-Themen (Immigration, Sicherheit) und versuchte die ZuhörerInnen vergessen zu machen, dass ihre Partei extrem rechts ist. Dabei hat sich die politische Agenda des FN nicht geändert: Er will weiterhin eine Gesellschaft, die Angst vor »dem Fremden« und die »nationale Identität« zum Horizont allen Handelns bestimmt. ■



1. Mai in Brno, Tschechien

Von Jan Frederik Biermann

»Heute stehen mehrere hundert Kameraden in der Stadt Heilbronn zum Tag der Arbeit auf der Strasse«, beginnt Robin Siener von der bayerischen NPD seine Rede im tschechischen Brno. »Das Motto ist das gleiche wie auch bei Euch: Fremdarbeiterinvasion stoppen – gegen den Selbstmord unseres Volkes.« Die 700 anwesenden Neonazis applaudieren, jedoch erst nach der Übersetzung. Nur rund 50 deutsche Neonazis waren angereist.

Organisator des Marsches ist die »Delnická strana sociální spravedlnosti« (DSSS; »Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit«), Nachfolger der am 17. Februar 2010 verbotenen »Delnická strana« (DS; »Arbeiterpartei«). Für sie wandte sich ihr Chef Tomas Vandas als auch sein Vize Jiri Stepanek an die Neonazis – doch die nicht-tschechischen Redner dominierten die Veranstaltung. Neben einem Neonazi aus Schweden sprachen der 71-jährige Österreicher Günter Rehak von der »Nationalen Volkspartei« (NVP) und Katrin Köhler, NPD-Stadträtin in Chemnitz und aktiv im »Ring Nationaler Frauen« (RNF). In Heilbronn sprach im Gegenzug für Siener Jirí Petrivalský für die DSSS, wie der Aktivist aus Bayern in seiner Rede betont. Immerhin ist er auch Ansprechpartner für den »Deutsch-Böhmischen Freundeskreis«. Trotz des Aufmarschmottos hatte er keine Ressentiments gegenüber Tschechen – dafür hetzte er vor allem unbefangen gegen Polen, Inder und Afrikaner. Am Werke sah er »Überfremdungspläne und Vermischungsphantasien der Großkapitalisten«, gegen die »Völker« Europas. Es gelte, »die, die uns unterdrücken, die uns menschlichen Abfall schicken, aus der Festung Europa einfach hinaus[zu]werfen« und » sie dahin [zu] schicken, wo sie hergekommen sind. Wir sollten sie am Besten gleich mit dem nächsten Onewayflieger wieder nach USA und Israel zurücksenden. Und ihre Fachkräfte nicht europäischer Herkunft senden wir ihnen hinterher.« Rassismus und Antisemitismus wird hüben wie drüben verstanden und ist das einigende Band – gegen die anderen. ■

^ Bild links: Siener (links) und Köhler (rechts) als NPD-Gastredner

Fischen in fremden Gewässern?

Von Annelies Senf

Das eigene Profil schärfen, die inneren Auseinandersetzungen nicht scheuen. Diese Aufgabe weisen die AutorInnen des Sammelbandes »Rechte Diskurspiraten. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen« der politischen Linken zu. Sie müsse den gegenwärtigen »Angriff« der extremen Rechten auf linke Codes, strategische Politikkonzepte und Themen nutzen, um eigene Inhalte zu schärfen, Themenfelder offensiv zu besetzen und vielleicht auch mal »alten« ästhetischen Ballast wie die Gewaltverherrlichung des Schwarzen Blockes abzuwerfen.

Aus dieser Sicht gesehen, bietet der Sammelband eine hervorragende Grundlage, um sich zunächst tief greifend analytisch mit dem Phänomen der Adaption linker Symbole und Aktionsformen durch die extreme Rechte auseinander zu setzen und so das Gegenüber zu dekonstruieren und als das zu erkennen, was es ist: Nichts Neues!

Die Stärke des Sammelbandes liegt in der Tiefe und Breite der Untersuchungsfelder. Zum einen gibt es Beiträge zu derzeit relevanten strategischen Optionen der extremen Rechten wie bei der »Neuen Rechten« (»Junge Freiheit«, »Institut für Staatspolitik«, »Konservativ Subversive Aktion«), der NPD oder den »Autonomen Nationalisten«. Zum anderen werden Themen und deren inhaltliche Re-konstruktion wie Antikapitalismus, Feminismus, Pazifismus oder Tierschutz/Straight Edge diskursiv auseinander genommen. Mit einem weit ausholenden Rückgriff in die (Ideen-)geschichte gelingt es überzeugend zu zeigen, dass die politische Rechte immer wieder zur Neubestimmung der eigenen politischen Position linke Themen adaptiert hat. Beiträge skizzieren dies einerseits anhand der Adaption des Sozialismusbegriffs durch Moeller van den Bruck und Oswald Spengler in der Zwischenkriegszeit. Andererseits wird den aktuellen Debatten der französischen »Neuen Rechten« eine Umorientierung in Richtung »Wiederentdeckung des historischen Nationalbolschewismus« nachgewiesen. Es wird deutlich gemacht, dass sogar Bertold Brecht und Antonio Gramsci zum diskurstaktischen »Handwerkszeug« der extremen Rechten gehören. Eine aktuell-politische Kontextualisierung der Untersuchungen interpretiert die politische Neubestimmung der extremen Rechten vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Neoliberalismus und der aktuellen Wirtschaftskrise.

Kurzum, der Sammelband vermittelt diskursanalytisch mögliche Antworten auf die Fragen:

Aus welchem Grund und in welcher Form tritt die Diskurspiraterie der extremen Rechten heute wieder auf? Welche Funktion erfüllt sie szeneintern, welche Außenwirkung und Positionierung in der öffentlichen Diskussion ermöglicht sie? Ist es ein bewusster – strategischer – Vorgang oder tut die extreme Rechte nichts anderes als das, was sie immer tut?

Regina Wamper, Helmut Kellershohn, Martin Dietzsch (Hg.): Rechte Diskurspiraten. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, UNRAST Verlag: Münster, 2010, 286 Seiten, 19,80 Euro.

»Briefe aus dem Widerstand«

Von Sylvia Bleiberecht

Der Lederfacharbeiter William Letourneur aus einem Vorort von Rouen in der Normandie schloss sich im Zuge des Einmarsches der deutschen Wehrmacht im Mai 1940 dem kommunistischen Widerstand um die Gruppe »Front National« an. Aufgrund der Denunziation durch einen Nachbarn wurde er im März 1943 von der Gestapo in das Gefängnis »Rouen Bonne Nouvelle« verbracht. Später wurde er in das in Frankreich liegende Durchgangslager Compiégne »Stalag 122« und von dort über die Konzentrationslager Buchenwald und Lublin nach Auschwitz transportiert. Letourneur überlebte das Vernichtungslager Auschwitz und kehrte nach dessen Befreiung am 27. Januar 1945, über mehrere Stationen zurück zu seiner Familie in Maromme.

Pierre Dietz dokumentiert den Briefwechsel zwischen seinen Urgroßeltern William Letourneur und dessen Ehefrau Hèléne, der während seiner Inhaftierung im Gefängnis und den verschiedenen Lagern entstand. Auf eindrucksvolle Weise geben die Briefe Einblick in die Lebensverhältnisse von KZ-Häftlingen. Aus ihnen geht hervor, wie wichtig bei Kontaktverbot bestimmte Sicherheitsvorkehrungen für deren »Verschickung« waren. Doch die Briefe zeigen auch auf, wie wichtig die Kommunikation in Zeiten der Trennung war. Durch sie konnte William zumindest in Gedanken am familiären Leben teilhaben und sich der Liebe und Sorge der Angehörigen gewiss sein.

Neben den Briefen werden zusätzlich historische Daten wiedergegeben, um den Kontext und die damit verbundenen Bedingungen ihrer Entstehung nachvollziehen zu können. Außerdem werden die Geschehnisse in der Normandie nachgezeichnet, die auf der einen Seite die Lebensbedingungen von Williams Familie beeinflussten und auf der anderen Seite sich auch auf die Ereignisse in den Konzentrationslagern auswirkten. Die zahlreichen Illustrationen geben Einblick in den menschenunwürdigen Alltag der KZ-Häftlinge und mittels 3D-Grafiken von den Konzentrationslagern wird deren Aufbau nachgezeichnet. Darüber hinaus veranschaulichen Fotos und Dokumente die Ereignisse.

Pierre Dietz: Briefe aus der Deportation. Französischer Widerstand und der Weg nach Auschwitz. Verlag Edition AV: Lich, 2010, 302 Seiten, 16,- Euro.

Handreichung

Von Fabian Kunow

Der Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus und den kommunalen Bezirksverordnetenversammlungen im September wirft seine Schatten voraus. Anders als im Jahr 2006 wird nicht nur die NPD versuchen, sich mit Rassismus in Szene zu setzen.

Mit den beiden rechtspopulistischen Formationen »Pro Deutschland« und »Die Freiheit« plus deren Vorfeldorganisation »Bürgerbewegung Pax Europa« und dem rassistischen Blog »PI-News« kommen ganz neue Herausforderungen auf Berlins Parteien sowie antifaschistische und zivilgesellschaftliche Akteure zu.

Die beiden Berliner Projekte Apabiz und MBR-Berlin versuchen mit einer Handreichung Abhilfe zu leisten. Sie sammelten hierzu die jeweiligen Experten und Expertinnen, die in einzelnen Artikeln die verschiedenen rechtspopulistischen Organisationen, ihr Personal und Programmatik vorstellen. Der Blick wandert dabei immer wieder nach NRW. Kommt bekanntlich mit »Pro Köln« die Ursprungsformation zumindest der »Pros« von dort.

Die empfehlenswerte Publikation ist auch für Leser außerhalb Berlins von Interesse. Hängt doch von den Ergebnissen dieser Wahl der weitere Werdegang von »Die Freiheit« und der »Pro Bewegung« sowie des gesamten rechtspopulistischen Spektrums ab.

Apabiz/MBR-Berlin (2011): Antimuslimischer Rassismus und rechtspopulistische Organisationen. Berlin, 2011, 24 Seiten. Download unter: www.apabiz.de/publikation/broschueren/Rechtspop_final_Ansicht.pdf

Schwarzes Jahrzehnt

Von Jana Becker

Die 1970 Jahre stehen kulturell für den Aufbruch des Pop und gelten politisch als das »rote Jahrzehnt« (Gerd Koenen). Die Herausgeber eines 2010 erschienenden Sammelbands, Massimiliano Livi, Daniel Schmidt und Michael Sturm, sind angetreten, den Gegenbeweis zu liefern. Die Veröffentlichung resultiert aus einer Tagung des Vorjahres, erweitert um ergänzende Beiträge. Sie ist eine Art Nachlese zum Hype um die 68er in 2008.

Mit 1968 beginnt der Band – Nicolai Hannig und Massimiliano Livi zeigen die Bedeutung des Jahres für die gesellschaftlichen Umbrüche in Deutschland und Italien, die sich bis Ende der 1970er Jahre auswirkten. Es folgen Beiträge über ein sich (neu) formierendes konservatives Milieu, das versucht, gegen die Entwicklung dagegen zu halten. Instruktiv ist der Aufsatz von Nikolai Wehrs über den 1970 gegründeten »Bund Freiheit der Wissenschaft«, einem konservativem Verband von Professoren, die so miteinander verbunden, versuchen wollten, den »gefährlichen Auswüchsen« der Studentenbewegung zu begegnen. Spannend liest sich ferner der Beitrag von Bernhard Weidinger über Kulturkampf von Rechts an Österreichs Hochschulen in jenen Jahren. In dem Band geht es jedoch nicht nur um die konservative Rechte, sondern auch um weiter rechts stehende Gruppierungen und Bewegungen. Christoph Koppke stellt beispielsweise die »Aktion Widerstand« der Jahre 1970/71 vor, Fabian Virchow skizziert die Strategien von der »Aktion Neue Rechte« bis zur NPD in diesem Jahrzehnt und Bernhard Schmid zeichnet die Entstehung der französischen »Nouvelle Droite« nach. Die Mehrzahl der Beiträge widmet sich indes Entwicklungen in Deutschland und Italien, ohne jedoch, wie die Herausgeber selbst einräumen, tatsächlich die Forderung nach vergleichenden Studien einlösen zu können. Darum sollte es am Anfang dieser Neubewertung auch nicht gehen, da sei eine Bestandsaufnahme zunächst vordringlicher. Und diese ist, in der Tat, gut gelungen. Wer zeitgeschichtlich interessiert ist und etwas erfahren möchte über die Anfänge vielfältiger bis heute aktiver (extrem) rechter Gruppierungen, dem sei dieses gut lesbare Buch empfohlen.

Massimiliano Livi, Daniel Schmidt, Michael Sturm (Hg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter: Campus: Frankfurt/New York, 2010, 299 Seiten, 29,90 Euro.

Nazis in der Heide

Von Erik Mandel

Sie sollen ihre Höfe räumen für einen Truppenübungsplatz. Einige wollen nicht so wie die Nationalsozialisten. Sie widersetzen sich, schmieren Parolen, einer wird ermordet. Andree Hesse beginnt seinen Krimi »Judaslohn« mit einer Rückblende in die 1930er Jahre. Dem Leser ist klar, dass der Mord von damals mit jenem, zu dem Kommissar Arno Hennings auf eben jenes Gelände gerufen wird, verbunden ist. Ihm wird, da es ein Übungsplatz der britischen Armee ist, die englische Militärpolizistin Emma Fuller zur Seite gestellt. Der Krimi fesselt. Erst nach und nach wird dem Ermittler (und auch dem Leser) deutlich, was die Vergangenheit mit dem Fall zu tun hat. Neonazis spielen keine Hauptrolle, aber wichtige Nebenrollen. Die Ewiggestrigen sammeln, wie es typisch zu sein scheint für die Gegend um Celle (Niedersachsen), Waffen und machen Wehrsport. Wer sich mit dem Spektrum in der Lüneburger Heide auskennt, wird Parallelen zu Neonazis im wirklichen Leben finden – doch für das Sujet ist das nebensächlich.

Hesse ist mit dem Band ein unglaublich gutes Debüt einer Krimireihe um den Kommissar Hennings gelungen. Der ist kein einfältiger »Kleinstadtbulle«, sondern ist nach der Schule nach Berlin gegangen und kehrt nun nach dem Tod seiner Eltern zurück aufs Land. In der Kleinstadt findet er Vertrautes wieder, doch durch die Jahre in der Metropole ist ihm auch vieles fremd geworden.

Dem »Judaslohn« folgten bisher zwei weitere Bücher: In »Das andere Blut« geht es um einen Mord an der Tochter eines Gestütbesitzers. Runenzeichen am Fundort der Leiche weisen zunächst auf einen möglichen neonazistischen Kontext hin … In »Die Schwester im Jenseits« beschäftigt den Kommissar ein Mord an einem gerade aus der Haft entlassenen jungen Kurden. Drogen sollen im Spiel sein. Dann werden andere kurdische Jugendlichen samt dem Ermittler von Neonazis angegriffen. Der Fall wird unübersichtlich. Was ist das Motiv? Auch hier wieder Rückblenden. Nicht in die NS-Zeit. Es geht um die Flucht von Kurden aus dem Nordirak, wo sie verfolgt und getötet wurden.

Die drei bisher veröffentlichten Romane sind eine fesselnde Unterhaltung, für laue Frühlingsabende, verregnete Sonntage oder den sich langsam am Horizont ankündigenden Sommerurlaub.

Andree Hesse: Der Judaslohn. rororo: Reinbek, 2006, 416 Seiten, 8,95 Euro

Andree Hesse: Das andere Blut. rororo: Reinbek, 2008, 416 Seiten, 8,95 Euro.

Andree Hesse: Die Schwester im Jenseits. rororo: Reinbek, 2009, 416 Seiten, 9,95 Euro.

IMPRESSUM

Verlag Der Rechte Rand GbR,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
Postanschrift und Aboverwaltung:
Der Rechte Rand, Postfach 304180,
20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.